

Open-Government-Konsultation

Online-Konsultation vom 5. bis 25. Juni 2012
<http://e-konsultation.de/opengov>

Dokumentation der Kommentare und Antworten auf sechs begleitende Fragen

zum Entwurf des Eckpunktepapiers „Offenes Regierungs- und
Verwaltungshandeln (Open Government) – Eckpunkte zur
Förderung von Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit“
(Stand: 6.9.2011, Version nach Abstimmung mit offener Bund-Länder-AG)

Dieser Bericht enthält die inhaltliche Auswertung der Kommentare im Rahmen der Open-Government-Konsultation, der Online-Konsultation zum Entwurf des Eckpunktepapiers „Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)“ vom 5.6. bis zum 25.6.2012. Weitere Dokumente zur Auswertung und eine Gesamtdokumentation aller Kommentare sind online erhältlich auf <http://e-konsultation.de/opengov/>.

Die zentralen Themen in den Kommentaren wurden mit einer qualitativen Inhaltsanalyse ermittelt. Jeder Kommentar wird dabei gelesen und einer Themenkategorie zugeordnet. Die Methode basiert auf subjektiven Einschätzungen. Die Kommentare zum Eckpunktepapier können im maschinenlesbaren Format (XML, csv, xls) über die Open-Data-Schnittstelle der Konsultation unter <http://e-konsultation.de/opengov/open-data> für selbstständige Analysen heruntergeladen werden.

Die Gliederung des Dokuments orientiert sich an der für die Konsultation auf <http://e-konsultation.de/opengov/> gewählten Seitenaufteilung für das Eckpunktepapier und die dazugehörige Anlage.

1. Text-Fragment | ID: 10012

Entwurf

(Stand: 6.9.2011 Version nach Abstimmung mit offener
Bund-Länder-AG)

Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)

Eckpunkte zur Förderung von Transparenz, Teilhabe und
Zusammenarbeit

2. Text-Fragment | ID: 10064

Zahlreiche Entscheidungsträger auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene haben sich die weitere Öffnung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen zum Ziel gesetzt. Auch die nationale E-Government Strategie des IT-Planungsrats und sein Memorandum vom 30. Juni 2011 sowie der 5. Nationale IT-Gipfel setzen Schwerpunkte beim Thema Open Government. Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit sollen im Rahmen des Mandats des IT-Planungsrats mit geeigneten Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik gefördert werden.

#1 | 05.06.2012 - 16:18 | agon | ID: 10206

0 Zustimmungen

Roter Teppich

Es ist nicht aufgabe von Beamten mit wirtschaftlichen Akteuren zu fraternisieren. Sie sind dem deutschen Volke gegenüber verantwortlich, nicht partikularen Interessengruppen. Open government heisst nicht, dass man der Lobby den roten Teppich ausrollt.

#2 | 05.06.2012 - 16:21 | Sebh2012 | ID: 10209

0 Zustimmungen

Auch die Wirtschaft ist ein Gesellschaftlicher Akteur

... und setzt sich nicht nur aus Bürgern zusammen, sondern diese finden dort auch Arbeit, und Wirtschaft erbringt auch Dienstleistung, und zahlt auch Steuern, daher gehört es durchaus zu Open Government, über wirtschaftliche Fragestellungen zu reden.

#3 | 05.06.2012 - 16:31 | agon | ID: 10217

0 Zustimmungen

Brüsseler Beispiel beachten

Exzessiven Multi-Stakeholderismus findet man auf EU Ebene. Bei der

Kommission hat der Bürger kaum etwas zu sagen, allenfalls als Anspruchsgruppe "Konsument" ist er repräsentiert. EU Beamte fühlen sich gegenüber den Stakeholdern loyal, das sind gerade im digitalen Bereich in der Lobbyisten von Konzernen aus Drittstaaten. In der ökonomischen Literatur wird das Problem als Capturing eingehend beschrieben. Staatliche Akteure müssen primär dem deutschen Volke gegenüber verantwortlich sein. Exzessive Kumpanei mit wirtschaftlichen Akteuren wie in Brüssels sollte ausdrücklich verhindert werden. Es ist ein Unterschied ob man jmd die Möglichkeit zu Eingaben eröffnet oder sich ihm verantwortlich fühlt. Die Bestimmungen des Grundgesetzes sind hierbei zu beachten.

#4 | 07.06.2012 - 10:27 | JuergenVo | ID: 10364

0 Zustimmungen

Nicht nur ITK

Es ist wichtig "Open Government" nicht nur als elektronischen Zugang zu verstehen. Alle Zugänge sind gleichwertig aufrecht zu erhalten, damit nicht die "Netzcommunity" bei Open Government den Gesamtschnitt verfälscht. Auch ist Open Government niemals eine "App", damit Offenheit und Zugang nicht nur über einzelne, proprietäre Systeme möglich sind. Offene Verwaltung und offenes Verwaltungshandeln für alle und über alle Kanäle - sonst ist es ein "closed shop"

#5 | 07.06.2012 - 10:51 | Niels Hanßen | ID: 10421

0 Zustimmungen

Beobachter oder Akteur

Ganz habe ich das noch nicht verstanden! Habe ich nun Einfluss, oder bin ich Beobachter, der sich äußern darf und der ansonsten lediglich sehen kann, wie der Lobbyismus und die inzwischen von der Wirtschaft gesponserte Wissenschaft die Politik beeinflusst?

#6 | 07.06.2012 - 11:45 | Kopp | ID: 10457

0 Zustimmungen

Entwurf - von wem?

Von wem stammt dieser Entwurf?

#7 | 08.06.2012 - 11:12 | Romi | ID: 10514

0 Zustimmungen

Wirtschaftlicher Nutzen muss ausgeglichen werden

Wer von offenen Daten unternehmerisch profitiert, soll für sie bezahlen. Das heißt, dass speziell wirtschaftlich nutzbare Daten wie z.B. Geo-Fachdaten nicht komplett offen angeboten werden können. Das freie Angebot müsste sich auf Basisdaten beschränken und auf solche, die zu partizipativen Handeln notwendig sind, z.B. Planoffenlegungen vor öffentlichen Bauvorhaben o.ä.

#8 | 08.06.2012 - 12:18 | deBaernd | ID: 10529

0 Zustimmungen

@Romi Alles eine Frage der Lizenzen

Open-Government-Konsultation

Wenn offene Daten Geld kosten, und sei es nur für Unternehmen, sind die Daten nicht mehr offen und das Konzept von Open Data wird ad absurdum geführt. Aber ich verstehe deine Intention dahinter.

Es ist alles eine Frage der Lizenzierung. Creative Commons hat für solche Fälle die passenden Lizenzen. Genannt seien hier mal CC-BY-SA oder CC-BY-NC-SA. Was beschreibt welche Dinge eingehalten werden müssen, damit man keine Urheberrechtsverletzung begeht. Das erste bedeutet "Namensnennung und Weitergabe unter gleichen Bedingungen" und beim zweiten ist noch ein "nicht kommerziell" hinzugefügt.

#9 | 09.06.2012 - 10:48 | philippmueller | ID: 10561

4 Zustimmungen

Einführungstextvorschlag vor (um zu erklären, warum das Thema jetzt/heute relevant ist)

Digitale Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen neue Formen der Kommunikation und Wertschöpfung: wir können heute über Zeit und Raum hinweg gemeinsam an Ideen, Entscheidungen und Produkten arbeiten. Dafür müssen wir lernen Offenheit in unsere Entscheidungs- und Wertschöpfungsprozesse einzubauen. Diese neue Form der Organisation von Kommunikation und Wertschöpfung hat gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Auch Politik und Verwaltung können davon profitieren. [Zahlreiche Entscheidungsträger auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene ...]

#10 | 10.06.2012 - 23:47 | Moderation MT | ID: 10578

0 Zustimmungen

@Entwurf - von wem?

Hallo Kopp,

der Entwurf des Eckpunktepapiers stammt von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe des IT-Planungsrats, die für das Steuerungsprojekt "Förderung des Open Government" zuständig ist. Nähere Informationen dazu finden Sie in der Rubrik "Informieren" (<http://e-konsultation.de/opengov/ablauf>). Noch ein Tipp: Fragen zur Konsultation können im Lob&Kritik-Bereich diskutiert werden (http://e-konsultation.de/opengov/lob_und_kritik).

Besten Gruß, Matthias Trénel (Moderation)

#11 | 11.06.2012 - 00:01 | Moderation MT | ID: 10579

0 Zustimmungen

@Beobachter oder Akteur

Hallo Niels Hanßen,

ich würde diese Form der Öffentlichkeitsbeteiligung als eine "Offene Lobby" ansehen. Dann wären Sie als Teilnehmer dieser Konsultation ein "Lobbyist" ;-)

Über die Rolle dieser Konsultation in der Arbeit am Eckpunktepapier finden Sie einen Ablaufplan und FAQs in der Rubrik "Informieren" (<http://e-konsultation.de/opengov/ablauf>). Für weitere Nachfragen empfehle ich Ihnen die Diskussion im Lob&Kritik-Bereich (http://e-konsultation.de/opengov/lob_und_kritik).

Ich hoffe ich konnte zur Klärung beitragen, Matthias Trénel (Moderation)

#12 | 11.06.2012 - 13:28 | ID: 10605

0 Zustimmungen

Inwiefern "weitere Öffnung"?

Wenn von einer "weiteren Öffnung" geschrieben wird, dann sollte zunächst der Ist-Zustand beschrieben werden. So fehlt aktuell noch der Kontext. Geschieht dies nicht, schlage ich vor "weitere" durch "stärkere" zu ersetzen.

#13 | 11.06.2012 - 14:04 | luck01 | ID: 10609

2 Zustimmungen

Rolle der ITK realistisch sehen

Eigentlich sähe ich weder den IT-Planungsrat noch den IT-Gipfel im Lead, wenn es um open Government geht. ITK jann Werkzeuge liefern, die OG fördert, es geht aber m.E. um etwas anderes: den Umbau der öffentlichen Verwaltung, die Umgestaltung des Verwaltungshandelns in Richtung auf Teilhabe der Bürger, wenn dabei eventuell noch vorhandenen obrigkeitsstaatliche Residuen auf der Strecke bleiben, um so besser.

#14 | 11.06.2012 - 14:13 | woksoll | ID: 10612

1 Zustimmung

@Romi Zusatzsteuern erheben? Nein danke. @deBaernd Zusatzlizenzen CC? Nein danke. 1

Im Straßenverkehr betreibt der Staat Daseinsvorsorge und baut Straßen für allerlei Zwecke. Außer bei Autobahnen (Maut) erhebt er da nach den Steuern für die Finanzierung kein zweites Mal die Hand für die Nutzung. Wir sehen gerade bei der Urheberrechtsdiskussion, dass eine Nutzungsüberwachung im Internet noch schwerer ist als im Straßenverkehr, wo wir massiv Hardwareaufrüsten mussten mit einem anfangs gescheiterten Projekt.

Zu den Lizenzen: Wir können im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung Open Government Gesetze machen, die die Veröffentlichung von Open Data als Bekanntmachung Amtlicher Werke nach §5 UrhG anordnen. Die Erstellung der Daten ist da sowieso schon bezahlt (wie bei Geodaten durch Vermessungsingenieure öffentlichen Glaubens, Qualitätsberichte von Kitas- und Schulen, Mietspiegeln, Gutachterausschüsse (Verkaufspreise von Grundstücken und Immobilien) usw.).

Ich glaube nicht, dass wir eine Bürokratisierung mit CC-Lizenzen für Open Data brauchen. Wir brauchen auch keine Namensnennung von Beamten oder Angestellten (das macht nur Verhinderungsmöglichkeiten den Weg frei wegen Datenschutz). Was wir brauchen, sind die Daten. Wer die wie nutzt, ist völlig egal, wie bei Land- und Bundesstraßen.

#15 | 11.06.2012 - 14:14 | woksoll | ID: 10613

1 Zustimmung

@Romi Zusatzsteuern erheben? Nein danke. @deBaernd Zusatzlizenzen CC? Nein danke. 2

Open-Government-Konsultation

Schon bei ARD und ZDF sehen wir, wie wir durch die GEZ-Steuern wir Kulturvernichtung fördern, da der Bürger bezahlt und ARD+ZDF nach Belieben das Eigentum der Bürger verstecken dürfen.

Was die Bürger bezahlen, muss den Bürgern zugänglich sein, was privat bezahlt wird, muss man sich mit Artikel 14 GG sehen. In USA ist das völlig normal, wie wir z.B. an der Internetsoftware sehen. Es gibt keinen Grund, für einen nationale Sonderbehandlung deutscher Bürger.

#16 | 11.06.2012 - 14:15 | luckf01 | ID: 10614

3 Zustimmungen

Rolle der ITK realistisch sehen

M.E: sind Planungsrat und IT-Gipfel nicht die richtigen Instanzen zur Führung einer Open Government Initiative, bei der es in erster Linie nicht um IT(K), sondern um die Umgestaltung des Verwaltungshandelns in Richtung auf Bürgerteilhabe geht. Interessant ist dabei auch der Datenschutzaspekt.

#17 | 12.06.2012 - 12:01 | luckf01 | ID: 10625

1 Zustimmung

Open Government als "Thema"

Bitte ausführen, für wen eigentlich Open Government ein "Thema ist, und warum.

#18 | 13.06.2012 - 11:58 | OGD | ID: 10656

4 Zustimmungen

Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit bitte definieren

Was bedeutet dies konkret? Sollte nicht auch definiert werden was man sich hierunter vorzustellen hat? Bitte weg von der Metaebene und klar beschreiben welche Zielrichtung das Eckpunktepapier verfolgt.

#19 | 13.06.2012 - 16:22 | mentzini | ID: 10657

0 Zustimmungen

open government eher ein politikfeld

"thema" ist neutral und besagt anders als "politikfeld" nicht, dass ein handlungsbedarf und vor allem auch ein handlungswille besteht.

#20 | 15.06.2012 - 09:57 | IT-OrgZ14 | ID: 10687

2 Zustimmungen

Informations- u. Kommunikationstechnik ist nur das Werkzeug

Informations- u. Kommunikationstechnik ist nur das Werkzeug, um sich mit Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft u.a. gesellschaftlichen Gruppen besser und schneller auszutauschen. Definiert werden muss an anderer Stelle, was soll transparent werden, wo kann und darf man teilhaben, welche Zusammenarbeit ist gewünscht und welche Daten sollen allen zugänglich sein. Grenzen findet man ja schon allein durch die Bestimmungen des Grundgesetzes, der Datenschutzgesetze, Informationsfreiheitsgesetz etc.

Datenschutz für die Beschäftigten die die Systeme bedienen, wo und wie wird der geregelt?

Ein Aspekt des Datenschutzes wird leider immer vergessen.

Wie sieht es mit dem Schutz der Beschäftigten aus, die die Systeme bedienen müssen?

Dafür zu treffende Regelungen unterliegen den Personalvertretungsgesetzen der Länder bzw. des Bundes.

Das entscheidende Problem ist dabei, daß durch die Ebenenübergreifenden Zuständigkeiten in den Systemen für die einzelnen Personalvertretungsgremien keine Ansprechpartner existieren.

Daten werden von Institutionen verarbeitet und gespeichert, die nicht mehr in den Zuständigkeitsbereichen der Gremien liegen die die Bearbeiter in ihren Rechten vertreten können.

Hier müssen meiner Ansicht nach klare Anweisungen von den entsprechenden Entscheidungsträgern gegeben werden, um die Rechte der Beschäftigten zu sichern.

Bekannte eGovernment-Fehler beim openGovernment vermeiden

Programmsätze sind als "Aufschlag" immer gut. Nur: wir sollten mit einem klaren Anforderungsprofil starten, statt den openGovernment-Hype ohne adressatengerechte Bedarfsbildung aufzugreifen. Eben dieses habe ich bisher noch nicht hinreichend spezifiziert entdecken können.

Ansonsten werden die "technischen Lösungen" weit hinter den Erwartungen zurückbleiben und viel Engagement sowie Steuergeld verpuffen. Kurz: welches Produkt wollen wir, welches brauchen wir und welches können wir uns leisten?

Bürgerbeteiligung "von Anfang an"

Bei der Bewertung der "geeigneten Maßnahmen der LuK" sollten insbesondere auch Vorschläge und Ideen aus der Bevölkerung eingeholt und berücksichtigt werden.

Förderale Umsetzung ?

Open Government in der BRD bedeutet zwingend, dass die förderalen Strukturen bedient werden müssen. Daher meine Fragen :

Welche konkrete Massnahmen sind hierzu geplant ?

Wie können die Länder, Regionen, Landkreise und Städte in die Zielvorgaben eingebunden werden ?

Welche Anreize bestehen für die Verwaltungen ihre Daten aufzubereiten und den Unternehmen und Bürgern bereitzustellen ?

#25 | 19.06.2012 - 16:03 | Akteur | ID: 10737

1 Zustimmung

Innenmarketing

Als eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieses Zieles, mehr Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit zu erreichen ist vor allem das Innenmarketing zu stärken. Oftmals sind erfahrungsgemäß Informationen innerhalb der verschiedenen Ebenen nicht allen zuständigen Mitwirkenden ausreichend informiert, so dass hier schon erhebliche Defizite entstehen können.

#26 | 20.06.2012 - 16:13 | miguellopez | ID: 10766

0 Zustimmungen

Partizipation ist ausdrücklich zu begrüßen, aber

... es bleibt zu hoffen, dass die eingebrachten Vorschläge und Änderungen bis November 2012 berücksichtigt werden können, wenn schon der Entwurf aus 2011 stammt.

#27 | 21.06.2012 - 15:30 | @anked | ID: 10792

0 Zustimmungen

Open Government ist keine Frage der IT - Kanzlerinnen-Initiative ist erforderlich

Es ist lobenswert, dass die deutsche Bundesregierung jetzt stärker auf open government setzt. Aber die bisherige Bearbeitung in der Mittelebene des BMI (durch sehr engagierte MitarbeiterInnen) und auch die Delegation von Aufgaben an den IT Planungsrat zeigen, dass Open Government eben doch nicht auf der Top Agenda der Bundesregierung steht. Open Government verlangt einen Kulturwandel und der ist keine Frage der IT und daher auch nicht von IT Stäben und CIOs. Diese Aufgabe gehört ins Kanzleramt und auf den Tisch der MPs.

#28 | 22.06.2012 - 09:07 | | ID: 10844

0 Zustimmungen

Open Data ja

Open data ja, aber warum kein durch den Bund finanziertes und bereitgestelltes einheitliches Portal, das alle Föderativen Ebenen vom Bundesministerium bis zur kleinen Gemeinde nutzen können. Dies würde Bundesweit enorme Kosten einsparen, da nicht jede Behörde die geme Daten veröffentlichen möchte enorm viel Zeit und Geld für ihr eigenes Portal investieren muss. Siehe Eineitlicher Ansprechpartner EU-DL-RL, jedes Bundesland hat ein anderes System und eine andere Organisationsform gewählt.

#29 | 22.06.2012 - 10:16 | ddie | ID: 10846

1 Zustimmung

Es fehlt nach wie vor das politische Commitment!

Open Government mit den Bestandteilen Open Data, Transparenz, Partizipation und Kollaboration ist auch in Deutschland auf der politischen Agenda angekommen. Leider fehlt bisher aber das politische Commitment der Entscheidungsträger. Weder die Kanzlerin noch Innenminister oder Wirtschaftsminister haben bisher öffentlich eine eindeutige Unterstützung für das

Thema bekundet. Auch wenn das Thema mittlerweile in fast allen Parteiprogrammen vorkommt, ist doch von wenigen Ausnahmen abgesehen wenig umgesetzt worden. Open Government ist ein ressortübergreifendes Thema. Die bisherigen Bemühungen reichen bei weitem nicht aus und haben das Potential das Thema aufzuweichen und zu zerreden. Es ist zu befürchten, dass von Offenheit in "Open" Government und "Open" Data nicht viel übrig bleibt. Was nötig wäre machen uns gerade einige europäische Nachbarn vor, z.B. die Regierung des Baskenlandes. Deren Motte: "Keep it simple".

#30 | 22.06.2012 - 11:30 | DerDennis | ID: 10864

0 Zustimmungen

Open Government ist kein IT Thema

Wenn dieses wichtige Thema dennoch so gesehen würde, bedeutet dies, dass Bürger die (aus welchen Gründen auch immer: Behinderung, finanzielle Gründe, etc.) nicht am digitalen Lebensstil teilhaben können, von Transparenz, Mitbestimmung und der Beurteilung politischen sowie Verwaltungstechnischem Handelns ausgeschlossen werden. Dies ist absolut nicht akzeptabel und sollte dringend deutlich gemacht werden!

#31 | 22.06.2012 - 12:57 | Sebastian Magnus | ID: 10879

0 Zustimmungen

Open Offline Data

Open (Government) Data kann erst durch die Hilfe von Webtechnologien effizient und flächendeckend bereitgestellt bzw. genutzt werden. Andererseits ist es in einer Demokratie wichtig, allen Bevölkerungsgruppen einen gleichberechtigten Informationszugang zu gewährleisten, unter anderem also auch ohne Internet. Der Anteil der Internetnutzer lag 2011 bei 75%. Ein Lösungsansatz wäre, über die Behördennummer 115 den telefonischen Abruf der Informationen bzw. das Bestellen per Post zu ermöglichen. Synergien oder Einsparungen durch Einbeziehen ohnehin veröffentlichter Papierveröffentlichungen sind möglich.

#32 | 22.06.2012 - 13:54 | | ID: 10888

0 Zustimmungen

Ein Adressat fehlt!

Ein weiterer Adressat sind die anderen Behörden, was auch ebenenübergreifend funktionieren müsste.

#33 | 23.06.2012 - 08:12 | MPA | ID: 10921

0 Zustimmungen

@ #27

Natürlich ist Open DATA ein Thema des Informationsmanagements und damit des IuK- bzw. iKT-Wesens. Wer sonst verfügt über die nötigen Skills dazu, und kann die Ergebnisse auch gleich in (technologische) Lösungen umsetzen (lassen). Voraussetzung ist das Anforderungsmanagement, und dort finden die Fach- (hier: Bürger-) Interessen ihre Verortung. Eben dieser Dialog erfolgt hier.

#34 | 24.06.2012 - 13:17 | | ID: 10922

0 Zustimmungen

Geht es um "Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit" oder geht es um IT?

Bei aller Begeisterung für die IT sollten die Akteure nicht aus den Augen verlieren, dass es letztlich darum gehen muss, gesellschaftliche Probleme besser lösen zu können. Wenn die IT dabei hilft, durch "Öffnung" der Prozesse die Demokratie zu stärken, die Fehlertoleranz zu erhöhen, die Wandlungsgeschwindigkeit zu steigern und zu einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaftsform zu kommen, ist das prima. Wieviel IT muss denn in einem Transparenz-, Teilhabe oder Kooperationsprozess dabei sein, bevor er das Label OpenGov bekommt? Reicht es, wenn die Freiwillige Feuerwehr per Twitter alarmiert wird? Die Teilnehmer der einschlägigen OpenGov-Konferenzen wissen sehr wohl, dass es bei der angestrebten Gesellschaftsoptimierung im Grunde nicht um mehr Technologie, sondern um einen zumindest teilweise technologieinduzierten Kulturwandel geht.

3. Text-Fragment | ID: 10067

Diese Prinzipien von Open Government können im föderalen Kontext am besten dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam vorgehen. Mit den folgenden Eckpunkten und den in der Anlage definierten Begriffen wird hierfür ein gemeinsames Verständnis geschaffen:

#1 | 05.06.2012 - 16:14 | agon | ID: 10203

0 Zustimmungen

Gemeinsam

Das ist etwas unklar. Gemeinsam, heisst das zentral? In Koordination? In Abstimmung. Zentrale Ansätze lassen in jedem Fall das föderale Potenzial ungenutzt.

#2 | 05.06.2012 - 22:52 | marbeck | ID: 10276

0 Zustimmungen

... aber nicht auf den letzten warten

Wenn "gemeinsam vorgehen" bedeutet, dass man alle mitnimmt - sprich solange plant und konzipiert und ... bis der Letzte auch mitmacht -, ist der Ansatz zum Scheitern verurteilt.

#3 | 10.06.2012 - 10:33 | jib25 | ID: 10576

1 Zustimmung

Was ist mit "Prinzipien" gemeint

Sind das die drei Teilbereiche aus der Begriffsklärungen? Wenn ja, schlage ich vor, nicht unterschiedliche Begriffe für ein und dieselbe Sache zu verwenden. Wenn nein, verstehe ich nicht, was genau die Prinzipien sind.

#4 | 11.06.2012 - 09:11 | VG2012 | ID: 10583

2 Zustimmungen

Was ist mit "gemeinsam" gemeint?

Heißt gemeinsam, dass auf den letzten gewartet werden muss? Oder reicht eine Mehrheit der Befürworter, dass dann schon gemeinsam vorgegangen wird?

Es empfiehlt sich sehr, bereits vorab festzulegen, was mit "gemeinsam" gemeint ist.

#5 | 11.06.2012 - 13:35 | | ID: 10606

2 Zustimmungen

Prinzipien

Welche Prinzipien gemeint sind ist prinzipiell klar. Allerdings sollte aus meiner Sicht die unschönen Überleitung vom Vorsatz überarbeitet werden. Die Überleitung könnte die drei Begriffe (Transparenz etc.) aufnehmen und näher erläutern. Was ist unter Transparenz zu verstehen, was unter Partizipation? Welche Vorteile ergeben sich daraus für Bürger, Wirtschaft und Staat?

#6 | 12.06.2012 - 11:58 | luckf01 | ID: 10624

2 Zustimmungen

Prinzipien benennen

"Diese Prinzipien" sollten hier zur Klarstellung explizit genannt werden, damit der Leser weiß, worum es hier geht, und worum nicht, dann ist auch der Übergang vom vorhergehenden Ansatz flüssiger

#7 | 20.06.2012 - 10:50 | christianheise | ID: 10746

2 Zustimmungen

Keine

Es darf zwischen Bund, Ländern und Kommunen aber nicht zu dem üblichen Kompetenzgerangel kommen. Es kann z.B. nicht sein, dass der Bund Daten veröffentlichen will und die Länder sich querstellen. Auch die Länder und Kommunen müssen sich zu einem gemeinsamen Handeln selbstverpflichten.

#8 | 20.06.2012 - 16:15 | miguellopez | ID: 10767

0 Zustimmungen

Open Government für alle...

Da Open Government dazu dienen soll, die umfassende Einbindung aller Akteure, u.a. Wirtschaft, Verwaltung und Bürger zu ermöglichen, ist es wichtig und gut, dass in der Konzeptionsphase auch alle Akteure zur Gestaltung eingeladen werden.

#9 | 20.06.2012 - 16:18 | miguellopez | ID: 10768

0 Zustimmungen

föderalen Kontext

Das „gemeinsame“ Vorgehen ist gerade im föderalen Rahmen, mit großen Herausforderungen verbunden. Zur Lösung der Konflikte innerhalb der verschiedenen Ebenen oder zur Motivation gemeinsam zu einer Entscheidung zu kommen, könnten im Zuge der Gestaltung eines Maßnahmenkataloges Anreizmechanismen geschaffen werden

#10 | 20.06.2012 - 19:57 | | ID: 10780

Nicht unbedingt nötig

Ein gemeinsames Verständnis ist sicher hilfreich, aber nicht notwendig. Das ergibt sich von ganz allein nach einiger Zeit. Es sollte im Bund-Land-Kommune-Kontext eher darum gehen, den jeweils anderen Beteiligten keine Steine in den Weg zu legen. Außerdem: was, wenn sich das Verständnis durch den Zeitablauf ändert? Wird dieses dann quasi "fluidiert" und immer tagesaktuell angepasst? Viel Spaß damit.

#11 | 22.06.2012 - 10:25 | ddie | ID: 10848

0 Zustimmungen

Kommunen als Zugpferd

Es besteht die Gefahr, das im Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen am Schluss als Kompromiss nur der kleinste gemeinsame Nenner übrig bleibt. Meine Hoffnung liegt in den Kommunen, die ohne 5-Jahrespläne und teure IT-Megaprojekte einfache Lösungen kurzfristig umsetzen können, wenn sie nur wollen. Dafür ist nicht so sehr ein gemeinsames Verständnis notwendig sondern politischer Wille.

#12 | 22.06.2012 - 14:19 | Marc Behrens | ID: 10893

0 Zustimmungen

Wer standardisiert?

Für die Daten und Schnittstellen müssen Standards geschaffen werden über alle Verwaltungsebenen hinweg. Wer wird die Aufgabe der Standardisierung übernehmen und für Einheitlichkeit sorgen?

#13 | 24.06.2012 - 14:38 | @hombil | ID: 10924

0 Zustimmungen

Gemeinsame Richtung reicht aus

Wenn alle gemeinsam vorgehen sollen, geht das nur auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Wir brauchen aber eine höhere Wandlungsfähigkeit gesellschaftlicher Steuerungsprozesse. Deshalb ist es wichtig, Handlungsspielräume dezentral zu eröffnen, um neue Lösungen entwickeln und ausprobieren zu können. So steigt gleichzeitig die Fehlertoleranz und damit die Innovationsfähigkeit des Gesamtsystems. Die wichtigste Handlungsebene von OpenGov ist die kommunale. Damit es da funktioniert, müssen jedoch auch die finanziellen Rahmenbedingungen für kommunale Selbstverwaltung gegeben sein.

4. Text-Fragment | ID: 10013

1) Nationales Verständnis und Fahrplan entwickeln

5. Text-Fragment | ID: 10014

- Die Initiativen zu Open Government zielen auf neue Formen des Regierungs- und Verwaltungshandelns, die durch technische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen bestimmt sind. Deren Ziele und Gestaltung sollten in einem alle Ebenen einbeziehenden konstruktiven Diskurs unter Beachtung der Verfassungsprinzipien sowie der gewachsenen Regierungs- und Verwaltungskultur betrachtet werden.

#1 | 05.06.2012 - 20:30 | Clemense | ID: 10266

2 Zustimmungen

Neue Entwicklungen in bestehende Kultur integrieren? Reicht das?

Die gewachsene Verwaltungskultur fußt auch auf der Säule der Zuständigkeit und das damit verbundene Selbstverständnis. Verwaltungskultur orientiert sich an Hierarchie und im Ideal eindeutiger Zuordnung dieser Zuständigkeit, wenn auch im Realen Leben sehr stark gesplitterter Teilzuständigkeit. Die Zuständigkeit ist nach geographischen oder sachlichen Kriterien ausgerichtet.

Die Entwicklungen (technisch, sozial, wirtschaftlich) sind stark von der Entkopplung des Raumbezuges (Globalisierung) und der zunehmenden Vernetzung und damit einhergehender wachsender Komplexität geprägt. Die Bürger, die Wissenschaft und die Wirtschaft reagieren auf diesen Druck durch höhere Flexibilität und komplexere Lösungsstrategien. Sie vernetzen sich ebenfalls und erwarten von der Verwaltung mindestens, dass sie das auch tut. Daher leite ich ab, dass die Verwaltung sich nicht nur dem Bürger, der Wissenschaft und der Wirtschaft öffnen muss, sondern auch damit rechnen muss, sich auch für sich selbst zu öffnen.

#2 | 06.06.2012 - 08:19 | | ID: 10289

1 Zustimmung

Unverständlich

Bitte sehen Sie mir nach, dass ich Ihre Formulierungen für sehr abgehoben und unverständlich halte. Ich befürchte, dass so kaum jemand wirklich Zugang zu dem Thema finden wird. Offenes Handeln bedeutet für mich auch Einfachheit und

bürgernahe Verständlichkeit.
Freundliche Grüße
(Name von der Moderation entfernt)

#3 | 07.06.2012 - 11:00 | Herr Ammermann | ID: 10427

4 Zustimmungen

Angezogene Handbremse

Wenn die "gewachsene Regierungs- und Verwaltungskultur" beachtet werden soll, dann zeigt das im Zweifelsfall, dass man nicht an einem echten Wandel, sondern nur an einer neuen Fassade interessiert ist.

#4 | 09.06.2012 - 10:52 | philippmueller | ID: 10562

1 Zustimmung

technische

würde technische durch technologische ersetzen (schliesst das Instrument und seine Logik mit ein: techné/logos).

#5 | 11.06.2012 - 09:19 | VG2012 | ID: 10585

1 Zustimmung

Diskurs

Diskurs klingt hier stark nach ewigen Diskussionen, die letztendlich das Treffen von Entscheidungen verhindern. Das sollte aber nach Möglichkeit vermieden werden. Hier ist die Problematik ähnlich wie bei dem "gemeinsam" auf Seite 1.

#6 | 13.06.2012 - 11:22 | | ID: 10652

1 Zustimmung

gewachsenen Regierungs- und Verwaltungskultur

Natürlich befindet sich die öffentliche Verwaltung in einem Spannungsfeld aus Nutzererwartung und Machbarkeit vor dem Hintergrund der "gewachsenen" Arbeitsabläufe in der Verwaltung. Dort wo open gov betrieben wird, hat mE auch ein Wandel von Verwaltung 1.0 zu Verwaltung 2.0 stattgefunden. Ich würde mir für diesen Abschnitt eine aktivere Formulierung wünschen:

•Die Initiativen zu Open Government zielen auf einen Weiterentwicklung des Regierungs- und Verwaltungshandelns. Im Zuge der Initiative werden die technischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekte dieser notwendigen Weiterentwicklung analysiert. Unter Beachtung der Verfassungsprinzipien sowie der gewachsenen Regierungs- und Verwaltungskultur wird ein Aktionsplan erarbeitet, der hemmende Arbeitsabläufe benennt und Lösungsansätze zur Diskussion stellt.

#7 | 13.06.2012 - 16:54 | luckf01 | ID: 10659

0 Zustimmungen

Geht es auch etwas konkreter?

Ich empfinde diese Satz als sehr abstrakt und von verquerer Logik. Beispiel:
Das Eckpunktepapier soll ja die OG-Initiative erst anschieben, demnach dürfte es

jetzt solche Initiativen noch gar nicht geben. Unklar bleibt, ob die "neuen Formen" neben die alten treten sollen, oder diese verdrängen sollen, wenn ja, in welchem Zeitrahmen? Ferner: "Alle Ebenen" Was ist das den? Muss man wirklich immer alle Ebenen "einbeziehen, und wie sieht so etwas konkret aus?
Fazit: Dieser Satz bedarf einer gründlichen Überarbeitung!

#8 | 15.06.2012 - 17:28 | MPA | ID: 10702

0 Zustimmungen

Abgrenzung zu eGovernment?

Hier werden m.E. Elemente der anerkannten "Speyerer" eGovernment-Definition nach Reinermann/v.Lucke mit openGovernment vermengt. Vorschlag: Im Eckpunktepapier vorher (!) openGovernment sauber definieren sowie von anderen / ähnlichen Begriffen abgrenzen und dann die Initiativen bedarfsgerecht (also nachfrageorientiert, nicht angebotsorientiert) beschreiben sowie priorisieren.

#9 | 20.06.2012 - 16:21 | miguellopez | ID: 10769

0 Zustimmungen

Der Diskurs kann bereits beginnen ...

Der IT-Planungsrat wurde zur Koordination von IT-Vorhaben von Bund und Ländern geschaffen, er kann somit bereits jetzt den „konstruktiven Diskurs“ führen.

#10 | 22.06.2012 - 11:04 | ddie | ID: 10851

0 Zustimmungen

Kultureller Wandel statt gewachsene Regierungs- und Verwaltungskultur

Natürlich brauchen wir den breiten Dialog. Aber mal im Ernst: Die "gewachsene Regierungs- und Verwaltungskultur" ist derzeit tatsächlich der Bremsklotz bei der Entwicklung hin zu einer offenen und transparenten Demokratie. Hier muss man auch mal Tacheles reden, anstatt zu versuchen es allen recht zu machen und alle dort abzuholen wo sie nun mal stehen. Dieser kulturelle Wandel wird nicht allen gefallen, manchen weh tun, manche überkommenen Konzepte von Politik und Demokratie werden untergehen, genauso wie manche überkommenen Geschäftsmodelle untergehen werden. Dafür entsteht Raum für Neues. Das ist gut so!

#11 | 24.06.2012 - 22:38 | | ID: 10944

0 Zustimmungen

Technik nicht im Vordergrund, sondern der Kulturwandel

Im Satz "Die Initiativen zu Open Government zielen auf neue Formen des Regierungs- und Verwaltungshandelns, die durch technische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen bestimmt sind" würde ich die Technik nicht an erster Stelle nennen. Open Government ist in erster Linie eine Frage des Kulturwandels. Also erst gesellschaftliche Entwicklungen, dann die Technik in den Fokus stellen. Ansonsten inhaltliche Zustimmung!

6. Text-Fragment | ID: 10015

- Ein Fahrplan für offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln im föderalen Kontext benötigt den breiten Dialog. Der Entwicklungs- und Umsetzungsprozess ist in allen Phasen offen in jeweils geeigneten Formen zu gestalten.

#1 | 05.06.2012 - 16:48 | agon | ID: 10235

1 Zustimmung

Was bedeutet das?

"in jeweils geeigneten Formen zu gestalten".

#2 | 08.06.2012 - 11:16 | Romi | ID: 10515

0 Zustimmungen

Kommunikationsstrukturen schaffen

Hierzu muss die Anhörung der Bürger und die Einbeziehung derer, die die Leistungen nachher umsetzen sollen, einbezogen werden.

#3 | 10.06.2012 - 08:13 | jb25 | ID: 10574

1 Zustimmung

präziser formulieren

Was genau verstehen Sie unter einem "breitem Dialog"? Was sind die "jeweils geeigneten Formen"?

#4 | 12.06.2012 - 12:05 | luckf01 | ID: 10626

0 Zustimmungen

offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln

Was ist das? Hier fehlt die Definition völlig. BDSG - Aspekte berücksichtigen, die Vorgaben des BSI für Informationssicherheit einbeziehen. Aus meiner Sicht sollte dieser Absatz präzisiert werden.

#5 | 12.06.2012 - 12:10 | luckf01 | ID: 10627

3 Zustimmungen

Fahrplan

Wenn wir O.G. anstreben, werden wir dies erreichen, wenn wir konkrete Projekte definieren und vergeben, die jeweils konkrete Zeit- und Investitionspläne haben müssen, und über Meilensteine gekoppelt sind, damit man O.G. als Projektbündel über einen Masterplan per Multiprojektmanagement steuern kann. Das ist Industriestandard (in der IT und anderswo) Das Wort "Fahrplan" bleibt hingegen völlig im Unverbindlichen!

#6 | 12.06.2012 - 12:13 | luckf01 | ID: 10628

0 Zustimmungen

geeignete Formen

Wer stellt mit welchen Methoden fest, welche Formen den Phasen des angesprochenen Prozesses "angemessen" sind? Gibt es diese Formen schon? Muss da noch geforscht werden? Der ganze absatz ist m.E. sehr unpräzise und sollte neugefasst werden.

#7 | 13.06.2012 - 09:02 | OGD | ID: 10648

1 Zustimmung

"Breiten Dialog" definieren

Was bedeutet "breiter Dialog" genau? Welche Dialogform ist mit welcher Teilnehmerzahl maßgebend für den Fahrplan?

#8 | 15.06.2012 - 17:31 | MPA | ID: 10703

0 Zustimmungen

Dialog natürlich, aber Leitplanken setzen

Praktische Erfahrung zeigt, dass zumindest Richtung und Leitplanken gesetzt werden müssen, wenn man ein Ziel halbwegs sicher erreichen möchte. Ansonsten ist/wird das hier kein Eckpunktepapier, sondern eine Wunschliste...

#9 | 18.06.2012 - 10:15 | Christian Scholz | ID: 10723

0 Zustimmungen

Und wie sieht es hier mit der Offenheit aus?

Auch diese Diskussion hier könnte offener sein, sie ist ja Teil des Ganzen. Die Autoren dieses Papiers sollten hier mit diskutieren oder hätten im Prinzip schon von Beginn an den Text offen erstellen sollen.

Dies hier ist ja schon Teil des Entwicklungsprozesses und mit Dialog sollte daher auch hier schon der direkte Dialog, also eine Konversation, gemeint sein.

#10 | 20.06.2012 - 11:01 | christianheise | ID: 10749

0 Zustimmungen

Fahrplan und Zeitplan definieren

Im Rahmen des Eckpunktepapiers könnte man selbstverpflichtend einen Gesamtzeitraum nennen, damit würde dem Papier eine Strahlkraft verliehen werden (für Bürger, Verwaltung, Regierung, Medien). Selbst wenn das Ziel erst

für 2016 definiert wird.

#11 | 20.06.2012 - 15:58 | Moderation MT | ID: 10763

0 Zustimmungen

@Und wie sieht es hier mit der Offenheit aus?

Hallo Christian Scholz, ich habe dazu auf eine gleichlautende Frage von Ihnen im Lob&Kritik-Forum geantwortet: http://e-konsultation.de/opengov/lob_und_kritik
Besten Gruß, Matthias Trénel (Moderation)

#12 | 20.06.2012 - 16:23 | miguellopez | ID: 10770

0 Zustimmungen

Definitionen

Eine Definition des „breiten Dialogs“ wäre zu begrüßen. Soll für jedes Vorhaben die gesamte Öffentlichkeit eingebunden werden, oder reichen für abgegrenzte Projekte auch dementsprechend angepasste Zielgruppen?

#13 | 22.06.2012 - 11:13 | ddie | ID: 10852

0 Zustimmungen

Beteiligung beim gesamten Prozess

Es wäre schön, wenn die unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholder tatsächlich auf Augenhöhe in den *gesamten* Entwicklungs- und Umsetzungsprozess einbezogen würden. Tatsächlich aber sitzen z.B. bei IT-Gipfel und IT-Planungsrat Vertreter der Wirtschaft mit am Tisch während die Zivilgesellschaft nicht einbezogen wird. Dies zu ändern wäre z.B. eine geeignete Form den hier zur Diskussion gestellten Worten Taten folgen zu lassen.

#14 | 24.06.2012 - 22:43 | | ID: 10945

0 Zustimmungen

konkret?

Wer ist mit Dialog gemeint - im föderalen Kontext? Bund, Länder und Kommunen? Politik und Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger? Wenn es hier also z.B. um Einbeziehung Externer geht und "Offenheit" der Umsetzung durch Information und Kommunikation - bitte einfach nennen. Inhaltlich volle Unterstützung.

7. Text-Fragment | ID: 10016

- Die Entwicklung überzeugender Lösungen erfordert ein Vorgehensmodell, das die einzelnen Phasen, deren Ziele und zeitlichen Ablauf, die Akteure und Methoden klar bezeichnet.

#1 | 05.06.2012 - 18:09 | agon | ID: 10258

4 Zustimmungen

Xtreme Verwaltung

Vorgehensmodelle dienen nur der internen Absicherung, am besten ist es loszulegen, und was auszuprobieren, ein Teil der Ansätze wird scheitern, und das ist auch richtig so. Die guten Ansätze werden refaktoriert. Niemand soll dem lieben Herrgott den Tag stehlen mit Vorgehensmodellen. Statt Modellen zum Vorgehen, brauchen wir Fort-Schritt. Viel ausprobieren, viel wegschmeissen, Erfahrungen sammeln.

#2 | 06.06.2012 - 08:17 | mklenke | ID: 10287

0 Zustimmungen

100% Zustimmung zum Kommentar "Xtreme Verwaltung"

Die Vorstellung einen solchen Prozess von vorne bis hinten durchplanen zu können und dann zu starten ist anachronistisch und nicht nur in der Softwareentwicklung gescheitert. Diese Erfahrung wurde auch in der öffentlichen Verwaltung hinreichend gemacht. Realität sind Prozesse, dazu gehört auch, dass sich Ziele, angemessene Methoden und Werkzeuge im Laufe der Entwicklung und mit wachsender Erfahrung naturgemäß ändern. Benötigt wird ein agiles Vorgehen, das nach einer initialen Konzeptphase rasch mit Prototypisierung und Experimentieren im besten Sinne beginnt. Ein klassisches, detailliertes Vorgehensmodell ist verbranntes (Steuer)-Geld.

#3 | 08.06.2012 - 11:17 | Romi | ID: 10516

0 Zustimmungen

Dito „Xtreme Verwaltung“

Genau: nicht zu viel schreiben, mehr machen.

#4 | 08.06.2012 - 19:04 | | ID: 10546

0 Zustimmungen

Eher-nicht-dito zu den Xtreme Beiträgen davor

Da eine Verwaltung aus weniger Leuten besteht als sie zu verwalten hat und es bestehende Prozesse gibt ist ein reines Verfahren nach Xtreme Programmieren nicht ganz passend. Es sollte schon weitere Verfahren dabei sein (scrum? Experten als Mediator, Aufteilung in gröbere Arbeitsaufgaben und dessen Unterteilung in Tasks durch die Verwaltung selbst - sie muss dass auch stämmen können)

#5 | 09.06.2012 - 10:59 | philippmueller | ID: 10563

1 Zustimmung

Fahrplan vs. Vorgehensmodell

was ist der Unterschied zwischen dem Fahrplan (ein bullet weiter oben) und dem Vorgehensmodell? Die Diskussion um agile Politikgestaltung ist interessant (scrum, extreme programming, etc), wobei nicht klar ist, ob das wirklich auf dieses Thema übertragbar ist. Zielgruppe sind ja Entscheider auf der politischen Ebene in Verwaltung und Politik.

#6 | 11.06.2012 - 09:25 | VG2012 | ID: 10586

0 Zustimmungen

Vorgehensmodell

Ist das Vorgehensmodell immer anzuwenden? Gerade bei der Entwicklung von kleineren Lösungen sollte hier aufgepasst werden, dass nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird (ähnlich V-Modell XT, welches für kleine Projekte zu mächtig ist und somit deren Durchführung im schlimmsten Fall behindert). Das Vorgehensmodell sollte somit flexibel anpassbar sein.

#7 | 11.06.2012 - 14:19 | alper | ID: 10615

0 Zustimmungen

Wir brauchen keine Lösungen

Wir brauchen jetzt keine Lösungen sondern nur die Offenbarung der Daten. Das ist etwas was sehr einfach und billig realisierbar ist und danach können wir immer noch sehen welche Lösungen noch gebraucht werden.

#8 | 13.06.2012 - 17:07 | luckf01 | ID: 10660

0 Zustimmungen

Lösungen/Vorgehensmodell

Zwei Anmerkungen:

1. Es gibt Vorgehensmodelle wie Sand am Meer, jede öffentliche Verwaltung hat für ihre Projektvorhaben mindestens eines, (Prince 2, V-Modell). Es wird nicht klar, ob bestehende Vorgehensmodelle weiterentwickelt adaptiert oder customized werden sollen oder müssen, oder ob angesterbt wird, ein ganz neues solches zu entwickeln.

2. Bei O.G. geht es ja um Teilhabe, das Wort "Lösungen" klingt hier so, als ob hier etwas fix-fertiges Erzeugnis aus dem Regal genommen und den staunenden Akteuren vorgesetzt wird.

Ich bitte um Überarbeitung

Niemand kennt die Lösung

Der oben stehende Satz hört sich so an, als wäre die Lösungsidee für das Problem schon klar und wir müssten deren Umsetzung nur per Wasserfallmodell erarbeiten.

Dem ist aber nicht so. Kein Mensch und auch keine Agentur weiss im Moment, wie Open Government aussieht. Wir wissen nur, es gibt ein Problem, aber so richtig analysiert ist ja nichtmal das (was genau ist denn "Politikverdrossenheit"?)

Daher müssen wir viel ausprobieren. Wir brauchen also einen Prozess, bei dem man klein beginnt, wo man auch viel ausprobiert und durch eine Community viel ausprobieren lässt. Die Ergebnisse müssen dann analysiert und dann die Projekte verbessert werden. Und dann geht es wieder von vorne los. Wir brauchen also einen langwierigen Prozess, der auch Fehlschläge zulässt. Ich würde vermuten, dass dieser Prozess über Jahre andauern wird, da wir ja nicht nur ein technisches Problem, sondern auch (oder vor allem) ein kulturelles Problem zu lösen haben.

Insgesamt aber bitte keine Phase und Methoden vorgeben, sondern nur einen Iterationszyklus definieren und vor allem die Reflektion in den Mittelpunkt stellen. Da das ja alles auch bundesweit geschehen soll, wäre hier wahrscheinlich auch eher die Koordination das Problem bzw. die Dokumentation/Kommunikation, wenn man davon ausgeht, dass regionale Stakeholder auch ruhig selbständig was ausprobieren dürfen sollen.

#10 | 15.06.2012 - 17:34 | MPA | ID: 10704

0 Zustimmungen

Programmsätze helfen leider nichts

Sorry, aber hier beginnen jetzt Programmsätze (um nicht Worthülsen zu sagen), die auf vielfältigste Vorhaben anzuwenden wären. Ein Eckpunktepapier sollte dagegen eben die Eckpunkte setzen. Ich wünsche (mir von) den Akteuren daher mehr Mut beim Formulieren.

#11 | 20.06.2012 - 10:52 | pwoolf | ID: 10747

0 Zustimmungen

Vorgangsmodell oder doch eGovernment reloaded?

Ein starres Vorgangsmodell zu entwickeln oder pauschal vorzugeben scheint kaum möglich oder sinnvoll - dennoch birgt xtreme-vorgehen bzw. ausschließliches Drauf-Verlassen, dass die "crowd" schon eine gute Idee haben wird, auch das Risiko, eine weitere Wüste mit 1001 online gestellten Services bzw. Datenangeboten zu haben, die keinen interessiert. Ist auch in seinem Fokus auf die technische Bereitstellung aus meiner Sicht zu einseitig. Dadurch werden die möglichen Vorteile, die sich im Sinne von Kooperationspotenzial, Prozessverbesserung, backoffice-Reorganisation etc. ergeben, eher nicht erkannt und genutzt.

Flexible Konzepte wie Pattern-Ansätze können aus meiner Sicht geeignete Hilfestellung geben, um Organisation und Technik im Kontext zu sehen, aber gleichzeitig nicht zu starr zu werden, dass man lieber gar nicht erst anfängt.

#12 | 20.06.2012 - 16:25 | miguellopez | ID: 10772

0 Zustimmungen

Überzeugende Lösungen

Schon zu Beginn „überzeugende Lösungen“ anzubieten wäre übertrieben für den Beginn. Ablauf, Methoden, Gestaltung, Schritte und Ziele sollen während der Entwicklung geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur durch diesen Kreislauf kann auf Dauer ein Lerneffekt eintreten.

#13 | 21.06.2012 - 15:48 | @anked | ID: 10799

1 Zustimmung

Overengineering birgt die Gefahr der Bürokratisierung von Bürgerbeteiligung - das lähmt Kreativität und Offenheit

Die Vorgabe genau beschriebener Vorgehensmodelle klingt sehr deutsch und sehr bürokratisch und sehr wenig nach Offenheit und nach Betaphase. Aber Internet ist Beta und Open Government wird auch mit Beta arbeiten müssen. Perfektion gibt es nicht, aber lernende Systeme. Wenn wir aber Prozessböxchen malen für Open Government, dann kann es sein, dass wir damit die Kreativität killen bevor sie sich entwickeln konnte. Preussische Herangehensweisen passen einfach nicht zur neuen Open Government Kultur.

#14 | 22.06.2012 - 11:21 | ddie | ID: 10855

0 Zustimmungen

Taten statt Vorgehensmodell

Es scheint als müsse gerade die deutsche Regierung und Verwaltung "Open Government" neu erfinden und in einem DIN-Standard definieren. Das ist falsch und führt nicht zum Ziel. Ich wünsche mir mehr Mut zum Experiment. Wir brauchen keine Modelle für Offenheit, Transparenz und Beteiligung sondern politischen Willen diese in der Praxis umzusetzen. Keep it simple.

#15 | 22.06.2012 - 14:21 | Marc Behrens | ID: 10894

0 Zustimmungen

Zuständigkeiten ergänzen

Jeder Akteur sollte die Zuständigkeiten der anderen kennen - und auch seine eigene. Die Zuständigkeit sollte sich aus der Kompetenz ableiten.

#16 | 22.06.2012 - 16:48 | | ID: 10910

0 Zustimmungen

Machen statt modellieren!

OpenGov erfordert Mut und einen Kulturwandel - keine weiteren Vorgehensmodelle. Diese Konsultation war doch wohl auch kein "Hexenwerk" - oder?

#17 | 24.06.2012 - 14:47 | @homobil | ID: 10925

0 Zustimmungen

Dezentraler Iterationsprozess statt "ein Vorgehensmodell"

Open-Government-Konsultation

So vielfältig wie die ungelösten gesellschaftlichen Probleme sind, so vielfältig sind die potentiellen Lösungsansätze. Open Government muss dazu ermutigen und befähigen, Problemlösungen zu entwickeln und zu erproben; dezentral, offen, transparent.

8. Text-Fragment | ID: 10017

- Die Impulse und Aktivitäten auf europäischer sowie internationaler Ebene werden in den Blick genommen.

#1 | 06.06.2012 - 03:09 | | ID: 10281

0 Zustimmungen

Thema verfehlt

Das gilt doch alles für jeden IT-Einsatz in der Verwaltung - Wo bleibt as Soeziische für "offenes" Verwaltungshandeln???

#2 | 08.06.2012 - 11:19 | Romi | ID: 10517

0 Zustimmungen

Impulse auch dem Tagesgeschäft

Echte Impulse kommen aus realen Projekten im Alltag.

#3 | 10.06.2012 - 10:11 | jb25 | ID: 10575

1 Zustimmung

Was bedeutet "in den Blick genommen"?

Heißt das "berücksichtigt"?

#4 | 11.06.2012 - 10:30 | | ID: 10592

0 Zustimmungen

EU-Bund-Land-Kommune

Die Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen ist nicht mehr zeitgemäß. Meiner Meinung nach sollte wir erst eine Entwicklung abschließen, nämlich die Länder aufzulösen. Europäische Entwicklungen beeinflussen auch heute schon mehr unsere tägliches Leben als viele wahr haben wollen. Die EU ist ein übergeordnetes Organ und kein Impulse oder Akteur auf den man mal schauen muss.

#5 | 11.06.2012 - 11:45 | wkeim | ID: 10599

9 Zustimmungen

Open Government Partnership beitreten

Deutschland sollte dem Open Government Partnership beitreten, wie 73 andere Länder.

#6 | 13.06.2012 - 17:19 | luckf01 | ID: 10661

1 Zustimmung

In den Blick nehmen = Zuschauen

Das reicht nicht! Wenn jeder in der EU sein eigenes O.G.-Süppchen kocht, kommt nix geschmeites dabei heraus. Besser wäre es, die angesprochenen Impulse aufzunehmen und entsprechende Aktivitäten zu koordinieren, um z.B. den europäischen Partnern unsere Aktivitäten nahe zu bringen. Was darüber hinaus international geschieht, ist demgegenüber nicht so wichtig.

#7 | 14.06.2012 - 08:15 | wkeim | ID: 10674

1 Zustimmung

Das 10. Ostsee-NGO Forum unterstützt Zugang zu amtlichen Informationen

Die Neue Rheinische Zeitung wurde ihrem eigenen Anspruch "Meldungen, die Sie in den üb(ich)en Medien eher nicht finden" gerecht und veröffentlichte: "10. Ostsee-NGO Forum unterstützt Zugang zu amtlichen Informationen. Deutschland als Schlusslicht:" <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17885>

#8 | 20.06.2012 - 10:59 | christianheise | ID: 10748

2 Zustimmungen

Deutschland muss dem Open Government Partnership beitreten

Der Weg erstmal eine eigene Strategie und Plattform zu entwickeln, bevor man sich mit einer Teilnahme am Open Government Partnership beschäftigt (so sieht das zumindest der Bundesinnenminister Friedrich), kann nicht der richtige sein.

Ein Beitritt oder eine Ankündigung zum Beitritt zum Open Government Partnership im Rahmen der Verabschiedung des Eckpunktpapiers wäre ein gelungener Schritt zur Konkretisierung dieses schwammigen Textabschnitts.

#9 | 20.06.2012 - 14:40 | wkeim | ID: 10760

1 Zustimmung

Nutzung des Internets zur extremen Vereinfachung der Bearbeitung von Einsichtsansträgen

Die norwegische gesamte staatliche Verwaltung die (seit Jahrhunderten vorhandene) Postliste im Internet und es gibt eine Suchmöglichkeit, die den Antragsteller die Dokumentnummer zugänglich macht, die dann elektronisch bestellt und beantwortet wird (<http://www.oep.no/nettsted/fac?lang=en>). Der Antragsteller sucht in allen staatlichen Dokumenten und findet die Dokumentnummer, die es der Verwaltung sehr einfach macht innerhalb von sehr sehr kurzer Zeit das Dokument elektroisch zuzusenden. Während in Norwegen mehr als 1200 Anträge pro 100 000 Einwohner bearbeitet werden sind es weniger als 2 in Deutschland.

(<http://right2info.org/resources/publications/Fringe%20Special%20-%2090%2...>).

Impulse "in den Blick nehmen" reicht nicht - Kooperation durch Beitritt bei Open Government Partnership!

Mehr als 50 Länder kooperieren bereits in der Open Government Partnership mit einem intensiven Austausch ihrer Erfahrungen, Ziele und Aktionspläne zu Open Government. Deutschland ist leider immer noch nicht dabei. Mir reicht der "Blick" auf andere nicht. Ich wünsche mir eine aktive Rolle Deutschlands in solchen Netzwerken, deren Beteiligungsformen/-regeln auch den eigenen Prozess in Deutschland vorantreiben - durch Verpflichtung zu Aktionsplänen, Einbindung der Zivilgesellschaft, regelmäßige Rechenschaftslegung.

Keine Phrasen bitte

"werden [...] in den Blick genommen" hat nicht sehr viel Aussagekraft. Vielmehr sollten Sie sich in dem Papier deutlich dazu positionieren, wie Sie an und an welchen "Impulsen und Aktivitäten" teilhaben werden.

Open Government Partnership kritisch begleiten

Ja, alle Stakeholder in Deutschland sollten in einem ständigen Dialog mit allen Stakeholder rund um die Welt stehen um gegenseitig von einander zu lernen. Ich stimme den anderen Kommentatoren zu, dass Deutschland der Open Government Partnership beitreten sollte. ABER: Die Open Government Partnership (OGP) ist kein Selbstzweck und noch weniger eine Garantie dafür, dass sie tatsächlich zu einer Entwicklung und Umsetzung führt, die den Namen "Open Government" auch verdient. Dies geht schon aus den teilweise absurden "Action Plans" hervor, die in manchen Ländern entstanden sind. Auch der Prozess deren Entstehung - der ja eigentlich alle Stakeholder miteinbeziehen sollte - ist bei weitem nicht in allen OGP-Ländern der Fall.

PSI-RiLi berücksichtigen

Aussagen zur Weiternutzung von Daten im Sinne der EU-Richtlinie 2003/98/EG zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors wären wünschenswert, wobei die durch die Revision der Richtlinie angestrebten Ziele bereits berücksichtigt werden sollten. Festzustellen ist, dass das Potenzial der Weiterverwendung von Daten des öffentlichen Sektors heute nicht voll ausgenutzt wird. Ein schrittweises Vorgehen, auch nach dem trial-and-error-Prinzip ist bei der Öffnung relevanter Datenbestände sicherlich sinnvoll.

Von Island lernen

Open-Government-Konsultation

Die Isländische Initiative zu modernen Medien

http://de.wikipedia.org/wiki/Isländische_Initiative_zu_modernen_Medien enthält wesentliche Anregungen bei der Transparenz staatlichen Handelns, die wert sind studiert zu werden.

9. Text-Fragment | ID: 10018

2) Open Government bedeutet Kulturwandel

10. Text-Fragment | ID: 10019

- Mehr Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit benötigen eine Veränderung im Umgang mit Informationen und Daten. Dieser Wandel betrifft nicht nur die Verwaltungskultur als solche und die damit einhergehenden verwaltungsinternen Prozesse, sondern führt auch zu einem veränderten Zusammenspiel von Gesellschaft und Staat.

#1 | 05.06.2012 - 16:24 | Seb2012 | ID: 10210

0 Zustimmungen

Kulturwandel und Offenheit

Es bedeutet vor allem Offenheit nicht nur Transparenz, also einen Gesinnungswandel in Verwaltung (UND POLITIK!), auch abseits von Dokumenten und Daten. Es muss ein Schritt weg von Herrschaftsdenken und Geheimniskrämerei sein, sonst ist Open Government auch nur eine Seifenblase

#2 | 05.06.2012 - 16:26 | deBaernd | ID: 10212

0 Zustimmungen

Umdenken in der Politik

Ganz besonders muss dieses Umdenken in der Politik geschehen. Denn dort wird häufig auch noch gemauert, gegen die gewünschte Offenheit

#3 | 05.06.2012 - 18:44 | agon | ID: 10260

0 Zustimmungen

Art 15 EU Vertrag

Art 15 AEUV verankert auf EU Ebene Informationsfreiheit. Schade, dass auf nationaler Ebene das viel schwächer ist.

#4 | 05.06.2012 - 20:45 | | ID: 10267

0 Zustimmungen

Transparenz

Mehr Transparenz und Partizipation könnte durch die Integration des

Informationsfreiheitsgesetzes in das Grundgesetz sowie in die Verfassungen der Bundesländer erreicht werden.

#5 | 06.06.2012 - 03:14 | | ID: 10282

0 Zustimmungen

Was ist eine "Verwaltungskultur als solche" ?

In Bezug auf Offenheit gibt es ganz unterschiedliche Verwaltungskulturen, z.,B. Statistikämter auf der einen Seite und Schul-/Bildungsbehörden auf der anderen. Wie ändert man die weniger offenen Kulturen ?

#6 | 07.06.2012 - 10:30 | JuergenVo | ID: 10375

0 Zustimmungen

Schwierig

Wo immer hoheitliche Aufgaben bearbeitet werden müssen, ist Transparenz ein Tanz auf dem Vulkan. Offenheit muss ein Umdenken - ein Wandel im Kopf sein, der aber nicht auf Kosten von Datensicherheit umgesetzt werden darf!

#7 | 09.06.2012 - 11:03 | philippmueller | ID: 10564

0 Zustimmungen

wo ansetzen?

Das Kulturwandel-Argument ist natürlich richtig, meist ist Kultur aber schwer direkt veränderbar. Die Frage für das Eckpunktepapier müsste dann aber sein, wo/wie kann man ansetzen, die neue Kultur zu fördern. D.h. mir fehlt auf der Seite ein Hinweis auf Führung, Strategie und Organisation.

#8 | 12.06.2012 - 12:45 | luckf01 | ID: 10633

6 Zustimmungen

Verwaltungskultur als solche

Änderungsvorschlag: Ersetzen durch "Grundsätze des Verwaltungshandelns"

#9 | 21.06.2012 - 16:00 | @anked | ID: 10806

0 Zustimmungen

Kulturwandel ist notwendig! Verfassungsverankerung stützt Wandel und gleichberechtigten Zugang für Bürger

JA! Es geht um einen Kulturwandel! Sowohl in der Verwaltung als auch bei der Bevölkerung, denn auch das mitreden will (wieder) gelernt bzw. geübt sein. Um einen neuen Umgang mit Informationen und Daten für alle zu erreichen, brauchen wir eine Verankerung des Zugangsrechts/der Informationspflicht in der Verfassung - für alle Behörden, egal auf welcher föderalen Ebene. Das Bundes IFG ist ineffektiv, 5 Bundesländer haben gar kein IFG, auf kommunaler Ebene ist es ebenfalls vom Wohnort abhängig, ob und wie man Informationen erhält.

#10 | 22.06.2012 - 12:19 | So | ID: 10872

0 Zustimmungen

Grad der Öffnung finden, der für alle Seiten akzeptabel ist

Voraussetzung dafür ist, dass alle Beteiligten „mitgenommen“ werden und ein breites Vertrauen in eine gemeinsame konstruktive Zusammenarbeit entsteht. Welche Ansätze werden verfolgt, um die Bereitschaft der datenhaltenden Stellen zu befördern, relevante Daten auch tatsächlich zur Weiterverarbeitung zur Verfügung zu stellen?

#11 | 22.06.2012 - 14:12 | ddie | ID: 10891

0 Zustimmungen

Demokratie- und Datenkompetenz lernen

Richtig! Nur mut! Alle Daten zugänglich machen! Die gesellschaftlichen Stakeholder werden schon lernen mit den Daten umzugehen. Demokratie- und Datenkompetenz müssen alle Beteiligten (analog zur Medienkompetenz) in der Praxis gelernt werden.

#12 | 22.06.2012 - 14:40 | theimstaedt | ID: 10902

0 Zustimmungen

Veränderung im Umgang mit Kritik

Ich würde ergänzen wollen, dass mehr Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit z.B. auch zu einem veränderten Umgang mit öffentlich geäußelter Kritik führen müssen. Bei einem Kulturwandel geht es primär auch um eine neue Art der Kommunikation.

11. Text-Fragment | ID: 10020

- Durch einen vertieften Austausch mit gesellschaftlichen Gruppen werden das Potenzial von Teilhabe und Zusammenarbeit genutzt und das in der Gesellschaft vorhandene Wissen transparent gemacht und eingebunden.

#1 | 07.06.2012 - 10:32 | JuergenVo | ID: 10382

1 Zustimmung

Welche Gruppen

Mit wem soll denn - und auf welche Weise gesprochen werden? Bei dieser Planung muss von vornherein darauf geachtet werden, dass dies nicht nur über die App eines Handyherstellers erfolgt, denn sonst verfälscht man das Ergebnis. Weiterhin müssen elektronische und herkömmliche Wege gewählt werden, damit "Nonliners" nicht aussen vor bleiben.

#2 | 11.06.2012 - 09:33 | VG2012 | ID: 10588

2 Zustimmungen

nicht nur gesellschaftliche Gruppen

Wieso hier die Einschränkung auf den Austausch mit gesellschaftlichen Gruppen? Mit Bürgern und Wirtschaft soll sich doch genauso ausgetauscht werden. Daher würde ich diese auch hier mit aufnehmen.

#3 | 22.06.2012 - 14:15 | ddie | ID: 10892

0 Zustimmungen

Wissen nutzbar machen

Um das Wissen aller gesellschaftlichen Gruppen (Bürger, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft) nutzbar zumachen, müssen diese dafür begeistert werden sich einzubringen und zusammenzuarbeiten. Dafür ist eine ehrliche Ansprache aus Augenhöhe notwendig.

#4 | 24.06.2012 - 15:35 | @homobil | ID: 10926

0 Zustimmungen

Gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht außer acht lassen

In unserer offenen Gesellschaft gibt es sehr viel "transparentes" Wissen, das

leicht "eingebunden" werden könnte. Wenn man durch diese "Einbindung" jedoch gesellschaftliche Gestaltungsmacht an die Teile der Gesellschaft überträgt, die bisher weniger Einfluss haben, würde man die etablierten Machtverhältnisse ändern. Wer will das? Wer ist bereit, Macht abzugeben? Wer ist bereit, ein Stück der Macht zu erobern?

#5 | 24.06.2012 - 22:45 | | ID: 10946

0 Zustimmungen

Austausch mit Bürgern

"gesellschaftliche Gruppen" - lieber konkret nennen!

12. Text-Fragment | ID: 10021

- Ein offeneres Handeln bietet große Chancen, Entscheidungen von Politik und Verwaltung und deren Entstehung verständlicher und nachvollziehbarer zu machen, gesellschaftliches Engagement zu nutzen, wirtschaftliche Impulse zu setzen sowie die Aufgabenerledigung der Verwaltung effizienter zu gestalten.

#1 | 05.06.2012 - 17:51 | agon | ID: 10254

0 Zustimmungen

Prozess

Gibt es denn Prozessbeschreibungen für Verwaltungsprozesse? Öffentliche Dienstvorschriften?

#2 | 12.06.2012 - 12:25 | luckf01 | ID: 10630

0 Zustimmungen

Unkonkret

Wie soll denn angesichts der bestehenden Verwaltungsvorschriften und Richtlinien dieses offene Handeln (der Verwaltung) konkret gestaltet werden? Ist damit verbunden, dass die Anzahl der gültigen Erlasse, Richtlinien etc verringert wird? Ist es vorstellbar, dass dieses offene Handeln auch bedeuten kann, auch einmal gegen Richtlinien zu verstoßen?

#3 | 12.06.2012 - 12:32 | luckf01 | ID: 10631

1 Zustimmung

Stoßrichtung ändern: Kein Marketing-Instrument für Entscheidungen der Politik

Also, wer wissen will, wie Diskussionen im Vorfeld von politischen Entscheidungen laufen, hat bereits jetzt umfassende Möglichkeiten, sich zu informieren, und (in Grenzen) sich einzubringen. O.G. kann möglicherweise (wenn diese eine Anforderung sein sollte) die Bürgerbeteiligung an Entscheidungen stärken, sollte aber kein Vehikel sein, den Bürgern ein wie auch immer motiviertes Regierungshandeln zu erklären. Ich würde den ersten Satzteil entfernen.

Es fehlt "bessere Entscheidungen" - nicht nur "Akzeptanz", "Wirtschaftsförderung", "effizientere Verwaltung"

Open Government heißt auch, die Bevölkerung viel massiver als bisher in Entscheidungen und in meinungsbildende Prozesse einzubeziehen. Damit lassen sich aber viel bessere Entscheidungen erreichen, weil eben mehr Kompetenz einfließt und mehr Sichtweisen. Open Government kann auch helfen, für Akzeptanz zu werben, aber offenere Beteiligungsprozesse sind dazu mehr geeignet. Der Fokus ist zu wenig dialogorientiert, zu sehr von innen (Verwaltung) nach außen (das Volk), zu wenig von außen nach innen.

offene Daten statt "offeneres Handeln"

Kann sein, dass mit "ein offeneres Handeln" auch offene Daten gemeint sind. Ich finde das zu undeutlich! Offene Daten sind die Grundvoraussetzung dafür Regierungs- und Verwaltungshandeln nachvollziehbar zu machen. Ohne offene Daten keine Transparenz, kein Vertrauen, keine Beteiligung, keine besseren Entscheidungen und auch keine wirtschaftlichen Impulse. Ein klares Bekenntnis zu Open Data wäre zielführender als vage von "offeneres Handeln" zu reden.

Dezentrales Handeln ist "offeneres Handeln"

Je dezentraler Entscheidungen fallen, desto größer ist die Chance, dass die von den Entscheidungen Betroffenen Einfluss auf die Entscheidungen nehmen können. Enthierarchisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung von Planungs-, Entscheidungs- und Leistungserbringungsprozessen stärken die Gestaltungsmacht der in Koproduktionsprozessen Engagierten, die Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen. Es geht nicht primär darum, dass die Bürger verstehen warum die Verwaltung etwas so tut, wie sie es tut, sondern dass die Verwaltung ihr Handeln mehr und mehr an den Bedürfnissen der Bürger ausrichtet.

Win-Win auch für die Verwaltungen untereinander

Vielleicht noch ergänzen, dass auch die Verwaltung von Open Government und dem damit verbundenen besseren Wissenstransfer untereinander profitieren kann? Offenheit und neue Formen der Vernetzung und Zusammenarbeit brechen das Silo-Wissen auf.

13. Text-Fragment | ID: 10069

- Es erfordert aber auch die Bereitschaft von Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, bei hierfür geeigneten Themen aktiv auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände zuzugehen und ihre Anregungen aufzunehmen.

#1 | 05.06.2012 - 15:44 | agon | ID: 10189

0 Zustimmungen

Roter Teppich für die Lobby?

Beamte dienen dem deutschen Volk, nicht wirtschaftlichen Interessengruppen.

#2 | 07.06.2012 - 11:47 | Kopp | ID: 10458

0 Zustimmungen

Lobby

So öffnet man Lobbyisten Tür und Tor.

#3 | 08.06.2012 - 11:21 | Romi | ID: 10518

0 Zustimmungen

Themensetzung nicht durch die Wirtschaft

Die Interessen der Bürger sollten im Vordergrund stehen.

#4 | 08.06.2012 - 15:56 | aschulzd | ID: 10538

3 Zustimmungen

Bereitschaft ist zu wenig

Durch alleinige Bereitschaft zum Kulturwandel wird man nicht weit kommen. Analog zum Absatz 1 ("Fahrplan entwickeln") muss ein Vorgehensplan i.S.d. Change Management zum Kulturwandel erstellt werden.

#5 | 11.06.2012 - 12:26 | Hans Hagedorn | ID: 10600

1 Zustimmung

niemand geht aus der Debatte, wie er hineingegangen ist

Hallo Romi, Kopp, agon! In Ihren Beiträgen lese ich, dass "Open Government"

Open-Government-Konsultation

gar nicht offen sein sollte, sondern sich ausschließlich den Interessen "der Bürger" dienen soll. Wer sind denn diese Bürger? Haben die alle die gleichen Interessen? Wer definiert die?

Ich denke, dass jeder, der für Open Government eintritt sich klar sein muss, dass keinesfalls immer das rauskommt, was man selbst für "richtig" hält. Der Kulturwandel geht also weiter. Nicht nur "auf XY zuzugehen und ihre Anregungen aufnehmen" wie es im Eckpunktetext heißt. Sondern eher:

"Es erfordert aber auch die Bereitschaft von Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, bei allen geeigneten Themen aktiv auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände zuzugehen und sich der öffentlichen Debatte auszusetzen, in dem Bewusstsein, dass niemand aus dieser Debatte rauskommt, wie er hineingegangen ist. Gleichzeitig erfordert es bei allen Beteiligten auch den Respekt füreinander, sich nicht jedes Wort im Mund umzudrehen, Shitstorms zu besänftigen und nach gemeinsamen Wegen zu suchen."

Ok, das ist für ein Eckpunktepapier zu umgangssprachlich, aber vielleicht wird deutlich, was ich meine :-)

Den Kommentar von aschulzd (Change Management zum Kulturwandel) stimme ich daher voll zu.

Gruß, Hans Hagedorn

#6 | 12.06.2012 - 12:21 | luckf01 | ID: 10629

1 Zustimmung

Bidirektionalität

Hier wird der Klassiker neu aufgekocht: Die Verwaltung gibt die Themen vor, mit denen sie dann auf die Bürger zugeht. Es ist gelebte Praxis, dass Bürger Themen haben, die für die Verwaltung wichtig sein sollten. Diese aufzugreifen, wäre ein wichtiger Aspekt von O.G.

#7 | 13.06.2012 - 18:18 | Christian Scholz | ID: 10670

0 Zustimmungen

Alle Themen

Verwaltung und Politik sollten sich generell öffnen und das nicht nur für ausgewählte Themen tun. Woher weiss denn auch Verwaltung und Politik, wofür der Bürger sich interessiert. Wenn man das so selektiv macht, dann besteht ja wieder die Gefahr, dass manch wichtiges Thema doch wieder im Hinterzimmer bleibt.

#8 | 20.06.2012 - 16:28 | miguellopez | ID: 10773

0 Zustimmungen

Bottom-Up Kommunikation

"BürgerInnen, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden" sollten auch gegenüber der Verwaltung Vorschläge transparent und öffentlich einbringen können. Es steckt mehr Potenzial und Kompetenz darin, als die Verwaltung vielleicht annehmen möchte.

Wer entscheidet, welche Themen geeignet sind? Wo ist die Bottom-Up Perspektive?

Die Absicht ist gut und richtig, aber in diesem Paragraphen wie im bisherigen Text scheint immer wieder die Perspektive durch, dass die Verwaltung alles steuert und entscheidet und Open Government v.a. in eine Richtung funktioniert - von innen nach außen. Warum können Bürger nicht einbringen, wobei sie mitentscheiden wollen? Warum sollen nicht BürgerInnen auf die Verwaltung/Politik zugehen? Open Government heißt Abschied vom Paternalismus und stattdessen Dialog auf Augenhöhe. Diesen Grundgedanken verkörpert dieser Entwurf bisher nicht glaubwürdig.

#10 | 22.06.2012 - 14:39 | Marc Behrens | ID: 10901

1 Zustimmung

Eine Frage des "Identity Managements"

Eine Beteiligung von Menschen setzt spätestens bei der Bearbeitung sensibler Themen ein geeignetes "Identity Management" voraus. Diese muss eine Anonymisierung erlauben - und zugleich muss zu dem Autoren ein Kontakt aufgenommen werden können. Die bisherigen Systeme erlauben das nicht. Was hier im Kontext der Umsetzung der EU-DLS entstanden ist, ist hierfür einfach nur untauglich. Es muss ein System her, das zuerst datenschutzrechtlichen Paradigmen gehorcht und den Grundsatz der "informationellen Selbstbestimmung" umsetzt.

Es sollte kurzgefasst folgenden Paradigmen gehorchen:

- Alle Daten sind nur vom Eigentümer lesbar - also für ihn verschlüsselt.
- Die enthaltenen Daten stammen nachweislich aus vertrauenswürdigen Quellen.
- Der Eigentümer der Daten bestimmt selber, welche Daten er preisgibt.
- Eine anonyme Nutzung von Diensten ist möglich (z. B. OpenID). Auf der Grundlage eines Gerichtsbeschluss muss die Anonymität aufgehoben werden können.
- Auch bei anonymer Anmeldung über das System müssen mit Meldungen oder Daten geschickt werden können, ohne meine Anonymität dadurch zu gefährden.

Bisherige Systeme sind auf der Basis ganz anderer Paradigmen entworfen worden. Bei Interesse kann ich Ihnen darlegen, mit welchen Mitteln man alle diese Ziele erreichen kann. In einem Vortrag von mir auf der KickOff Veranstaltung zur XÖV Standardisierung XTA im Auftrag des IT-Planungsrats habe ich die Idee bereits skizziert.

#11 | 24.06.2012 - 16:14 | @homobil | ID: 10928

0 Zustimmungen

Offen sein für die Anliegen der BürgerInnen

Die Bürger wissen selbst am besten was sie interessiert und was für sie "geeignete" Beteiligungsthemen sind. Selbstverständlich werden sie sich darüber - unabhängig von eventuell vorhandenen Open Government-Strategien und Zweckmäßigkeitüberlegungen von Politik und Verwaltung - in den sozialen Medien und in persona austauschen. Sind Politik und Verwaltung bereit, an diesen Diskursen teilzuhaben und davon zu lernen?

14. Text-Fragment | ID: 10022

3) Bestehende Ansätze nutzen und ausbauen

15. Text-Fragment | ID: 10058

- Zahlreiche Ansätze und Initiativen auf allen Ebenen fördern Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit. Bereits heute werden eine Vielzahl von Informationen und Daten zugänglich gemacht und vielfältige Beteiligungsformate angeboten. Politik und Verwaltung nutzen dafür zunehmend Informations- und Kommunikationstechniken wie Foren, Blogs und Wikis.

#1 | 05.06.2012 - 16:21 | agon | ID: 10207

0 Zustimmungen

zunehmend

Empirische Belege für eine Zunahme?

#2 | 05.06.2012 - 16:39 | | ID: 10223

0 Zustimmungen

Vielzahl = geringer Teil

Die Verwendung des Begriffes Vielzahl suggeriert an dieser Stelle eine breite Zugänglichkeit zu staatlichen Daten und Informationen. Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall. Ich würde diese Stelle daher weniger euphemistisch formulieren.

#3 | 05.06.2012 - 17:03 | | ID: 10242

1 Zustimmung

Strukturelle Transparenz

Die Zugänglichmachung von Informationen bedeutet nicht gleichzeitig Transparenz. Viele Behörden nutzen diese Schwammigkeit aus und bieten in ihren Informationssystemen noch nicht einmal eine Schlagwortsuche an, nur wenn man den genauen Namen eines Dokumentes kennt erlangt man die gewünschten Informationen. Das bedeutet, die Dokumente sind in ihren Verfahren untergeordnet, also Prozessen. Diese Prozesse müssten dargestellt und die mit ihnen einhergehenden Dokumente dargestellt werden. Ebenso die Entscheidungsgrundlagen und die gewichteten Argumente von Räten und

Parlamenten sollten sichtbar sein. Nur so entsteht eine nachvollziehbare Transparenz, eben OpenGovernment!

#4 | 06.06.2012 - 08:39 | mklenke | ID: 10290

2 Zustimmungen

Foren, Blogs und Wikis...

Foren, Blogs und Wikis sind Werkzeuge. Sie haben zunächst nichts mit Transparenz oder Offenheit zu tun. Richtig ist: Werkzeuge um transparentes Regierungshandeln zu fördern existieren. Dass diese nicht oder nur sehr eingeschränkt genutzt werden, liegt wesentlich an der immer noch weit verbreiteten "Verwaltungsmentalität" der Geheimniskrämerei und der Vorstellung, wer nichts macht (heraus gibt), macht auch keine Fehler. Diese, auf allen Verwaltungsebenen anzutreffende, Mentalität zu ändern und aufzubrechen ist die Kernaufgabe. Dies wird nur mit "Druck von oben" gelingen, es ist eine klassische Führungsaufgabe und man kann nur hoffen, dass diese Aufgabe angenommen wird. Ansonsten wird es dabei bleiben, dass unser Spitzenpersonal redet und sich an der Basis, dort wo die Daten und Informationen liegen, nichts bzw. zu wenig bewegt.

#5 | 07.06.2012 - 10:34 | JuergenVo | ID: 10395

0 Zustimmungen

Diese Werkzeuge....

....die hier gemeint sind und die in den Kommentaren auch referenziert werden, sind ausnahmslos elektronische Werkzeuge - wo ist die Offenheit und Transparenz ohne Internetzugang?

#6 | 08.06.2012 - 11:25 | Romi | ID: 10519

0 Zustimmungen

Transparenz mit klassischen Medien stützen

Aktives Zugehen auf die Bürger ist notwendig, damit sie von Vorhaben überhaupt erfahren. Daher muss ein Anstoss, sich zu beteiligen, immer noch mit einem Bürgerbrief oder einem Artikel in einem Gemeindeblatt gesetzt werden. Sonst verkommt das Angebot zu elektronischer Teilhabe zur Alibi-Funktion.

#7 | 11.06.2012 - 09:40 | VG2012 | ID: 10589

1 Zustimmung

mehrere Zugangskanäle notwendig

Open Government sollte nicht nur über elektronische Medien möglich sein. Gerade ältere Mitbürger, die sich nicht mit IuK-Techniken wie Foren, Blogs oder Wikis auskennen, werden sonst von der Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit ausgeschlossen. Dies sollte nicht das Ziel sein!

#8 | 11.06.2012 - 11:33 | wkeim | ID: 10598

4 Zustimmungen

Open Government Partnership beitreten

73 Staaten weltweit sind <http://www.opengovpartnership.org/> beigetreten.

Deutschland muss auch beitreten um von internationalen Erfahrungen zu lernen.

#9 | 11.06.2012 - 12:35 | Hans Hagedorn | ID: 10601

7 Zustimmungen

Prozesse statt Werkzeuge betonen

mklenke hat Recht: Foren, Blogs und Wikis sind Werkzeuge. Wir sollten in diesem Papier eher von Prozessen sprechen, z.B.:

"Politik und Verwaltung nutzen dafür zunehmend Informations- und Dialogprozesse, die zunehmend auch sinnvoll in die Entscheidungsvorbereitung eingebunden sind. Dabei werden Kommunikationswerkzeuge wie Foren, Blogs und Wikis eingesetzt aber auch Präsenzformate, Pressearbeit und andere klassische Formen."

#10 | 20.06.2012 - 11:55 | christianheise | ID: 10758

0 Zustimmungen

Medienkompetenz in Verwaltungen fördern

Förderung von Medienkompetenz und Verbesserung der Informationspolitik in Behörden und datenerhebenden- sowie datenverwaltenden, öffentlichen Stellen. Open Government kann nur funktionieren, wenn (1) ein gemeinsames Verständnis der Möglichkeiten vorherrscht (2) alle Beteiligten sich mit dem Thema auseinandersetzen. Ein Kulturwandel ist nur dann möglich, wenn ihn alle verstehen und alle davon erfahren.

#11 | 21.06.2012 - 16:21 | @anked | ID: 10811

0 Zustimmungen

Es gibt wirklich etliche gute Beispiele - aber noch sind sie sehr sporadisch. Eine Fehlerkultur tut not!

Lob für diejenigen, die Open Government schon ausprobieren! Mögen wirklich viele von ihnen lernen und abgucken und viele weitere einfach auch mal machen. Wenn dabei nicht immer alles super klappt - kein Problem. - So sollte es jedenfalls sein. Aber bisher gibt es kaum eine vernünftige Fehlerkultur in der Verwaltung, wer was falsches online sagt oder macht, kriegt meist auf die Mütze und dann heißt es "ging schief". Wenn nicht genug Leute mitmachen - dann sollte man sich fragen, warum ist das so? Und nach Änderungen suchen. So lange, bis es klappt.

#12 | 21.06.2012 - 16:27 | @anked | ID: 10812

0 Zustimmungen

Wikis werden bisher nur extrem selten in der Verwaltung genutzt - das Potenzial ist aber enorm

Durch sinkende Personalausstattungen, demographischen Wandel, mehr Rotation, häufigere Veränderung von Anforderungen in der Verwaltung - steigen auch die Ansprüche an Wissenszugang. Wikis können sehr gut helfen, diesen Wissenszugang zu ermöglichen. Trotzdem finden sie sich fast nirgendwo in deutschen Behörden - mit seltenen Ausnahmen. In anderen Ländern (Kanada, Neuseeland...) werden Wikis sogar behördenübergreifend eingesetzt - sie tragen damit auch zu einer höheren Qualität im Verwaltungshandeln bei, gerade bei

neuen Prozessen/Inhalten. Eine Initiative für mehr Wikis in der Verwaltung wäre supertoll!

#13 | 22.06.2012 - 12:44 | Mitbestimmer | ID: 10877

0 Zustimmungen

Vielzahl der Ansätze fördert Intransparenz

Das Lob auf die Early Adopters ist angebracht, eine lineare Weiterentwicklung schadet jedoch der Transparenz, weil die Vielfalt der Informations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten aus Nutzerperspektive abschreckt und die Verschneidung von Informationen erschwert.

#14 | 22.06.2012 - 15:50 | ddie | ID: 10905

1 Zustimmung

Daten, Ansätze und Initiativen?

Dem kann ich nicht zustimmen! Es gibt meiner Meinung nach viel zu wenig Initiativen aus Regierung und Verwaltung zum Thema Open Government in Deutschland. Die wenigen wirklich innovativen Ansätze stammen fast ausschliesslich aus der Zivilgesellschaft. Das wäre nicht weiter schlimm wenn diese dann von Politik und Verwaltung aufgegriffen würden - was aber, von einigen positiven Ausnahmen abgesehen, ebenfalls nicht passiert.

Ähnliches gilt für die Daten: Fast alle Datensätze, die wirklich für die Weiterverarbeitung interessant wären (Daten zu Haushalt und konkreten Ausgaben, Daten aus den Parlamenten, Daten zu Transport und Verkehr, Wetter und Geodaten) sind bis heute nicht als Open Data (also als strukturierte Daten in maschinenlesbaren Formaten und unter einer offenen Lizenz verfügbar.

Wir werden in Deutschland erst dann wirklich überzeugende Beispiele sehen wenn diese Daten endlich zugänglich gemacht werden.

#15 | 24.06.2012 - 16:26 | @hombil | ID: 10929

0 Zustimmungen

Attraktivität und Glaubwürdigkeit der "vielfältigen Beteiligungsformate"

"Bürgerbeteiligung ist dann, wenn Bürger auch mitentscheiden können, sagte der Leiter der Forschungsstelle für Bürgerbeteiligung, Prof. Hans Lietzmann, vor etwa einem Jahr auf einer Veranstaltung in Düsseldorf. Ist das mit der Open Government-Initiative gewollt? Sollen die Bürger wirklich mitentscheiden? Oder will man es bei den unverbindlicheren Konsultationsverfahren belassen, deren Anregungen dann in den eigentlichen Entscheidungsverfahren Berücksichtigung finden sollen? Beteiligungsformate, die es den Beteiligten nicht ermöglichen, das Ergebniss nennenswert zu beeinflussen, haben keine Zukunft.

#16 | 25.06.2012 - 08:52 | | ID: 10953

0 Zustimmungen

Bildungsdaten veröffentlichen | Ein Beispiel

Im Rahmen des Bundesförderprojektes "Lernen vor Ort" ist es uns gelungen, Bildungsdaten und -quellen der Verwaltung über ein Wiki der Öffentlichkeit

Open-Government-Konsultation

vorzustellen. Begonnen haben wir im Landkreis Vorpommern-Greifswald mit einer monatlichen Werkschau zu einem Bildungsindikator. Seit zwei Wochen ist unser Bildungsbericht des Landkreises öffentlich kommentierbar. Weitere Bildungsdaten sollen in den kommenden Jahren in einem Bürgeratlas veröffentlicht werden.

16. Text-Fragment | ID: 10059

- Regierungen und Verwaltungen aller Ebenen können hier voneinander lernen durch den Austausch guter Beispiele und die Vernetzung geeigneter Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen.

#1 | 05.06.2012 - 16:25 | Sebhz2012 | ID: 10211

3 Zustimmungen

Nicht nur das

Deutschland kann auch von seinen Nachbarn lernen, und auch in internationalen Erfahrungsaustausch eintreten. Die Weigerung der Bundesregierung, diese Chance durch eine Teilnahme an der Open Government Partnership zu ergreifen, ist völlig unverständlich.

#2 | 05.06.2012 - 16:30 | deBaernd | ID: 10215

0 Zustimmungen

Bring-Schuld und Hol-Schuld

Ich sehe hier gerade auf Kommunalen Ebene eine Bring-Schuld der Gemeinden die beginnen Bürgerhaushalte ohne ähnliches einzurichten, diese auch für andere Gemeinden in einem begrenzten Kreis zur Verfügung zu stellen. Zumindest Hilfe bei der Einrichtung.

#3 | 05.06.2012 - 16:34 | agon | ID: 10218

2 Zustimmungen

Leerformel

"Austausch guter Beispiele und die Vernetzung geeigneter Maßnahmen", das kann alles heißen und nichts. Das ist Consultancy-Sprech der ärgerlichen Sorte.

#4 | 06.06.2012 - 03:16 | | ID: 10283

0 Zustimmungen

Tun sie aber leider nicht.

Immer noch macht jeder seine eigene Online-Beteiligung und seine eigenen Open Data Katalog.

#5 | 06.06.2012 - 08:46 | mklenke | ID: 10292

0 Zustimmungen

Zu allgemein

Das sind Statements die jeder unterschreiben kann und die alles und nichts bedeuten. Dass man voneinander lernen kann, ist trivial. In der mir bekannten Verwaltungspraxis gibt es leider wenige Beispiele, die dem folgen und sehr viele, die es nicht tun indem das Rad zum x-ten Male neu erfunden wird, unterschiedliche Verwaltungsebenen und Ressorts gleicher Ebenen bewusst oder unbewusst eigene Lösungen entwickeln usw. Wenn man dieses Problem nicht konkret anspricht und Lösungsansätze entwickelt, kann man sich den obigen Absatz sparen.

#6 | 11.06.2012 - 09:43 | VG2012 | ID: 10590

0 Zustimmungen

Austausch guter Beispiele

Findet dieser Austausch regelmäßig statt? Wie wird er gestaltet? Ohne dies zu konkretisieren, ist dieser Satz nur eine leere Formel.

#7 | 13.06.2012 - 07:45 | Maxe96 | ID: 10643

2 Zustimmungen

Wunschdenken

Die Formulierung "können voneinander lernen" ist für Behörden aller Ebenen viel zu unkonkret. Wir müssen uns, besonders in Zeiten der knapperen Ressourcen, die Arbeit teilen und nicht jeder das Rad neu erfinden.

#8 | 13.06.2012 - 09:33 | OGD | ID: 10649

3 Zustimmungen

Absatz löschen...

... da es eine naive Annahme ist zu glauben ein Austausch geschieht automatisch. Der Austausch muss organisiert werden. Wer macht das aktiv?

#9 | 15.06.2012 - 15:30 | wkeim | ID: 10694

3 Zustimmungen

Von Hamburg lernen

Hamburg ist ein Vorbild: Künftig müssen Politik und Verwaltung Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet in einem Informationsregisters zur Verfügung stellen. Aus dem Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger wird eine Informationspflicht für die Behörden.
<http://www.transparenzgesetz.de/>

#10 | 20.06.2012 - 16:31 | miguellopez | ID: 10774

0 Zustimmungen

Aber bitte mit Struktur

Die derzeit bestehenden Ansätze, mit ihrer Vielzahl an Formaten, Nutzungsbedingungen und Plattformen hindern fast schon die Fortentwicklung

von Open Government. Ein Austausch sollte organisiert und verpflichtend stattfinden und einheitliche Standards etabliert werden.

#11 | 22.06.2012 - 14:27 | Marc Behrens | ID: 10897

0 Zustimmungen

Zentrale Anlaufstelle einrichten

Es wird eine zentrale Stelle benötigt, welche die bisherigen Maßnahmen aufnimmt. Diese werden dann bewertet. Die "guten" werden analysiert und bzgl. der Schnittstellen und Metadaten standardisiert. Der entstehende Katalog von Metadaten ist eine Basis für die Entwicklung weiterer Maßnahmen.

Welche Stelle zur Standardisierung soll das machen? Wie wird die in die Verwaltungsebenen integriert und was sind genau ihre Kompetenzen, was auch die Frage nach der Verbindlichkeit der erarbeiteten Vorgaben beinhaltet.

#12 | 22.06.2012 - 15:55 | ddie | ID: 10906

0 Zustimmungen

open source IT-Systeme für alle föderalen Ebenen

Sollte eigentlich selbstverständlich sein. Ist es oft leider nicht. Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe und das "voneinander lernen" funktioniert oft gerade zwischen den unterschiedlichen föderalen Ebenen deshalb nicht gut, weil es dort um Macht (Entscheidungshoheiten) und Ansprüche (Geld) geht. Eine sehr konkrete Ebene auf der das funktionieren könnte betrifft wieder die IT:

Deutschland sollte endlich open source IT Systeme fördern, die von allen ohne große Kosten angepasst und genutzt werden können.

17. Text-Fragment | ID: 10060

4) Den Rechtsrahmen überprüfen und einheitliche Anwendung empfehlen

18. Text-Fragment | ID: 10061

- Die bestehenden Rechtsgrundlagen ermöglichen bereits ein offeneres Regierungs- und Verwaltungshandeln. Sie können in diesem Sinne ausgelegt und angewendet werden.

#1 | 05.06.2012 - 16:27 | | ID: 10213

4 Zustimmungen

Zugang zu amtlichen Informationen verbessern

Aus dem internationalen Vergleich ergeben sich folgende Verbesserungsmöglichkeiten beim Zugang zu amtlichen Dokumenten.

- 84 Staaten mit ca. 5,5 Milliarden [<http://right2info.org/access-to-information-laws>] Bürger auf der Welt haben ein besseres Informationsfreiheitsgesetz als deutsche Bürger im Bund (<http://ri-rating.org/results.html>). Nur Liechtenstein, Österreich, Griechenland und Jordanien haben schlechtere Informationsfreiheitsgesetze.

Mehr als 115 Staaten (<http://right2info.org/laws>) mit mehr als 5,9 Milliarden Einwohnern haben entweder Informationsfreiheitsgesetze oder entsprechende Verfassungsbestimmungen. In 5 Bundesländern d. h. der Hälfte der Bevölkerung in Deutschland fehlen generelle (über VIG und UIG hinausgehende) Informationsfreiheitsgesetze.

Deshalb muss der bestehende Rechtsrahmen verbessert werden.

#2 | 05.06.2012 - 16:41 | deBaernd | ID: 10225

1 Zustimmung

Fast

Das mag Ansatzweise stimmen. Aber es gibt auch Bundesländer (z.B. Hessen) da gibt es kein Informationsfreiheitsgesetz. Dort wird bereits über die Kommunalen Parlamente versucht mit einer Informationsfreiheitssatzung gegen zu steuern. Leider trifft auch diese oft auf Widerstand

#3 | 06.06.2012 - 08:53 | mklenke | ID: 10294

0 Zustimmungen

Spielräume sind vorhanden

Grundsätzlich richtig, Spielräume sind auf jeden Fall vorhanden. Dass nicht alle

Länder ein IFG haben ist bedauernd und wird sich hoffentlich mittelfristig ändern. Die Verwaltung hat hier aber auch eine Bringschuld nach innen und außen, wenn es mit dem Transparenzgedanken. Die Pflichten (Verwaltung) und Rechte (Bürger, etc.), die z.B. aus dem UIG erwachsen, sind nach meiner Wahrnehmung sowohl innerhalb der Verwaltung als auch und vor allem nach außen potentiellen Nutzern noch viel zu wenig bekannt.

#4 | 15.06.2012 - 17:39 | MPA | ID: 10705

0 Zustimmungen

Ist das so?

Die Praxis zeigt an vielen Punkten, dass IKT-Lösungen - und die benötigen wir (auch) als OpenGov-Werkzeuge - durch den wachsend legalkodifizierten Rahmen massive Einschränkungen erfahren.

#5 | 21.06.2012 - 16:10 | Tobias | ID: 10809

0 Zustimmungen

Belegen von Behauptungen

"Die bestehenden Rechtsgrundlagen ermöglichen bereits ein offeneres Regierungs- und Verwaltungshandeln." Hier wünsche ich mir einen Beleg dieser Aussage, so dass der Leser nachvollziehen kann, dass es bereits rechtliche Grundlagen gibt, die helfen können. Ansonsten ist dieser Absatz aussagenlos.

#6 | 21.06.2012 - 18:59 | @anked | ID: 10820

0 Zustimmungen

"auslegen können" reicht nicht - der Rechtsrahmen muss sicherstellen, dass Open Government gelebt wird

Beispiel Informationsfreiheitsgesetz: Auf Bundesebene vorhanden - aber oft nicht effektiv (z.B. weigert sich das BMF immer noch, die Daten für den Bundeshaushalt maschinenlesbar als open data zur Verfügung zu stellen!), auf Bundesländern nur in 11 Ländern vorhanden - Bürger in den anderen 5 Bundesländern haben Pech gehabt. Ob und wie die IFGs zur Anwendung kommen, scheint willkürlich. HamburgerInnen haben jetzt ein Transparenzgesetz, das Ansprüche der BürgerInnen genau regelt. So einen Rahmen braucht ganz Deutschland!

#7 | 22.06.2012 - 16:03 | ddie | ID: 10907

0 Zustimmungen

Praxis und rechtliche Rahmenbedingungen

Genau! "Die bestehenden Rechtsgrundlagen ermöglichen bereits ein offeneres Regierungs- und Verwaltungshandeln." Es liegt nicht an fehlenden Rechtsgrundlagen sondern an politischem Willen konkrete Projekte (Daten veröffentlichen, Transparent zu werden, Bürger und andere Stakeholder in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen) umzusetzen. Dies kann natürlich nicht von der Notwendigkeit ablenken, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und zu verbessern (IFG, ein echtes Recht auf Open Data, etc).

Mit vermeintlich fehlenden "rechtlichen Rahmenbedingungen" aber die eigene Untätigkeit bei der Umsetzung zu entschuldigen ist ein billiges Scheinargument.

An Ressourcen denken

Mit Open Data entsteht ein neues Serviceangebot für Bürgerinnen und Bürger sowie für alle Interessierten. Ohne zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen wird es dauerhaft nicht gehen. Es ergeben sich neue Aufgaben, die dauerhaft und vermehrt Ressourcen verbrauchen. Wer das alles kostenlos nutzen möchte, muss sich auch frühzeitig Gedanken machen, wie es finanziert werden soll.

GGO behindert Offenheit und Bürgerpartizipation

In der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) der Bundesministerien ist es dem Ermessen des federführenden Ministeriums überlassen, wer im Rahmen von Konsultationen dazu eingeladen wird, Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und anderen Vorhaben abzugeben (§47 Abs 3). Im Sinne von Open Government wäre es, bei Konsultationen grundsätzlich die gesamte Öffentlichkeit einzubeziehen, es sei denn es liegen bestimmte Ausschlusskriterien vor. Damit würde Deutschland den Forderungen Brüssels für eine "Bessere Rechtsetzung" in den Mitgliedsstaaten nachkommen (KOM(2006) 689) und sich internationalen Standards annähern. Das ist längst überfällig. Konsultationspraxis und -regularien trägt in Deutschland immer noch korporativistische Züge. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, wenn die Prinzipien von Open Government ernst genommen werden.

19. Text-Fragment | ID: 10062

- Bund und Länder analysieren unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände gemeinsam den bestehenden Rechtsrahmen und bereiten die Ergebnisse auf, um Möglichkeiten und Grenzen des Ausbaus von Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit aufzuzeigen und bei Bedarf gesetzliche Anpassungen vornehmen zu können.

#1 | 06.06.2012 - 09:01 | mklenke | ID: 10295

0 Zustimmungen

Ist das sinnvoll?

Ich habe meine Zweifel, ob das wirklich sinnvoll ist. Mir scheint das Pferd hier von der falschen Seite aus aufgezäumt zu werden. Der/die Rechtsrahmen sind naturgemäß ausgesprochen allgemein und es dürfte schwierig sein, konkrete Maßnahmen und/oder Tools aus dem "Rechtsrahmen" zu entwickeln. Aus meiner Sicht macht es mehr Sinn, sich zu überlegen was man will und diese konkreten Gedanken am gültigen Rechtsrahmen zu messen. Für alle Dinge, die ich mir so vorstellen kann, reichen unsere existierenden Rechtsrahmen aus.

#2 | 13.06.2012 - 07:51 | Maxe96 | ID: 10644

0 Zustimmungen

Nicht nur sinnvoll sondern notwendig

Viele, z. T. veraltete Rechtsgrundlagen schränken freies Verwaltungshandeln ein oder unterbinden es sogar. Ohne damit Rechtsstaatlichkeit auhebeln zu wollen, ist es notwendig, diese veralteten Rechtsgrundlagen anzupassen und somit offenes Verwaltungshandeln zu ermöglichen. Das muss genau in der beschriebenen Gemeinschaft von Bund-Land-Kommune erfolgen.

#3 | 21.06.2012 - 19:06 | @anked | ID: 10821

0 Zustimmungen

Warum nur Bund und Länder und komm. Spitzenverbände? Auch BürgerInnen haben dazu eine Meinung!

Das Beispiel Hamburger Transparenzgesetz zeigt, dass die Zivilgesellschaft sehr wohl in der Lage ist, Defizite im Rechtsrahmen zu erkennen UND Alternativen für eine Erweiterung gemeinsam zu entwickeln. Das in einem öffentlichen Wki

entwickelte Hamburger Transparenzgesetz wurde nach Verhandlungen mit der Bürgerschaft in Hamburg von eben dieser als Gesetz verabschiedet. Open Government heißt eben OFFENE Verwaltung - also MIT BürgerInnen deren Bedürfnisse erkennen und Lösungen entwickeln. Gesetze sind für das Volk da, nicht für die Verwaltung.

#4 | 22.06.2012 - 12:21 | So | ID: 10873

0 Zustimmungen

Anliegen der Wirtschaft stärker in den Blick nehmen

Insbesondere das Vorhaben, Daten des öffentlichen Sektors für Geschäftsmodelle der Unternehmen nutzbar zu machen, wird unterstützt. Dies ist nicht nur eine Voraussetzung für Innovationen, sondern stärkt auch die regionale Wettbewerbsfähigkeit.

#5 | 24.06.2012 - 16:35 | @homobil | ID: 10930

0 Zustimmungen

Vom Informationsfreiheitsgesetz zum Transparenzgesetz: Ende der Fahnestange?

Der Fantasie der Bürger sind da keine Grenzen gesetzt. Die "Möglichkeiten und Grenzen" von Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit werden von der Politik definiert. Wieviel Fantasie hat die Politik?

20. Text-Fragment | ID: 10072

- Sie überprüfen in diesem Kontext Geldleistungsregelungen für die Nutzung von insbesondere maschinenlesbaren Daten und entwickeln Empfehlungen für Geldleistungsmodelle, die den wirtschaftlichen Wert dieser Daten berücksichtigen, aber auch Anreize zur Nutzung liefern. Restriktionen in den öffentlichen Haushalten und die Konnexitätsrelevanz sind dabei zu beachten.

#1 | 06.06.2012 - 03:20 | | ID: 10284

1 Zustimmung

Bitte verständliche Begriffe verwenden !

In einer Konsultation sollte an die Sprache der Konsultierten verwendet werden. Was sind "Geldleistungsmodelle" und "Geldleistungsregelungen" und was ist eine "Konnexitätsrelevanz" ??? - Bürgerferner geht es kaum noch!

#2 | 06.06.2012 - 09:14 | Moderation MT | ID: 10296

0 Zustimmungen

@#1 Bitte verständliche Begriffe verwenden !

Hallo, Sie haben natürlich Recht.

Vielleicht kann jemand der Leser/innen dieses Kommentars am besten beschreiben, welche Herausforderung sich mit Geldleistungs- oder Betreibermodellen im Zusammenhang mit der öffentlichen Bereitstellung von Daten ergeben? Danke!

Zur "Konnexitätsrelevanz" habe ich einen brauchbaren Wikipedia-Eintrag gefunden:
<http://de.wikipedia.org/wiki/Konnexitätsprinzip>

Besten Gruß, Matthias Trénel

#3 | 06.06.2012 - 09:29 | mklenke | ID: 10299

1 Zustimmung

Bitte nicht!

Wo verdient die Verwaltung mit ihren Daten Geld? Das sind Einzelfälle, die Masse der Verwaltungsdaten dienen keiner internen Wertschöpfung und man täte gut daran sich zu überlegen, wie man diese Daten im Sinne der OpenGovernment-Strategie der Bundesregierung heraus geben kann. Bitte nicht zuviel Energie in neue "Bezahlmodelle". Das mittlerweile sogar Vermessungsverwaltungen daran gehen, Daten und Karten "frei" heraus zu geben (siehe Bayern, Bund) sollte als Beispiel dienen.

#4 | 08.06.2012 - 11:29 | Romi | ID: 10520

0 Zustimmungen

Nutzungsanreize auf andere Verwaltungen beschränken

Aktivitäten, die die Steuerzahler Geld kosten, wie z.B. Kampagnen, um auf Datenangebote hinzuweisen, sollten die Effekte bei verwaltungsebenenübergreifender Nutzung in den Blick nehmen, nicht die Wirtschaft!

#5 | 08.06.2012 - 16:08 | aschulzd | ID: 10540

4 Zustimmungen

Geldleistungen nur als Ausnahme

Die Daten selbst wurden bereits mit Steuergeldern bezahlt. Geldleistungen können also nur (1) für Veredelungen und (2) für die Veröffentlichung erhoben werden. (1) ist nicht Sache der Verwaltung und auf (2) sollte zumindest in den ersten Jahren zwecks Anschub verzichtet werden. Deshalb muss die kostenfreie Bereitstellung der Regelfall sein (selbst dann, wenn sich mit den Daten potenziell Geld verdienen lässt). Dieser Grundsatz sollte in das Eckpunktepapier aufgenommen werden.

#6 | 11.06.2012 - 14:34 | alper | ID: 10618

0 Zustimmungen

Unternehmenschaft

Wann Unternehmen mit diesen Daten Wertschöpfung leisten können und darüber mehr Steuern zahlen dann ist das das Geldleistungsmodelle.

#7 | 13.06.2012 - 18:31 | Christian Scholz | ID: 10672

1 Zustimmung

Keine Geldleistungsregelungen!

Man mache es bitte wie andere Länder und erlaube die Nutzung der Daten unbedingd auch für kommerzielle Zwecke kostenfrei. Es ist auch eine Infrastrukturmassnahme, um die Wirtschaft zu fördern. Zudem ist mehr und mehr unklar, wo denn die kommerzielle und nicht kommerzielle Verwertung beginnt und endet.

Will man viele (oder überhaupt) Projekte, nimmt man auch kein Geld für die Daten (sollte aber vielleicht Attribution vorsehen). Die Schwelle muss so niedrig wie möglich sein!

Wenn man zudem bei neuen Projekten die API oder den Export direkt mit einplant, sollte es auch nicht wirklich teurer werden. Schwieriger sind IMHO eher die rechtlichen Hürden, die man aber vor allem auf übergeordneter Stelle ausräumen kann, so dass es nicht jedes Rechtsamt einer Stadt wieder separat machen muss (kostet ja auch).

#8 | 20.06.2012 - 10:40 | Pit | ID: 10743

0 Zustimmungen

Geldleistungsmodell

Es kann aber nicht sein, dass Daten, die mit Steuergeldern erzeugt und vorgehalten werden, an amerikanische Firmen unentgeltlich abgegeben werden und diese damit Reibach machen; Deutschland erhält so keinen Cent an Steuergeldern. So hat wohl die Fa. Google die Luftbilddaten der Vermessungsverwaltungen erworben und in ihre Google-Maps-Anwendungen integriert (sieht man am Copyright). Diese sind zwar für den Privaten Internetnutzer umsonst nutzbar, aber jedes Hotelportal o.a. zahlt hierfür reichlich. Ich finde auch, dass Daten und Rechte an Daten für BürgerInnen, Vereine, non-profit-Organisationen wie OSIM, Naturschutzverbände unentgeltlich sein müssen, aber wer mit amtlichen Daten kommerziell arbeitet, soll zu Entlastung des Steuerzahlers diese Daten auch refinanzieren. Bisher zahlen ja die Wirtschaftsunternehmen (Google, Navigationssystemhersteller etc.) auch für die Datennutzung, zumindest für die Vermessungsdaten. Und meines Wissens sind die Einnahmen der Vermessungsbehörden weit im 7-stelligen Millionenbereich. Bin gespannt, wie das Thema ausgeht.

#9 | 20.06.2012 - 11:36 | christianheise | ID: 10757

0 Zustimmungen

keine Geldleistungen für Privatpersonen/Non-Profits bei bereits erhobenen Daten

Die Rohdaten und in der Verwaltung selbst verwendeten/von der Verwaltung kommunizierten und erhobenen Daten müssen für Privatpersonen und non-profit-Organisationen entgeltfrei sein! Das sollte hier festgehalten werden.

Bei der Veredlung bzw. besonderen Erhebung von neuen Daten sollte mit allen Stakeholdern ein Konzept entwickelt werden, dass die langfristige Finanzierbarkeit und den Ausbau der Bemühungen erlaubt.

#10 | 21.06.2012 - 15:43 | miguellopez | ID: 10794

0 Zustimmungen

Finanzielles

Überlegungen zur finanziellen Gestaltung von Open Government sind gut. „Open Data“ heißt nicht automatisch „Free Data“ - die Hürden sollen aber niedrig gehalten werden. Für die Bereitstellung und offene Formatierung der Daten können Kosten anfallen. Die Erhebung der Daten, sowie deren Pflege, sind als staatliche Aufgabe aber bereits abgegolten. Andere „Gegenleistungen“ für den Staat sind u.a. die Wertschöpfung durch Innovationen bei Wirtschaft und Bürgern, die ohne Veröffentlichung gar nicht entstünden.

#11 | 21.06.2012 - 22:53 | @anked | ID: 10823

0 Zustimmungen

Alle Verwaltungsdaten sollten kostenfrei und maschinenlesbar als open data für jede Nutzung zur Verfügung stehen

OECD und EU empfehlen eine kostenfreie Bereitstellung von Daten in öffentlicher Hand. Das macht auch Sinn - aus verschiedenen Gründen. 1) die Sammlung dieser Daten erfolgte finanziert durch Steuergeld - alle BürgerInnen haben also bereits dafür bezahlt. Die Daten gehören den BürgerInnen. Sie sollten ein Recht auf kostenfreien Zugang zu maschinenlesbaren Daten für jede Art von Nutzung haben. 2) Die Nutzeffekte von Open Data sind vielfältig, sie umfassen monetäre als auch soziale und demokratische Vorteile. Dafür BürgerInnen noch einmal zahlen zu lassen, ist merkwürdig. Wenn Kosten anfallen, sind sie quer zu finanzieren - wie Schulbildung und Straßenbau.

#12 | 22.06.2012 - 13:22 | Mitbestimmer | ID: 10883

0 Zustimmungen

Auf die Perspektive kommt es an

Wenn kommunale oder landeseigende Vermessungsbehörden ihre Leistungen durch Datenverkauf vergünstigen sieht das aus interner Perspektive wirtschaftlich aus. Aus Bürger- und Wirtschaftssicht wird natürlich doppelt bezahlt und Hindernisse zu übergreifender Steuerung von Aufgaben und Nutzenbetrachtungen aufgebaut.

Deshalb kann man gar nicht vehement genug fordern: Alles was nicht auf gesetzlicher Grundlage schützenswerte Daten sind frei verfügbar machen.

#13 | 22.06.2012 - 14:27 | GeoBusiness.org | ID: 10896

0 Zustimmungen

Geldleistungen auf Zusatzkosten für die Bereitstellung begrenzen

Staatliche Daten sind unter Verwendung von Steuermitteln erhoben und verarbeitet worden. Es besteht also keine Veranlassung nochmals Geldleistungen zu verlangen, die in ihrer Größenordnung einer Refinanzierung der Aufwendungen oder sogar Erwirtschaftung von Gewinnen gleichkommen. Wichtig ist es, dass die Daten durch die Wirtschaft in Wert gesetzt werden. Der wirtschaftliche Wert staatlicher Daten darf bei der Frage, ob diese Daten für die Nutzer geldleistungslos oder geldleistungspflichtig zur Verfügung gestellt werden keine Rolle spielen. Lediglich zusätzlich entstehende Kosten für die technische Bereitstellung an Nutzer können hier erhoben werden. Dieser Ansatz wird mit der Philosophie des Grenzkostenprinzips im derzeitigen Entwurf der PSI-Novelle aufgegriffen und unterstützt.

Formulierungsvorschlag:

„Sie überprüfen in diesem Kontext die bestehenden Geldleistungsregelungen für die Nutzung von insbesondere maschinenlesbaren Daten und entwickeln Empfehlungen für einfache und einheitliche Kostenmodelle, in denen die Beträge maximal auf die durch die Bereitstellung der Daten an Nutzer verursachte Zusatzkosten beschränkt sind und somit Anreize zur Nutzung liefern.“

21. Text-Fragment | ID: 10073

- Unklare, komplizierte oder uneinheitliche Nutzungsbestimmungen (Lizenzen) hemmen die Weiterverwendung und -verbreitung von Daten der öffentlichen Hand. Bund und Länder entwickeln daher unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände klare, einfach anwendbare und einheitliche, Nutzungsbestimmungen, die auch zu den internationalen Standards passen; eine Orientierung können die Standard-Lizenzverträge des Creative Commons (CC) geben.

#1 | 05.06.2012 - 17:29 | agon | ID: 10245

0 Zustimmungen

Standards und Spezifikationen

Im IT Bereich sind auch Spezifikationen üblich, die keine Normen sind. Man European Interoperability Framework orientieren.

#2 | 06.06.2012 - 12:45 | | ID: 10315

0 Zustimmungen

sehr vage! "CC" ist das "Minimalziel", besser wäre "Public Domain"

s.o.

#3 | 08.06.2012 - 11:32 | Romi | ID: 10521

0 Zustimmungen

Schutz der Datenersteller

Die Aufbereitung und ständige Pflege von Daten, insbesondere die Nutzbarmachung durch Laien, vereinfachte Nutzeroberflächen etc. muss finanziell sicher gestellt werden. Die Creative Commons sind hier zu offen. Wer sollte dann dies alles bezahlen?

#4 | 09.06.2012 - 11:16 | philippmueller | ID: 10565

0 Zustimmungen

Plural

eine Orientierung können die Standard-Lizenzverträge von [statt "des"] Creative Commons (CC) geben.

#5 | 10.06.2012 - 11:48 | | ID: 10577

1 Zustimmung

staatliche Informationen und Daten sollten gemeinfrei sein

hier auf CC als Lizenz zu setzen greift zu kurz, §5 UrhG muss ausgeweitet werden

#6 | 13.06.2012 - 07:57 | Maxe96 | ID: 10645

0 Zustimmungen

Trennung nach Verwendung

hier sollte man achten auf eine Trennung zwischen öffentlicher Nutzung der bereitgestellten Daten und einer Privaten oder kommerziellen Nutzung. Wie [Romi] schon sagte, erfordert es vom öffentlicher Seite viel Mittel ind sollte nicht für kommerzielle Gewinnerzielung frei sein.

#7 | 15.06.2012 - 17:42 | MPA | ID: 10706

1 Zustimmung

JA!

Spätestens seit der Geodaten-Debatte wissen wir, dass bestimmte Datenmengen

- a) unter staatlicher Hoheit zu regeln sind und
- b) gemeinfrei zu sein haben.

Hier könnte ein Katalog hilfreich sein, der noch aufzustellen wäre.

#8 | 19.06.2012 - 09:07 | mac_do | ID: 10727

0 Zustimmungen

Bitte Lizenzen beachten - sonst keine Nutzung in offene Projekte

Ohne kommerzielle Freigabe können wir (Geo-) Daten im OpenStreetMap Projekt nicht nutzen. Unsere Lizenz erlaubt die kommerzielle Nutzung. Das muss immer wieder gesagt werden.

#9 | 21.06.2012 - 22:58 | @anked | ID: 10824

0 Zustimmungen

eine gute Sache! Aber bitte die Community nicht vergessen - hier ist großartige CC Expertise zu finden!

Leider auch hier wieder eine großartige Idee (Lob dafür - freie Lizenzen sind die Grundlage für eine sinnvolle Weiternutzung offener Daten) - aber verbunden mit einem paternalistischen Umsetzungsansatz, der die Zivilgesellschaft ausklammert. Damit hält sich das Eckpunktepapier nicht an die Deklarationen im Anfang des Papiers. Nicht in Bund und Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gibt es die beste Expertise für CC sondern in der

Zivilgesellschaft, in zahlreichen NGOs, bei der Open Knowledge Foundation etc. MIT diesen Gruppen sollten gemeinsam optimale Lösungen entwickelt werden. Wenn das Papier nicht mal im eigenen Inhalt die Leitlinien einer offenen Verwaltung verwirklicht, wie soll man es von anderen Behörden erwarten?

#10 | 22.06.2012 - 11:27 | Mathias Schindler | ID: 10859

0 Zustimmungen

Zu schwache Formulierung

Die Lizenzfrage ist zentral, ob ein Datensatz frei oder unfrei ist. An dieser Stelle im Dokument muss klargestellt werden, dass die von Open Government Data-Prinzipien herausgearbeitete Minimalanforderungen an Daten und ihre Lizenzierung eingehalten werden müssen: Freie Nachnutzbarkeit der Daten für beliebige Zwecke, Nachnutzbarkeit, bevorzugt CC0 für Regierungsdaten.

#11 | 22.06.2012 - 12:22 | So | ID: 10874

0 Zustimmungen

Unternehmen frühzeitig einbinden

Voraussetzung für die nutzen- und innovationsstiftende Weiterverwendung von Daten der öffentlichen Hand ist, dass auch Unternehmen frühzeitig in den Diskussionsprozess eingebunden werden. Die vorliegende Konsultation ist ein erster Schritt. Der Dialog mit den betroffenen Interessengruppen sollte künftig jedoch intensiver geführt werden. Hier denken wir insbesondere an die konkreten Nutzungsbestimmungen, aber auch an Standardisierungsfragen, Anforderungen an Datenkataloge und Schnittstellenbeschreibungen.

#12 | 22.06.2012 - 14:31 | GeoBusiness.org | ID: 10899

0 Zustimmungen

Unterschiedliche Zielgruppen und deutsche Rechtssystematik bei einheitlichen Lizenzen berücksichtigen

Bei der Entwicklung einheitlicher Lizenzen sollte die deutsche Rechtssystematik, die unterschiedlichen Zielgruppen (Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung) sowie ihre Anwendung im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich berücksichtigt werden (s.a. www.GeoLizenz.org).

Formulierungsvorschlag:

„Unklare, komplizierte oder uneinheitliche Nutzungsbestimmungen (Lizenzen) hemmen die Weiterverwendung und -verbreitung von Daten der öffentlichen Hand. Bund und Länder entwickeln daher unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände klare, einfach anwendbare und einheitliche Nutzungsbestimmungen. Dabei sind die unterschiedlichen Nutzergruppen sowie die Nutzung im öffentlichen und im nichtöffentlichen Bereich zu berücksichtigen. Auf Grundlage der deutschen Rechtssystematik sollten diese Lizenzen dabei auch internationale Standards aufgreifen; eine Orientierung können die Standard-Lizenzverträge des Creative Commons (CC) geben.“

22. Text-Fragment | ID: 10074

- Die Analyse des Rechtsrahmen umfasst auch die Entwicklung von Empfehlungen, welche Vorkehrungen durch Bund, Länder und Kommunen zu treffen sind, damit weder personenbezogene Daten noch andere schutzwürdige Daten veröffentlicht werden.

#1 | 07.06.2012 - 10:37 | JuergenVo | ID: 10413

0 Zustimmungen

Wichtig und gut!

Offenheit und Transparenz führt leider hin und wieder zu Unvorsicht und zu gezielten Angriffen. Es sind geeignete Maßnahmen vorzulegen, wie Daten geschützt werden. Zur Zeit geht gerade durch die Presse, wie die Schufa die Facebook Daten nutzen will - LinkedIn Daten geknackt, usw.....das sollte durch die Verwaltung nicht passieren! Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten und dem BSI wünschenswert

#2 | 08.06.2012 - 11:33 | Romi | ID: 10522

0 Zustimmungen

Dito

#3 | 08.06.2012 - 12:34 | deBaernd | ID: 10531

0 Zustimmungen

2 Paar Schuhe

Daten die bei Schufa, Facebook, LinkedIn liegen sind zumiest Persönliche Daten. Diese dürfen auf Grund des Datenschutzes jedes einzelnen überhaupt nicht heraus gegeben werden. Das ist auch gut so ;-)
Die Daten um die es hier geht, sind normalerweise frei von personenbezogenen oder personenbeziehbare Daten und damit müssen die Daten nicht geschützt werden wie die beiden unteren Kommentare das gerne hätten.

#4 | 13.06.2012 - 18:34 | Christian Scholz | ID: 10673

0 Zustimmungen

Gutachten und Co. analysieren

Ich sehe hier vor allem bei urheberrechtlich geschützten Dingen ein Problem. Hier ist meines Wissens ja nicht so klar, ob ich einen Architekturentwurf, der in einem Ratsinformationssystem steht, so einfach auslesen und weiterveröffentlichen darf. Hier sollte man eher zusehen, dass dem so ist. Wer Geschäfte mit öffentlichen Stellen macht, dem sollte auch bewusst sein, dass es dann transparenter wird, da ja Steuergeld in die Hand genommen wird.

Ansonsten weiss ich nicht, ob es zu personenbezogenen Daten noch soviel zu analysieren gibt ;-)

#5 | 15.06.2012 - 11:55 | KpSchmitt | ID: 10688

0 Zustimmungen

Datenschutz für die Beschäftigten die die Systeme bedienen, wo und wie wird der geregelt?

Ein Aspekt des Datenschutzes wird leider immer vergessen.

Wie sieht es mit dem Schutz der Beschäftigten aus, die die Systeme bedienen müssen?

Dafür zu treffende Regelungen unterliegen den Personalvertretungsgesetzen der Länder bzw. des Bundes.

Das entscheidende Problem ist dabei, daß durch die Ebenenübergreifenden Zuständigkeiten in den Systemen für die einzelnen Personalvertretungsgremien keine Ansprechpartner existieren.

Daten werden von Institutionen verarbeitet und gespeichert, die nicht mehr in den Zuständigkeitsbereichen der Gremien liegen die die Bearbeiter in ihren Rechten vertreten können.

Hier müssen meiner Ansicht nach klare Anweisungen von den entsprechenden Entscheidungsträgern gegeben werden, um die Rechte der Beschäftigten zu sichern.

#6 | 15.06.2012 - 17:42 | MPA | ID: 10707

0 Zustimmungen

... aber anonymisiert werden könnten....

#7 | 21.06.2012 - 15:45 | miguellopez | ID: 10796

0 Zustimmungen

Personenbezug

Personenbezogene Daten sollten per se nicht in die engere Auswahl zur Veröffentlichung als Open Data kommen. (Ausgenommen davon sind Verzeichnisse, die der Öffentlichkeit per Gesetz zugänglich sind)

#8 | 22.06.2012 - 14:34 | GeoBusiness.org | ID: 10900

0 Zustimmungen

Mehr Rechtssicherheit für Anbieter und Nutzer durch konkrete Einstufungen und Schwellenwerte schaffen

Die Empfehlungen zum Datenschutz sollten dabei konkrete Regelungen und

Einstufungen zur Betroffenheit von Daten beinhalten, damit der im föderalen Deutschland uneinheitlich ausgelegte und i.d.R. auf Einzelfallentscheidungen basierende Datenschutz für die Datenanbieter und Nutzer rechtssicherer und verlässlicher gemacht wird.

Formulierungsvorschlag:

„Die Analyse des Rechtsrahmens umfasst auch die Entwicklung von Empfehlungen, welche Vorkehrungen durch Bund, Länder und Kommunen zu treffen sind, damit weder personenbezogene Daten noch andere schutzwürdige Daten veröffentlicht werden. Hierfür ist anzustreben, Schwellenwerte zu entwickeln, oberhalb derer i.d.R. keine Einzelfallprüfung zu erwarten ist. Diese Abgrenzung von sensiblen zu weniger sensiblen Informationen gibt sowohl Bereitstellern, als auch Nutzern mehr Rechtssicherheit bei der datenschutzrechtlichen Einstufung.“

23. Text-Fragment | ID: 10075

5) Zentral zugängliche Internetseite aufbauen

24. Text-Fragment | ID: 10076

- Um Informationen und Angebote über Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen leicht auffindbar zu machen, wird in enger Abstimmung mit allen Beteiligten eine zentral zugängliche Internetseite eingerichtet. Diese Seite erschließt in der Regel über Verlinkungen von Bund, Ländern und Kommunen angebotene Informationen und Daten.

#1 | 05.06.2012 - 21:10 | Clemense | ID: 10268

0 Zustimmungen

Verlinken wird nicht ausreichen - Daten müssen integriert werden

Die Zielrichtung einer Verlinkung führt zu einer besseren Transparenz, wenn die angebotenen Informationen für die Beteiligten interpretiert werden können.

Die Einordnung der Daten ist dann möglich, wenn die Aufbereitungslogik der jeweiligen Datenquellen nach einheitlichen Kriterien gestaltet ist. Das technische Bild, das ich im Hinterkopf habe, ist der Aufbau nach einem Data-Warehouse-Ansatz. Dort sind die Daten auswertbar nach einheitlich ausgerichteten Sortier- und Ordnungskriterien (sog. Dimensionen).

Wenn die Daten nicht nach einheitlichen Kriterien aufbereitet und nur durch Verlinkung verknüpft werden, verlieren die Beteiligten schnell das Interesse, weil Vergleiche etc. mit diesen Daten nicht erreicht werden können und wenig Mehrwert entsteht.

Die technischen Unterstützung für Transparenz (im o.g. Sinne der Datenaufbereitung) unterscheiden sich von den Instrumenten der Zusammenarbeit und Beteiligung. Für Beteiligung ist ein Data Warehouse nicht geeignet.

#2 | 06.06.2012 - 11:11 | mklenke | ID: 10310

0 Zustimmungen

Verlinken ist der einzig realistische Ansatz

Zum Kommentar von Clemense: Verlinkung ist in unserer föderalen Verwaltungsstruktur der einzig realistische Ansatz. Die (zahlreichen) kleinen

Initiativen zur Datenharmonisierung in den verschiedensten Teilgebieten die mir bekannt sind, kommen nur im Schnecken tempo (wenn überhaupt) voran. Ein zentrales Data Warehouse mit fachlich und "formatig" homogenisierten Daten wird es in Deutschland nicht geben. Für großflächige Vergleiche ist und bleibt der Nutzer gefordert.

#3 | 07.06.2012 - 10:39 | JuergenVo | ID: 10416

1 Zustimmung

Tolle Idee, aber.....

Wie können die Informationen und Angebote offline verfügbar gemacht werden. Teilhabe, die nur über das Netz erfolgt ist Ausschluss!

#4 | 08.06.2012 - 19:19 | | ID: 10547

4 Zustimmungen

ROOT Charakter fehlt

Für mich stellt ein OpenGov die Wurzel der Schnittstelle zwischen Volk und Staat da. Es sollte das Einstiegsportal sein und darf in der Hinsicht 'Monopol'-Charakter haben. Eine Konsolidierung weiterer Daten (ob verlinkt oder nicht) sowie eine semantische Analyse und Aggregation von Daten wäre sinnvoll.

Jeder im Volk sollte diese Seite kennen, wissen und nutzen. hier fehlen mit die Maßnahmen dafür

#5 | 12.06.2012 - 15:09 | | ID: 10634

0 Zustimmungen

Großer redaktioneller Aufwand bei wem?

Das hört sich nach einer kommentierten Linkliste an, die aber noch keine Datenerschließt. Nur die zentrale Haltung der Metadaten hilft hier doch nur bei der Erschließung.

#6 | 15.06.2012 - 17:45 | MPA | ID: 10708

1 Zustimmung

Repository nötig

Eine "Internetseite" ist vermutlich etwas zu kurz gegriffen. Nach dem Beispiel des Verwaltungsdienste-Verzeichnisses wird auch die erwartete Menge der "offenen Daten" zu strukturieren, katalogisieren, verlinken und "geordnet" verfügbar zu machen sein.

#7 | 20.06.2012 - 11:30 | christianheise | ID: 10756

0 Zustimmungen

Nicht nur "eingrichtet" sondern auch beworben und in bestehende Auftritte integriert/verlinkt werden

Bitte dafür Maßnahmen nennen. Ggf. Verpflichtung auf Behördenseite, auf offene Daten hinzuweisen.

#8 | 21.06.2012 - 15:47 | miguellopez | ID: 10797

0 Zustimmungen

Offener Index für Offene Daten

Ein zentral zugängliches Verzeichnis, als sogenannter Metaindex, ist in Zusammenhang mit den zahlreichen verschiedenen Datenquellen zu begrüßen und vereinfacht die Handhabung der Daten.

#9 | 21.06.2012 - 23:01 | @anked | ID: 10825

0 Zustimmungen

zentrale Anlaufstelle - eine gute Idee!

kein weiterer Kommentar. So eine Plattform brauchen wir!

#10 | 25.06.2012 - 11:20 | Oliver Märker | ID: 10957

0 Zustimmungen

Informationen zur Bürgerpartizipation

Ergänzung letzter Satz: "Diese Seite erschließt in der Regel über Verlinkungen von Bund, Ländern und Kommunen angebotene Daten und Informationen zur Bürgerpartizipation."

25. Text-Fragment | ID: 10077

- Wichtiger Bestandteil dieser Internetseite ist der Aufbau eines alle Ebenen umfassenden, einheitlichen Datenkatalogs, der ein systematisches Verlinken und einfaches Auffinden von Informationen und maschinenlesbaren Daten ermöglicht.

#1 | 05.06.2012 - 16:05 | | ID: 10201

1 Zustimmung

das Rad nicht neu erfinden

CKAN stellt die ideale Software zur Verwaltung von Datenpaketen zur Verfügung. APIs usw. siehe z.B. <http://thedatahub.org/>

#2 | 07.06.2012 - 09:27 | mklenke | ID: 10348

0 Zustimmungen

Das Rad nicht neu erfinden II

In der Umweltverwaltung von Bund und Ländern wird auf Basis einer Bund-Länder Verwaltungsvereinbarung seit nahezu 20 Jahren ein Katalog-/Portalsystem entwickelt und betrieben, das sich technisch und fachlich auch für die Pflege, Publikation und Recherche von "Open(Meta)Data" eignet:
<http://www.portalu.de>
<http://www.numis.niedersachsen.de/datenkataloge>
<http://www.kst.portalu.de/>

#3 | 08.06.2012 - 11:34 | Romi | ID: 10524

0 Zustimmungen

Dito

#4 | 12.06.2012 - 18:16 | luckf01 | ID: 10636

1 Zustimmung

Metainformationen, Suchen in unstrukturierten Daten

@ Romi: Stimme voll zu, solche Portale gibt es schon lange. Nur: Die Welt (auch

in der öff. Verwaltung) ist nicht so ordentlich, als das alles in taxonomisch sauberer Ordnung (die Definition einer solchen Taxonomie ist mindestens schwierig, wenn nicht problematisch, und User based taxonomies sind bislang auch nicht der Hft) abgelegt werden könnte. Es gibt aber fortgeschrittene Techniken, wie z.B. semantische Suche, die das Finden von Infos in unstrukturierten Daten erlauben. Ich bezweifle mithin, dass der hier angesprochenen einheitliche Datenkatalog wirklich nützlich ist. Ich würde diesen Satz, der eine Vorfestlegung auf bestimmte Techniken bedeutet, und andere ausschließt, streichen.

#5 | 21.06.2012 - 15:47 | miguellopez | ID: 10798

1 Zustimmung

Datenkatalog auch offen gestalten

Je strukturierter die Daten gesammelt und veröffentlicht werden, desto einfacher ist es die Auffindbarkeit und Weiterverwendbarkeit zu ermöglichen. Wichtig ist bei einem Index, dass er selbst auch in einem standardisierten offenen Format zur Verfügung gestellt wird.

#6 | 21.06.2012 - 23:04 | @anked | ID: 10826

0 Zustimmungen

Die Zukunft liegt in Linked Open Government Data - bitte von Anfang mit konzeptionieren!

Ein Open Data Portal sollte schnell kommen - gern als Beta, gern nicht perfekt. Lieber in 2012 als in 2013. Aber es sollte eine Vision und einen Plan für die Weiterentwicklung geben. Dieser Plan sollte die Erfassung von sinnvollen Metadaten genauso umfassen wie Linked Open Data. Wenn man Datensätze sinnvoll und einfach miteinander in Kontext setzen kann, vervielfacht sich der Nutzen, den Open Data bringt.

#7 | 22.06.2012 - 13:36 | Mitbestimmer | ID: 10885

0 Zustimmungen

Joinup.eu Open Metadata und Semantic Assets

Da gibts schon einiges auf der EU Plattform Joinup.eu. Und vor allem haben sich dort hervorragende Experten versammelt mit Verbindung zur Normierungs- und Standardisierungsgremien.

26. Text-Fragment | ID: 10080

- Auf der Internetseite sollen auch eine „Open Government Landkarte“ sowie zum Open Government angefertigte Studien, Leitfäden und Handlungsempfehlungen bereitgestellt, Links auf relevante Internetseiten angeboten und längerfristig Möglichkeiten zum Ebenen übergreifenden Austausch und zur Zusammenarbeit geschaffen werden.

#1 | 07.06.2012 - 11:50 | Kopp | ID: 10459

0 Zustimmungen

Relevante Internetseiten?

Wer legt fest, was relevante Internetseiten sind und welche nicht?

#2 | 12.06.2012 - 18:56 | Andreas.Job | ID: 10640

0 Zustimmungen

Out of Scope

Dies muss nicht in einem Eckpunktepapier enthalten sein.

#3 | 13.06.2012 - 17:32 | luckf01 | ID: 10662

1 Zustimmung

Aufbau und Betriebsaspekte trennen

Die O.G. Landkarte ist für die Macher sinnvoll, aber nicht für die Teilhaben woelden Bürger, Studien, Leitfäden etc dito. Also: Absatz streichen.

#4 | 20.06.2012 - 11:25 | christianheise | ID: 10755

0 Zustimmungen

kann man streichen oder nachlagern

Dies muss m.e. auch nicht in einem Eckpunktepapier enthalten sein.

#5 | 21.06.2012 - 23:08 | @anked | ID: 10827

1 Zustimmung

gute Idee - Anlaufstelle für Open Government in Deutschland. Bitte auch NGOs und internationale Links aufnehmen!

Es sollte eine klare Trennung zwischen Informationsangeboten (Open Data Portal) und Hintergrundinformations-bereichen geben. Es macht aber Sinn, diese Informationen mit aufzunehmen. Beteiligungsangebote sind viel zu wenig bekannt. Natürlich ersetzt so ein Info-Bereich nicht ein gutes Marketing für einzelne Beteiligungsvorhaben, aber es ist ein Schritt zu mehr Sichtbarkeit von Angeboten. Auch hier gilt: nicht nur die interne Sicht sondern auch die externe einbeziehen - also auch Links von ausländischen Angeboten und aus der Zivilgesellschaft aufnehmen.

#6 | 22.06.2012 - 14:31 | theimstaedt | ID: 10898

0 Zustimmungen

Open Government gleich Open Data?

Die komplette Passage zur zentral zugänglichen Internetseite fokussiert sich auf Informationsbereitstellung und explizit auf den "wichtigen Bestandteil" OpenData. Warum werden nicht auch die anderen beiden Dimensionen des „Open Government“ - Partizipation und Kollaboration - stärker berücksichtigt? Und in diesem Zusammenhang: Was bedeutet "längerfristig Möglichkeiten zum Ebenen übergreifenden Austausch und zur Zusammenarbeit" konkret? Geht es hierbei nur um die Zusammenarbeit der versch. Verwaltungsebenen oder werden Bürgerinnen und Bürger auch mitberücksichtigt?

#7 | 25.06.2012 - 11:31 | Oliver Märker | ID: 10958

0 Zustimmungen

BMI-Studie "E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government"

Die Studie "E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government" des Bundesinnenministeriums (2009) wäre eine solche Studie, die hier verfügbar gemacht werden sollte. Die Studie enthält zahlreiche konkrete und nach wie vor aktuelle Handlungsvorschläge zur Förderung der Online-Bürgerpartizipation auf Bundesebene.
<http://tinyurl.com/7eeqy8o>

27. Text-Fragment | ID: 10081

- Die Internetseite ist auf Dauer anzulegen. Die Inhalte müssen aktuell und verlässlich sein. Der Betrieb der Seite als Anwendung des IT-Planungsrats wird angestrebt.

#1 | 06.06.2012 - 00:41 | | ID: 10280

0 Zustimmungen

Ohne Geld kein Betrieb

Wer wird wirklich die Ressourcen bereitstellen, wenn man sieht, wie knapp Leika ausgestattet ist trotz seiner zentralen Bedeutung

#2 | 08.06.2012 - 11:34 | Romi | ID: 10523

0 Zustimmungen

Dito

#3 | 12.06.2012 - 18:55 | Andreas.Job | ID: 10639

2 Zustimmungen

Nicht nur die Internetseite, sondern auch die Daten

Nicht nur die Internetseite, sondern auch die Daten müssen persistent und reversibel sein. Dazu können vorhandene Techniken wie z.B. URI und URN verwendet werden.

28. Text-Fragment | ID: 10082

Anlage: Gemeinsames Verständnis der tragenden Begriffe

29. Text-Fragment | ID: 10092

Open Government

30. Text-Fragment | ID: 10083

Open Government beschreibt die weitere Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft. Damit sollen Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit gefördert werden. Diese Öffnung erfolgt verstärkt mittels moderner Informations- und Kommunikationstechniken (unter anderem Soziale Medien). Die verschiedenen Teilbereiche von Open Government können im Rahmen von Open Government – Projekten unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Die Grenzen können fließend sein.

Open Government ist dabei als Oberbegriff der drei Teilbereiche Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit zu verstehen, die wie folgt definiert werden:

#1 | 07.06.2012 - 10:42 | JuergenVo | ID: 10417

0 Zustimmungen

wikipedia sagt:

"Open Government ist ein Synonym für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies kann zu mehr Transparenz, zu mehr Teilhabe, zu einer intensiveren Zusammenarbeit, zu mehr Innovation und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen." Von elektronischer Öffnung ist jedoch nicht die Rede - es muss ausgewogen die Möglichkeit geboten werden sich online, wie offline informieren und beteiligen zu können.

#2 | 07.06.2012 - 11:54 | Kopp | ID: 10460

0 Zustimmungen

Facebook und Twitter soziale Medien?

Beide sog. sozialen Netzwerke sind mittlerweile Datensammelstellen geworden, die genaue Einzelprofile von Individuen ermöglichen. Besonders Facebook ist nicht mehr nur ein soziales Netzwerk, sondern ein GESCHÄFTSMODELL, mit dem viel Geld verdient wird. Warum soll sich der Staat an einem solchen Modell beteiligen bzw. es dadurch unterstützen, indem man Teil dieses Modells ist?

Dem Wohl der BürgerInnen dienen

Dem Vorredner stimme ich 100%ig zu: "Facebook ist nicht [...] nur ein soziales Netzwerk, sondern ein GESCHÄFTSMODELL, mit dem viel Geld verdient wird. Warum soll sich der Staat an einem solchen Modell beteiligen bzw. es dadurch unterstützen, indem man Teil dieses Modells ist?"

Neben dem finanziellen Aspekt (Diskriminierung anderer Wettbewerber) ist auch der Datenschutz ein wichtiges Anliegen, dem die Sammlung von personenbezogenen Daten an zentraler Stelle generell nicht entspricht. Von FB gesammelte Daten und ihre Auswertung sind ausserdem der Kontrolle durch die eigentlichen EigentümerInnen der Daten (die betreffenden Personen) entzogen. Diesem Aderlass sollte kein Staat Vorschub leisten, dem das Wohl seiner BürgerInnen am Herzen liegt.

Darum: Kontrolle der Einzelnen bewahren. Offene Standards und Freie Software nutzen. Dezentrale Vernetzung fördern.

Dito

soziale Logik

mir fehlt hier (aber genauso in Obama's Memo) die Begründung warum Transparenz, Partizipation, Kollaboration handlungsleitend sind (und warum jetzt und nicht vor 10, 30 oder 50 Jahren). Weglassen kann man eine solche Begründung, wenn sie selbst-evident ist (bzw. wenn man dies politisch behaupten kann): "We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness." (Declaration of Independence, 2. Satz), aber das geht hier nicht.

Ich würde es historisch einordnen, bspw.:

Die deutsche Demokratie nach 1945 war von den Massenmedien geprägt, der gesellschaftliche Diskurs wurde durch Print, Radio und Fernsehen, die Wertschöpfung durch Unternehmen und Verwaltung strukturiert. Mit dem aufkommen des Internets, entstand eine skalierbare Infrastruktur auf der anders diskutiert, entschieden und gearbeitet werden kann. Während Massenmedien und hierarchische Organisationen sehr gut in der Einwegkommunikation sind, erlauben digitale Netz-Medien zwei- bzw. viel-Wege-Kommunikation. Um diese zu nutzen, müssen wir unsere Ideenfindungs-, Entscheidungs- und Wertschöpfungsprozesse öffnen. Open Government beschreibt hierbei die ...

Bürokratiewahnsinn

Ich weiss wirklich nicht, wann oder ob überhaupt die Autoren sich mit der Verwaltung und der Bürokratie in Deutschland auseinandergesetzt haben. Aufgrund Ihrer Vorschläge wohl eher nicht. Transparenz ist in der deutschen Verwaltung ein Fremdwort, ebenso wie rationales Vorgehen bzw. den gesunden Verstand nutzen. Solange es um Vorschriften und Durchsetzung geht, geht es nur ums GELD.

Besser wäre es die politische Bürokratie d.h. die Länder abzuschaffen und die Verwaltungsbürokratie, d.b. Landrat & Co. auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.

Selbstverständlich wird dieser Kommentar ebenso ignoriert, wie die Vorschläge vom ehem. Bundestagsabgeordneten Merz.

#7 | 15.06.2012 - 17:48 | MPA | ID: 10709

1 Zustimmung

Quellen?

Woher stammt die Definition. Ist sie im europäischen/internationalen Kontext kompatibel? Und: gehört dieser Text nicht ganz an den Anfang, damit der geneigte Leser den Handlungsrahmen vorab erkennen kann?

#8 | 21.06.2012 - 16:32 | Tobias | ID: 10813

0 Zustimmungen

Techniken unformulieren, Soziale Medien streichen

"(unter anderem Soziale Medien)" würde ich streichen, weil es sich schnell danach anhört, als seien hier soziale Netzwerke gemeint. Vielmehr sollte bei der Verwendung moderner Informations- und Kommunikationstechniken auf die technischen Grundbedingungen bei der Veröffentlichung von Daten (bspw. Möglichkeit zur Weiterverarbeitung durch maschinenlesbare Formate) verwiesen werden.

#9 | 21.06.2012 - 16:33 | Tobias | ID: 10814

0 Zustimmungen

Was ist die unterschiedliche starke Ausprägung?

Was ist die Aussage hinter diesen Sätzen? Bitte konkretisieren oder weglassen. "Die verschiedenen Teilbereiche von Open Government können im Rahmen von Open Government – Projekten unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Die Grenzen können fließend sein."

#10 | 21.06.2012 - 23:11 | @anked | ID: 10828

0 Zustimmungen

Find ich gut! Diese Dreiteilung ist internationaler Standard für Open Government.

Ohne Transparenz keine sinnvolle Bürgerbeteiligung. Transparenz schafft auch Vertrauen und Vertrauen ist die Basis für Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, z.B. in sogenannten Community Public Partnerships. Alle

Open-Government-Konsultation

drei Bereiche sind notwendige Bestandteile von Open Government. Sie bedingen sich gegenseitig und sind eng verzahnt.

31. Text-Fragment | ID: 10084

Transparenz:

Unter Transparenz ist die weitere Offenlegung von Informationen, Meinungsbildungs-, Abwägungs- und Entscheidungsprozessen und die Verfügbarkeit von Daten der öffentlichen Hand zu verstehen. Wesentliches Ziel ist es, Grundlagen von Entscheidungen, die Verwendung von finanziellen Mitteln, die Verantwortlichkeit der Entscheidungsträger usw. offen zugänglich zu machen, um das Handeln von Politik und Verwaltung verständlicher und nachvollziehbarer darzustellen sowie fundierte gesellschaftliche Diskussionen zu fördern.

#1 | 09.06.2012 - 13:20 | philippmueller | ID: 10567

0 Zustimmungen

was ist mit Mehrwerten?

wichtiger Aspekt von Transparenz ist ja das sozioökonomische Mehrwertpotenzial der Daten. Das klassische Beispiel ist, wie durch die Freigabe der GPS-Geodaten in den 1990er Jahren ein Markt geschaffen wurde, der heute direkt \$ 100 Mrd Umsatz generiert (GPS-Geräte und Kartenupdates) und ökonomisch/soziale Abstrahleffekte im Wert von mehreren Milliarden \$ generiert (in Dollar gerechnet, da es ursprünglich eine Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan war).

Transparenz ist also wichtig für die Ideen/Entscheidungsfindung in unserer Demokratie, aber auch als Basis einer digitalen Gesellschaft/Ökonomie. Nur wenn jedes Atom auch ein verfügbares Bit hat und dieses zugänglich ist, können wir die Mehrwerte unserer digitalen Netzwerkgesellschaft heben!

#2 | 15.06.2012 - 17:50 | MPA | ID: 10710

0 Zustimmungen

Überflüssig

Ab hier sind m.E. allgemeingültige Begriffe ausgeführt, die keiner besonderen Definition im openGov-Kontext bedürfen. Beispiel: Transparenz lässt sich jederzeit im Bedeutungswörterbuch nachschlagen, wenn es in der individuellen

Allgemeinbildung nicht enthalten sein sollte.

#3 | 21.06.2012 - 23:49 | @anked | ID: 10829

0 Zustimmungen

Volle Zustimmung! Transparenz ist das Fundament von Open Government!

Die Transparenz sollte sich auf Politik und Verwaltung beziehen, also z.B. auch Nebeneinkünfte von Abgeordneten umfassen (in konkreter Höhe und von wem), Spenden an politische Parteien - in jeder Höhe und unmittelbar nach Eingang der Spende, Verträge von öffentlicher Hand mit Dritten und von Unternehmen, die in Besitz/Teilbesitz der öffentlichen Hand sind (Bagatellregelung z.B. erst ab Verträge über 10.000€ analog zu Großbritannien macht Sinn), Subventionszahlungen (wieviel, wann, an wen, wofür) - um nur ein paar Beispiele zu nennen.

#4 | 24.06.2012 - 16:54 | @homobil | ID: 10931

1 Zustimmung

Meine Atome gehören mir!

Die Forderung von philippmueller "Nur wenn jedes Atom auch ein verfügbares Bit hat und dieses zugänglich ist, können wir die Mehrwerte unserer digitalen Netzwerkgesellschaft heben!" geht mir eindeutig zu weit. Mein Anspruch hinsichtlich Transparenz bezieht sich auf die öffentlichen Angelegenheiten in Gemeinwesen und Staat. Eine Digitalisierung aller Lebensbereiche führt auch zu einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das scheint mir weder aus sozialen, noch aus ökologischen Gründen wünschenswert zu sein.

#5 | 24.06.2012 - 17:04 | @homobil | ID: 10932

0 Zustimmungen

Beteiligung der Lobbyorganisation "ÖPP Deutschland AG" an der Erarbeitung der Open Gov-Strategie der Bundesregierung.

Ich würde gerne, weshalb die PPP-Lobbyorganisation "ÖPP Deutschland AG" an der Erarbeitung der Open Gov-Strategie der Bundesregierung unter Federführung von Fraunhofer Fokus beteiligt ist:

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat am 13. Januar 2012 einen Auftrag zur Erstellung einer Studie zu Open-Government in Deutschland an das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme („FOKUS“) vergeben. Den Schwerpunkt der Studie bildet Open Government Data.

Ziel der Studie ist die Beantwortung grundsätzlicher, rechtlicher, technischer und organisatorischer Fragen zur Umsetzung von Open Government und Open Government Data in Deutschland. Fraunhofer FOKUS wird durch das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland) unterstützt. Partnerschaften Deutschland wird die Themen Betreibermodell, Geldleistungsmodelle, Governance und Nachhaltigkeit im Rahmen der Studie erarbeiten. Die Ergebnisse der Studie sollen bis Mitte 2012 vorliegen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen scheinen nicht in die Erarbeitung

eingebunden zu sein. Weshalb nicht?

32. Text-Fragment | ID: 10085

Teilhabe: (Partizipation, Mitwirkung):

Teilhabe im Sinne von Open Government bedeutet verbesserte Mitwirkung an staatlichen Entscheidungsprozessen. Wesentliches Ziel ist es, die Gesellschaft stärker in Entscheidungen von Politik und Verwaltung einzubeziehen. Die Form der Mitwirkung kann dabei unterschiedlich stark ausgeprägt sein, von einer Befragung der Bürgerinnen und Bürger zu einem Themenbereich, über eine (E-) Konsultation zu einem Gesetzgebungsvorhaben bis hin zu einer Mitgestaltung der Haushaltsaufstellung im Rahmen des sog. Bürgerhaushalts. Diese Mitwirkungsformen sollen die Akzeptanz von Entscheidungen erhöhen.

#1 | 13.06.2012 - 10:31 | GMHPG | ID: 10651

1 Zustimmung

Mitwirkung

Aufforderungen zur Mitwirkung erfordern auch einen Service durch Menschen, die erreichbar sein sollten. Der begleitende Aufbau einer Servicestelle sollte daher in Betracht gezogen werden. Eine Verbindungslinie zu D115 wäre Ideal.

#2 | 13.06.2012 - 17:38 | luckf01 | ID: 10663

0 Zustimmungen

D115

Guter Vorschlag

#3 | 21.06.2012 - 23:55 | @anked | ID: 10830

0 Zustimmungen

Mehr Teilhabe ist eine Weiterentwicklung unserer Demokratie - sie führen nicht nur zu mehr Akzeptanz sondern zu besseren

Entscheidungen

Inhaltliche volle Zustimmung - nur das genannte Ziel - "sollen die Akzeptanz von Entscheidungen erhöhen" finde ich einseitig und ungenügend. Keineswegs geht es nur um eine bessere PR für politische Entscheidungen, die unpopulär sind. Es geht vielmehr darum, die Ergebnisse von Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen zu verbessern, damit dann auch indirekt Konfliktpotenzial zu reduzieren und eher Entscheidungen zu treffen, die ein win-win sind. Das kann und wird die Akzeptanz erhöhen, aber die höhere Qualität der Entscheidungen ist für sich ein sehr nennenswertes Ziel, dass über den Marketingansatz weit hinaus geht.

33. Text-Fragment | ID: 10087

Zusammenarbeit: (Kooperation, „Kollaboration“):

Zusammenarbeit beschreibt das vertiefte Zusammenwirken von staatlichen Stellen untereinander sowie von Staat mit Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Erledigung von Aufgaben (z.B. E-Meldesysteme). Ziel ist es, staatliche Aufgaben in der Servicequalität zu verbessern, das weit verbreitete Wissen in der Gesellschaft zu nutzen und ggf. den Staat von Aufgaben zu entlasten.

#1 | 05.06.2012 - 16:44 | Sebh2012 | ID: 10229

0 Zustimmungen

Intrainstitutionell

Wichtig vor allem das Einreißen diverser künstlicher Barrieren innerhalb von Behörden und zwischen Behörden. Das Bedarf eines besseren Wissensmanagements in Organisationen und mehr Freiraum um individuelle Mitarbeiter zu modernen Knowledge Workern werden zu lassen, die untereinander Problemlösungen teilen, und selbst Prozesse verändern können dürfen.

#2 | 07.06.2012 - 11:56 | Kopp | ID: 10461

1 Zustimmung

Kollaboration nein

Der Begriff der Kollaboration ist nun wirklich allein historisch bereits sehr negativ konnotiert. Man sollte auf ihn verzichten.

#3 | 08.06.2012 - 19:29 | | ID: 10548

0 Zustimmungen

Vielleicht besser formuliert

Ziel ist es, staatliche Aufgaben in ihren Abläufen und die dabei betroffenen Information verständlicher zu machen, um die Servicequalität verbessern zu

Open-Government-Konsultation

können, das weit verbreitete Wissen in der Gesellschaft zu nutzen und zu stärken um eine lösungsorientiertere Arbeit des Staates zu ermöglichen.

Der Absatz klingt irgendwie sonst wie eine indirekte Schuldzuweisung

#4 | 09.06.2012 - 15:40 | philippmueller | ID: 10569

0 Zustimmungen

Offenheit strategisch nutzen

hier noch das Potenzial von völlig neuen Organisation von Wertschöpfungsketten. Bspw. Krisenmanagementplattformen wie Ushahidi, Anliegenmanagement wie Märker Brandenburg, digital unterstützte Elterninitiativen, etc.

#5 | 13.06.2012 - 17:43 | luckf01 | ID: 10664

0 Zustimmungen

Abgrenzung E-Government

Die Servicequalität von internen und dem Bürger transparenten Verwaltungsprozessen zu verbessern, sehe ich als Aufgabe von E-Government sowie von Business Process redesign Projekten. Sicher wird diese Abgrenzung noch genauer gefasst werden müssen, aber der Eindruck, O:G befasse sich mit der Service-Qualität von Verwaltungsprozessen, ist m.E. nicht korrekt. Ich bitte um Umformulierung!

#6 | 20.06.2012 - 19:16 | LB | ID: 10776

0 Zustimmungen

Formulierungsvorschlag

Der zweite Satz sollte wie folgt formuliert werden:
"Ziel ist es, die Dienstleistungsorientierung staatlicher Aufgaben zu verbessern, ..."

#7 | 22.06.2012 - 00:01 | @anked | ID: 10831

0 Zustimmungen

Zustimmung! Ergänzung um Vernetzung - medienbruchfrei

Der Paragraph beschreibt zutreffend, was Kollaboration im Open Government umfassen kann und sollte. Ergänzen kann man den Aspekt der Vernetzung, denn erst durch eine medienbruchfreie Vernetzung ist oft eine solche Kollaboration zwischen Behörden oder von Behörden mit Dritten möglich. Dazu werden Bandbreiten benötigt. Relevant ist hier auch der Bezug zu Transparenz/Open Data und Partizipation. Nur gut informierte BürgerInnen, die sich auf Augenhöhe auch an Entscheidungsprozessen beteiligen können, werden Lust haben, mit ihrer Verwaltung für einen gemeinnützigen Zweck zusammenzuarbeiten.

#8 | 22.06.2012 - 00:04 | @anked | ID: 10832

0 Zustimmungen

Ja - Open Government kann auch die Servicequalität verbessern!

Ich widerspreche anderen Kommentaren - natürlich kann Open Government zu

einer Verbesserung der Servicequalität beitragen. Wenn z.B. in einem Apps Wettbewerb von BürgerInnen Apps entwickelt werden, die quasi staatliche Informationen zugänglicher machen und eine Dienstleistung mit Mehrwert darstellen, ist das Servicequalität. Wenn die Veröffentlichung und damit Vergleichbarkeit von Bearbeitungsfristen z.B. für Bauanträge zu einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten führt, ist das auch eine Verbesserung der Servicequalität.

#9 | 24.06.2012 - 20:11 | @homobil | ID: 10939

0 Zustimmungen

Playdoyer für "Koproduktion"

Es scheint mir wenig Sinn zu machen, eine Trennlinie zu ziehen zwischen Kooperationsmodellen, die eine (explizite) IT-Komponente - z.B. Social Media-Nutzung - haben, um das Design oder die Erbringungen öffentlicher Leistungen zu bewerkstelligen und solchen, die das nicht oder vielleicht nur implizit haben. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung unserer Lebenswelt macht das keinen Sinn. Entscheidendes Merkmal ist die Kooperation im Servicedesign und in der Leistungserbringung, deshalb plädiere ich für die Verwendung des Begriffes "Koproduktion". Die NESTA-Definition des Begriffs <http://vimeo.com/43600284#> gefällt mir sehr gut und sie scheint mir gut vereinbar mit dem Konzept des weiterentwickelten Bürgerhaushalts (Bürgerhaushalt in Bürgerhand), bei dem es darum geht, die Ressourcen der öffentlichen Hand mit den anderweitig in der Gesellschaft vorhandenen Ressourcen zu bündeln, um das kooperative Design und/oder auch die kooperative Erbringung hochwertiger öffentlicher Leistungen zu ermöglichen. Damit Akteure sich erfolgreich als Teil einer Wertschöpfungskette engagieren können, bedarf es es natürlich einer gewissen Offenheit und Transparenz seitens der öffentlichen Verwaltung. Bürger, die sich in solche Prozesse einbringen, sind nicht die Lückenbüsser, die den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung ermöglichen, sondern aktive Gestalter, die selbstverständlich auch auf die politischen Rahmenbedingungen ihres Handelns Einfluss nehmen wollen.

34. Text-Fragment | ID: 10089

Abgrenzung der Teilbereiche:

Die einzelnen Teilaspekte sind in den jeweiligen Open Government – Vorhaben unterschiedlich stark ausgeprägt, z.T. sind mehrere Aspekte berührt, z.T. bedingen sie einander (Beispiel: Im Rahmen eines E-Meldedienstes ist die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger gefragt (Kooperation); die von der Verwaltung aus der Meldung gezogenen Konsequenzen werden transparent gemacht). Eine klare Abgrenzung ist nicht immer möglich.

#1 | 05.06.2012 - 16:45 | Sebh2012 | ID: 10232

1 Zustimmung

Begriffsschusterei

Diese künstliche Trennung von diesen an Obama angelehnten Begriffe, brint auch niemanden weiter. Wichtig ist vor allem dass Offenheit gemeint ist, das schließt schon vieles mit ein

#2 | 13.06.2012 - 17:48 | luckf01 | ID: 10665

2 Zustimmungen

Absatz steichen

Wir sind hier bei der Begriffsliste, Abgrenzung der Teilbereiche gehört nicht hier her, also streichen. Ansonsten wird hier wortreich eine Binsenweisheit zelebriert. Vorschlag: Ersatzlos streichen

#3 | 22.06.2012 - 13:37 | Mitbestimmer | ID: 10886

0 Zustimmungen

Überflüssig

da schliesse ich mich an

35. Text-Fragment | ID: 10093

Open (Government) Data

36. Text-Fragment | ID: 10094

Als Open (Government) Data (Fußnote: Nachfolgend wird nur der Begriff Open Data verwendet.) wird die öffentlich verfügbare Bereitstellung von Datenbeständen der öffentlichen Hand, in der Regel in Form von Rohdaten zur Nutzung, insbesondere durch Weiterverwendung und Weiterverbreitung, bezeichnet. Ausgenommen hiervon sind personenbezogene Daten sowie Daten, die anderweitig schutzwürdig sind (z.B. sicherheitsrelevante Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse).

#1 | 05.06.2012 - 16:46 | agon | ID: 10234

1 Zustimmung

PSI

wieso nicht PSI. Public Sector Information. Genau das ist gemeint und europaweit reguliert mit einer Richtlinie. Warum den neuen Begriff Open Data einführen, wenn es schon Begriffe für den Sachverhalt im Gesetzrahmen gibt. Richtlinie 2003/98/EG (PSI-Richtlinie), in Deutschland umgesetzt durch das Informationsweiterverwendungsgesetz.

#2 | 07.06.2012 - 09:37 | mklenke | ID: 10350

0 Zustimmungen

Rohdaten...

Den Satzteil "in der Regel in Form von Rohdaten" würde ich streichen. Es gibt eine Vielzahl aufbereiteter Daten die der Veröffentlichung harren, wieso sollte man den Fokus auf Rohdaten legen?

#3 | 08.06.2012 - 12:43 | deBaernd | ID: 10532

1 Zustimmung

Rohdaten machen sinn

Rohdaten machen deswegen sinn, weil bei bereits aufbereiteter Daten automatisch Dinge rausfallen, die für die jeweilige Aufbereitung nicht von Interesse waren. Jetzt kommt jemand anderes und hat ne Idee, was mit den in den Rohdaten, aber nicht in den aufbereiteten Daten, vorhandenen Daten geschehen kann. Dieser kann seine Idee dann ohne die Rohdaten nicht

umsetzen und es geht vielleicht eine wichtige Information unter.

#4 | 15.06.2012 - 17:51 | MPA | ID: 10711

0 Zustimmungen

Quellen der Definitionen? EU-/international kompatibel?

#5 | 21.06.2012 - 16:42 | Tobias | ID: 10816

3 Zustimmungen

Doppelte Definition Open Data

Warum wird Open (Government) Data zweimal definiert (bereits auf Seite 7). Die beiden Seiten sollten zusammengefasst werden. Außerdem sollten diese Definitionen an den Anfang des Dokuments.

#6 | 22.06.2012 - 00:16 | @anked | ID: 10834

1 Zustimmung

ergänzend: offene Formate/Lizenzen, maschinenlesbar, kostenfrei, für jede Art von Nutzung

Open Data bringen dann Mehrwert, wenn man möglichst viel mit ihnen anstellen kann. Das ist dann der Fall, wenn sie in möglichst verschiedenen offenen Formaten mit hohem Verbreitungsgrad angeboten sind, maschinenlesbar, kostenfrei und über eine offene Lizenz freigegeben sind für jede Art der Nutzung - auch kommerziell. Richtig ist die Abgrenzung von personenbezogenen Daten und von sicherheitsrelevanten Daten, jedoch ist als Standard die Offenheit von Daten festzulegen und Ausnahmen sind nach klaren Kriterien zu begründen. Ausnahmetatbestände dürfen nicht als Verhinderungstaktik eingesetzt werden, um Daten nicht zu veröffentlichen.

#7 | 22.06.2012 - 13:45 | Mitbestimmer | ID: 10887

0 Zustimmungen

Bitte auf <http://opendefinition.org/okd/> verweisen

Keine neue nationale Definition!
Besser: Open Government Data schließt sich der Definition deran.
Und: natürlich an den Anfang stellen.

37. Text-Fragment | ID: 10095

Open Data kann von Bedeutung für die drei Teilbereiche von Open Government sein. Die Bereitstellung von Daten kann Transparenz erhöhen (z.B. Verwendung von Haushaltsmitteln wird sichtbar), Teilhabe fördern (z.B. durch verbesserte Informationsbasis für eine Mitwirkung im Rahmen eines Bürgerhaushalts) und neue Kooperationsformen ermöglichen (z.B. Entwicklung von Apps auf der Basis von Geodaten). Eine entscheidende Bedeutung hat Open Data für den Teilbereich Transparenz – wobei Transparenz auch ohne Open Data denkbar ist. Der besondere Mehrwert von Open Data liegt vor allem darin, durch Verknüpfung von maschinenlesbaren Daten neue Informationszusammenhänge aufzuzeigen.

Open Data hat damit auch Potential z. B. in den Bereichen Innovations- und Wirtschaftsförderung.

#1 | 07.06.2012 - 09:43 | mklenke | ID: 10351

1 Zustimmung

UG

Eine Triebfeder für Offene Verwaltungsdaten kann auch die aus den Umweltinformationsgesetzen resultierende Verpflichtung zur aktiven Verbreitung von Umweltinformation durch die öffentliche Verwaltung sein. Die UIGs fassen den Umweltbegriff dabei sehr weit. Proaktive Datenveröffentlichung senkt darüber hinaus (hoffentlich) den aktuell durch Einzelfall-Antrag entstehenden Arbeitsaufwand innerhalb der Verwaltung.

#2 | 08.06.2012 - 11:42 | Romi | ID: 10526

1 Zustimmung

Vorsicht bei der Trennung öffentlicher und wirtschaftlicher Interessen

Derzeit werden Daten verknüpft (von wirtschaftlich tätigen Unternehmen), die gar

nicht verknüpft werden solle. Mit diesen Datenblasen wird schon jetzt in idiotischer Weise am Markt gehandelt: Datenverkauf von vermeintlichen „Zielgruppen“. Es ist hoheitliche Aufgabe des Staates, Bürger vor Fehlentwicklungen zu schützen und wirtschaftliche Interessen hinter Gemeinwohl-Interessen zu stellen.

#3 | 20.06.2012 - 19:47 | | ID: 10778

0 Zustimmungen

Open Innovation fehlt

Dieser Aspekt wird hier zu wenig behandelt. Es geht auch um einen Wissens- und Ideenreicherung der Verwaltung durch die Bürgerschaft. Dies geht natürlich nur, wenn die entsprechenden Grunddaten als Open Data vorliegen. Auf dieser Grundlage lassen sich konkrete Aufgaben für Schulen, Hochschulen, Universitäten oder auch Unternehmen entwickeln. Diese werden dann durch diese gelöst, durch die Gemeinschaft bewertet und durch die Verwaltung umgesetzt. Grenzen sind dabei die verfügbaren Geldmittel und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung.

#4 | 21.06.2012 - 16:39 | Tobias | ID: 10815

0 Zustimmungen

Kein DEnglisch

Bitte deutsche Begriffe verwenden. Nicht "Apps" sondern "Anwendungen". Ich weiß, dass der Begriff mittlerweile bekannt ist, aber in der Schriftform würde ich ihn dennoch nicht verwenden.

#5 | 22.06.2012 - 00:09 | @anked | ID: 10833

1 Zustimmung

Volle Zustimmung!

Noch besser wäre es, wenn statt "Open Data kann..." im ersten Satz stünde "Open Data IST von Bedeutung für die 3 Teilbereiche".

Open Data führt zu einer Weiterentwicklung demokratischer Prozesse - bessere Möglichkeiten der Beteiligung; neue Services - die nah an den Wünschen von BürgerInnen sind und vermutlich vom Staat nicht finanzierbar; und JA - es schafft enorme Innovations- und auch Wirtschaftspotenziale. Daran ist nichts schlechtes. Eine Vermischungproblematik kann ich nicht erkennen.

38. Text-Fragment | ID: 10120

Open Data – Kriterien:

Der Diskussion um Open Data liegen die zehn sog. Open Data – Kriterien (Fußnote: Kriterien wurden 2007 von der Nichtregierungsorganisation Sunlight-Foundation als Maximalforderungen an die Bereitstellung von Daten aufgestellt und seither weiterentwickelt.) zu Grunde.

- Vollständigkeit
- Primärquelle/Rohdaten
- Zeitnahe Bereitstellung/Echtzeit
- Einfachheit des Zugangs
- Diskriminierungsfreiheit
- Dauerhafte Verfügbarkeit
- Maschinenlesbarkeit
- Offene Standards/offene Formate
- Lizenzfreiheit
- Kostenfreiheit

#1 | 05.06.2012 - 16:37 | agon | ID: 10220

0 Zustimmungen

Ist ja gut, aber

Ich stimme vollkommen überein, das sind die wichtigen Kriterien, die auch im Papier noch etwas breiter dargestellt werden sollten.

Mir ist nur nicht klar, wie es sich mit der Würde eines öffentlichen Amtes verträgt, ausgerechnet eine amerikanische Lobbyorganisation zu zitieren.

#2 | 07.06.2012 - 09:51 | mklenke | ID: 10353

2 Zustimmungen

Kriterien sollten an deutsche Verhältnisse angepasst werden

Kriterien sollten an deutsche Verhältnisse angepasst oder zumindest detaillierter erläutert werden. Lizenzfreiheit ist nicht realistisch. Ich kenne kaum eine Behörde, die nicht zumindest auf Attributierung Wert legt, was m.E. auch nachvollziehbar

ist. Die (für den Datenanbieter) befriedigende Regelung von Haftungsfragen spielt bei der Bereitschaft zur Datenveröffentlichung ebenfalls eine große Rolle und wird normalerweise in den Lizenzbedingungen geregelt. Wie ist der Punkt "Diskriminierungsfreiheit" in diesem Zusammenhang zu verstehen?

#3 | 13.06.2012 - 10:25 | GMHPG | ID: 10650

0 Zustimmungen

Kriterien

Es sollten Begriffe aufgenommen werden wie Richtigkeit, Relevanz, Vergleichbarkeit.

#4 | 20.06.2012 - 11:06 | christianheise | ID: 10751

0 Zustimmungen

Gut

Bin positiv überrascht, dass die Kriterien der Sunlight-Foundation hier aufgenommen werden.

#5 | 22.06.2012 - 00:18 | @anked | ID: 10835

0 Zustimmungen

Zustimmung - diese Kriterien sind wichtig und sollten auch in Deutschland die Basis für Open Data sein

dem Titel habe ich nichts hinzuzufügen. Für keines der Argumente kann ich mir einen Sonderfall "Deutschland" sinnvoll vorstellen.

39. Text-Fragment | ID: 10123

Für die Umsetzung von Open Data erscheinen die nachfolgend aufgeführten, an die Open Data – Kriterien angelehnten Aspekte besonders bedeutsam; die Definitionen berücksichtigen die besonderen Rahmenbedingungen in Deutschland.

40. Text-Fragment | ID: 10127

Rohdaten (Primärquelle)

Rohdaten liegen vor, solange die erhobenen Daten nicht akkumuliert und noch nicht bewertet wurden. Im Einzelfall können die Daten bereits bearbeitet sein, um sie handhabbar zu machen oder um rechtliche Vorgaben (z.B. Datenschutz, Statistikgeheimnis) zu erfüllen.

#1 | 07.06.2012 - 09:59 | mklenke | ID: 10355

0 Zustimmungen

Rohdaten

Rohdaten mögen für manche fachlichen Bereiche angemessen und wünschenswert sein. Ich würde trotzdem nicht den Fokus künstlich darauf einengen. Viele Verwaltungsdaten sind aufbereitet und von großem Interesse. Bsp.: Schutzgebietsgrenzen, viele statistische Daten und und und. Wichtig ist die Dokumentation der vollzogenen Arbeitsschritte in den Metadaten zu den Daten. Der Nutzer kann dann selbst entscheiden, welche Art von Daten seiner Fragestellung angemessen ist.

#2 | 14.06.2012 - 14:20 | | ID: 10680

0 Zustimmungen

Welche Rohdaten konkret?!

An welche Rohdaten ist denn konkret gedacht? Ohne eine konkrete Nennung keine sinnvolle Stellungnahme!

#3 | 20.06.2012 - 11:10 | christianheise | ID: 10753

1 Zustimmung

Rohdaten sind zwingend notwendig

Die Interpretationshoheit der Verwaltung muss gebrochen werden, das gebietet der Grundsatz. Dabei geht es nicht um ein "gegen die Verwaltung" sondern ein "mit und für die Verwaltung".

#4 | 21.06.2012 - 15:50 | miguellopez | ID: 10800

0 Zustimmungen

Offene Rohdaten

Rohdaten können in geschlossenen Formaten vorliegen. Sofern eine Umwandlung möglich ist, sollten offene Formate für offene Daten verwendet werden.

Nicht nur Rohdaten sind für die Weiterverwendung interessant, auch Sekundärdaten (z.B. Umsetzung von Geokoordinaten in Postleitzahlen) können Mehrwerte schaffen und erleichtern die Zugänglichkeit. Korrekturen und Veränderungen sollten dabei transparent protokolliert werden.

41. Text-Fragment | ID: 10129

Maschinenlesbar

Grundsätzlich sind alle von Software interpretierbaren Daten maschinenlesbar. Im Zusammenhang mit Open Data werden darunter vor allem solche Datenformate verstanden, die eine Weiterverarbeitung ermöglichen. Die zu Grunde liegende Datenstruktur und entsprechende Standards müssen öffentlich zugänglich sein und sollten vollständig publiziert und kostenfrei erhältlich sein.

#1 | 05.06.2012 - 15:48 | | ID: 10191

1 Zustimmung

Auch Fachstandards sind notwendig

Damit Daten maschinenlesbar sind reicht es nicht aus, dass sie in einem Standardformat exportiert vorliegen. Damit OpenGovernment zum Fliegen kommt, müssen vergleichbare Daten auch in entsprechenden, einheitlichen Datenstrukturen vorliegen, so dass sie über Verfahrens- und Verwaltungsgrenzen hinweg verarbeitet werden können. Nur dann kann OpenGovernment über den reinen Transparenzeffekt hinaus Nutzen stiften. Der flächendeckende Einsatz von ÖV-Standards wäre hierzu ein probates Mittel, sofern der entsprechende Katalog zügig und umfassend weiter ausgebaut wird.

#2 | 05.06.2012 - 16:51 | agon | ID: 10238

0 Zustimmungen

Maschinenlesbarkeit ist wichtig

Die Entwicklung von eigenen Standards ist weniger wichtig als Maschinenlesbarkeit, damit Daten extrahiert werden können.

#3 | 05.06.2012 - 16:52 | jk | ID: 10240

0 Zustimmungen

Historisierung von Daten

Bei Datenbeständen, die sich im Laufe der Zeit verändern können (z.B. Geodaten) sollte mit einfachen Mitteln auswertbar sein, was sich seit einem beliebigen Datum verändert hat, damit diese Änderungen in abgeleiteten Datenbeständen nachgeführt werden können.

#4 | 05.06.2012 - 23:05 | marbeck | ID: 10278

1 Zustimmung

Fachstandards - doch, bitte

Wenn jede der >13.000 Kommunen die "gleichen" Daten in einem anderen maschinenlesbaren Format veröffentlicht, wird es wohl kaum Anwendungen geben, die alle diese Daten bearbeiten können. Das erinnert dann an die früheren Zustände bei der KFZ-Anmeldung...

"Maschinenlesbarkeit" ist ja kein Selbstzweck.

#5 | 06.06.2012 - 08:41 | | ID: 10291

1 Zustimmung

Schnittstelle Webservices (WSDL) nicht vergessen!

Nicht nur maschinenlesbare Formate sondern auch von Maschinen über Webservices automatisch abrufbare Informationen erlauben neue Mehrwerte. Z. B. können die Öffnungszeiten und Ansprechpartner von Behörden bei einer Zurverfügungstellung über Webservices automatisch in Formulare übernommen werden.

#6 | 07.06.2012 - 10:11 | mklenke | ID: 10356

1 Zustimmung

Einigung über Formate und Schnittstellen

Es sollte in den verschiedenen Fachcommunities, bestenfalls auch darüber hinaus (soweit das Sinn macht) über ein einheitliches Format incl. Datenmodell sowie über eine (Web-)Schnittstelle zumindest nachgedacht werden. Wichtig ist aus meiner Sicht für beides Einfachheit, Erweiterbarkeit und Robustheit. Geeignete Formate kann man in der einschlägigen Literatur finden, XML, RDF, etc. Als Basis einer Metadaten austausch- und Harvesting-Schnittstelle könnte das OpenSearch-Format geeignet sein. Die fachlichen Datenmodelle werden sich je nach Fachgebiet stark unterscheiden. Ein kleiner, verpflichtender Basissatz an gemeinsamen Elementen sollte aber vereinbart werden, um eine sinnvolle katalogübergreifende Datenrecherche bzw. Syndizierung/Indexierung zu ermöglichen. Wer könnte solche Diskussionen koordinieren und die unterschiedlichen "Stakeholder" innerhalb der Verwaltung zusammen bringen?

42. Text-Fragment | ID: 10131

Lizenzierung

Nutzungsbestimmungen (Lizenzen) legen fest, welche Nutzung unter welchen Voraussetzungen zulässig ist. Klare, einfach handhabbare und einheitliche Nutzungsbedingungen fördern die Weiterverwendung und Weiterverbreitung. Diese Nutzungsbedingungen sind unabhängig von etwaigen Entgeltregelungen. Orientierung können die Standard-Lizenzverträge des Creative Commons geben.

#1 | 05.06.2012 - 16:45 | jk | ID: 10231

0 Zustimmungen

Problematiken von CC

Es sollte die Vererbungsproblematik von CC-BY berücksichtigt werden. Die Namensnennung sollte hier nur bei erstmaliger Integration in eine anderes Werk erforderlich sein.

Durch die zunehmende Bedeutung von Datenbanken sollte auch eine Weiterverarbeitung unter ODbL möglich sein.

#2 | 05.06.2012 - 20:10 | woksoll | ID: 10265

1 Zustimmung

Amtliche Werke §5 UrhG

Für Amtliche Werke (also Daten der öffentlichen Verwaltung) sollte auf CC verzichtet werden, da nach §5 UrhG diese sowieso urheberrechtsfrei sind. Eine Namensnennungspflicht z.B. nach CC stellt für den deutschen Rechtsraum dann eine Verschlechterung dar gegenüber dem jetzigen Urhebergesetz. Bisher kann für urheberrechtsfreie Amtliche Werke auf Lizenzierung verzichtet werden.

#3 | 07.06.2012 - 10:20 | mklenke | ID: 10357

0 Zustimmungen

§5 UrhG passt nicht

@woksoll: Das ist eine sehr offensive Auslegung von §5 UrhG. Dort geht es in

erster Linie um Gesetzestexte und amtliche Veröffentlichungen in Schriftform. Das ist nicht das, was wir hier unter "Opendata" verstehen. Das in §5(2) UrhG in Spiel gebrachte "Änderungsverbot" (§62 UrhG), steht darüber hinaus dem Opendata-Gedanken diametral gegenüber.

#4 | 07.06.2012 - 23:43 | woksoll | ID: 10510

1 Zustimmung

§5 UrhG passt hervorragend

Es ist doch richtig, wenn in amtlichen Daten z.B. die Schwefeldioxidbelastung oder die Schwebstaubbelastung nicht geändert werden dürfen. Oder wenn Kaufpreise von Immobilien oder die Mietpreise im Mietspiegel veröffentlicht werden, dass diese nicht geändert werden. Eine Pflicht dagegen, nach CC den Namen einer Person für den Urheber der Messdaten veröffentlichen zu müssen, ist grober Unsinn und schafft personenbezogene Daten nach BDSG, die eine Verbreitung als Open Data verhindern.

Zudem geht es nicht um Bekanntmachungen im amtlichen Interesse nach §5 Abs2. sondern um Bekanntmachungen von offenen Daten im Interesse der Bürger nach Absatz 1. Und die sind urheberrechtsfrei nach deutschem Recht. Darüber hinaus besteht kein Änderungsverbot nach §63, sondern Änderungen sollen kenntlich gemacht werden.

Das Stellen unter CC von amtlichen Werken ist eine urheberrechtliche Verschlechterung. Warum sollten wir bei der Befreiung von Daten so einen Unsinn machen?

Der perfide Missbrauch des UrhG zur Verhinderung von Open Data wird vom Gesetzgeber geduldet und von Gerichten missbraucht:

<http://www.telemedicus.info/urteile/Urheberrecht/667-BGH-Az-I-ZR-18503-B...>

Wenn man hier nicht urheberrechtliche Klarstellungen durch den Gesetzgeber anstrebt, eröffnet man den Missbrauch durch Provinzrichter. Durch schwammige Vereinbarungen wie CC leitet man Beihilfe, dass sich die Verwaltung weiterhin in der Trutzburg einmauern kann und OD aussitzt

#5 | 11.06.2012 - 14:30 | alper | ID: 10617

0 Zustimmungen

CC0

Idealerweise wird eine CC0 Lizenz benutzt für maximale Weiterverbreitung.

#6 | 13.06.2012 - 11:43 | mklenke | ID: 10655

1 Zustimmung

§5 UrhG passt (leider) immer noch nicht :-)

@woksoll

In §5 UrhG Absatz 1 heisst es: "(1) Gesetze, Verordnungen, amtliche Erlasse und Bekanntmachungen sowie Entscheidungen und amtlich verfaßte Leitsätze zu Entscheidungen genießen keinen urheberrechtlichen Schutz."

Hier ist mit keinem Wort von "Daten" die Rede und ein Gericht wird wohl unter "Bekanntmachungen" im Zweifelsfall auch eher ein veröffentlichtes Ministerialblatt verstehen als einen Schwefeldioxid-Messwert. In dem von Ihnen zitierten Urteil heisst es dazu ausdrücklich:

==

aa) Eine amtliche Bekanntmachung setzt einen regelnden Inhalt voraus; sie erfasst nicht jede informatorische Äußerung eines Amtes ...

==

Vielleicht bedauerlich, aber so entschied der BGH. Auf was sonst sollen sich "Provinzrichter" beziehen? Mit fantasie- und wunschgetriebenen Maximalforderungen erreicht man nur, dass sich weiter gar nichts bewegt.

Unzutreffend ist, dass die Anwendung einer CC-Lizenz automatisch personenbezogene Daten schafft die (ggf.) DSGVO unterliegen und dann eine Weiterverbreitung behindern.

Meine Meinung ist, dass man die hier diskutierten "Öffnungsprozesse" nur erfolversprechend voran treiben kann, wenn man auch die verwaltungsseitig Betroffenen mitnimmt. Das sind u.a. die Datenerzeuger und -halter, die auf Namensnennung (ihrer Institution, sehr selten Person) z.B. oft Wert legen.

#7 | 14.06.2012 - 22:30 | woksoll | ID: 10685

0 Zustimmungen

@mklenke UrhG ist Gesetz, CC dagegen rechtlich nicht bindende Wunschvorstellung

"Eine amtliche Bekanntmachung setzt einen regelnden Inhalt voraus"
Das ist eine rechtsirrigte Meinung des BGH. Es gibt keine "amtlichen Bekanntmachungen" im UrhG. Es gibt "amtliche Werke" und Bekanntmachungen. Es gibt keine gesetzliche Grundlage, dass "amtliche Bekanntmachungen" (Wortschöpfung BGH) regelnden Inhalt voraussetzen. Es gilt, was im Gesetz steht, nicht was Provinzrichter unsachlich hineindichten.

Unsere Ordnung der Gemeinschaft ist so, dass der Souverän das Gesetz bestimmt (über sein Parlament). Nicht Richter freie Erfindungen für verbindlich erklären dürfen. Das UrhG ist kein rechtsfreier Raum.

CC ist überhaupt keine Rechtsvorschrift, an die wir Verwaltungshandeln binden können.

Was wollen Sie aus der Verwaltung machen? Eine Personality-Show für Verwaltungsmitarbeiter? Rechtskonformes Verwaltungshandeln nur bei Namensnennungsrecht des Ausführenden? Bitte, gehen Sie damit ins Parlament und versuchen Sie Mehrheiten beim Souverän dafür zu finden. Aber das Zurückhalten von Daten, deren Erstellung der Souverän bezahlt hat (denken sie an die Datenbanken im Urheberrecht: die gehören dem, der die Investitionen dafür trägt, nicht den exekutierenden Mitarbeitern).

Aber Sie zeigen sehr schön die Mechanismen, die Verwaltung und Justiz nutzen, um die Ausführung des Willens des Souveräns zu hintertreiben.

#8 | 19.06.2012 - 09:13 | mac_do | ID: 10728

0 Zustimmungen

für Datenbanken die ODbL

eine Standard-Lizenz für Datenbanken ist die ODbL - z.B. wird OpenStreetMap in Zukunft diese Lizenz nutzen.

<http://opendatacommons.org/licenses/odbl/>

#9 | 22.06.2012 - 00:21 | @anked | ID: 10836

0 Zustimmungen

Ja, Lizenzen müssen klar, einfach, sofort auffindbar sein und offene Nutzung erlauben

Creative Commons wären dafür ein guter Standard.

#10 | 22.06.2012 - 11:48 | woksoll | ID: 10866

0 Zustimmungen

Auch in Österreich sind Amtliche Werke urheberrechtsfrei

In A heisst es im Urhebergesetz:

"§ 7. (1) Gesetze, Verordnungen, amtliche Erlässe, Bekanntmachungen und Entscheidungen sowie ausschließlich oder vorwiegend zum amtlichen Gebrauch hergestellte amtliche Werke der im § 2 Z 1 oder 3 bezeichneten Art genießen keinen urheberrechtlichen Schutz."

Wir sollten darauf Wert legen, dass wir in der Open Government Gesetzgebung Behörden verpflichten, offene Daten als Amtliche Werke bekanntzumachen. Dann brauchen wir wegen der aktuellen Urhebergesetzgebung in D (§5 UrhG) und A (§7 UrhG) keinerlei Einschränkungen durch Lizenzen hinzunehmen. CC wäre eine Beschränkung gegen geltendem UrhG. Der Souverän muss frei auf sein Eigentum zugreifen können. Wie es das Gesetz vorsieht. Das ist wie Public Domain in USA. CC ist nur für Leute, die Urheberrechte haben. Die sollten wir dem Staat nicht neu einräumen.

43. Text-Fragment | ID: 10134

Kosten / Geldleistungspflichten

Der Begriff Kosten stellt eine betriebswirtschaftliche Größe dar; für die hiesige Begriffsdefinition wird der Überbegriff Geldleistungspflichten verwendet.

Geldleistungspflichten für die Nutzung von Daten können in Form von Gebühren (öffentlich-rechtlich) oder Entgelten (privatrechtlich) entstehen. Die Weiterverwendung der Daten wird besonders gefördert, wenn den Nutzern keine Geldleistungspflichten entstehen. Ausnahmen können in haushaltsrechtlichen und haushaltspolitischen Vorgaben begründet sein. Ein hierfür einzurichtendes Entgeltsystem sollte möglichst einfach sein.

#1 | 05.06.2012 - 15:50 | | ID: 10192

1 Zustimmung

Gebühren sind ein NoGo

Gebühren zu erheben für die Nutzung von Daten ist ein NoGo. Damit wird der Begriff Open obsolet. Datenbestände sind damit definitiv nicht mehr offen und fallen somit auch nicht mehr unter Open Data.

#2 | 05.06.2012 - 16:48 | Sebh2012 | ID: 10236

1 Zustimmung

Unfug

Es kann nicht sein dass der Bürger mit seinen Steuern eine Bürokratie finanziert und nachher von der Bürokratie abkassiert wird, wenn er von ihr Daten will. Das sind bits und bits, es hat nichts zu kosten, diese per API abzufragen. Punkt.

#3 | 05.06.2012 - 17:46 | agon | ID: 10252

0 Zustimmungen

PSI-Richtlinie

Diese Bestimmungen sind in der PSI-Richtlinie europaweit definiert hinsichtlich Mindeststandards.

#4 | 05.06.2012 - 22:26 | atrawog | ID: 10274

3 Zustimmungen

Widerspruch zu OpenGovernment

Es mag budgetär Notwendigkeiten geben auch weiterhin für einzelne Datensätze Geld zu verlangen. Es sollten jedoch schon klar sein, das eine solche Handlungsweise der Idee von OpenGovernment diametral entgegensteht. Weil nennenswerte Einnahmen nur mit ausgesprochen restriktiv Nutzungs bzw. Weitergabebedingungen erzielt werden können. Ohne diese reduziert sich die Zahl der Käufer und der Datenverkauf macht ökonomisch keinen Sinn mehr.

#5 | 06.06.2012 - 10:42 | | ID: 10307

1 Zustimmung

Verständliche Begriffswelt ist erforderlich

Die verwendete Begriffswelt sollte auf das Verständnis der Bürger zugeschnitten sein. Der Überbegriff Geldleistungspflichten trägt nicht zum Verständnis bei. Entscheidend ist, ob der Bürger etwa bezahlen muss oder nicht.

#6 | 07.06.2012 - 10:32 | mklenke | ID: 10386

1 Zustimmung

"Open" und Kosten passt nicht zusammen

Der Kostendiskussion sollte man in einem OGD-Eckpunktepapier nicht auch noch Vorschub leisten. Die, auch verwaltungsinterne, Erfahrung mit Bezahlssystemen zeigt, dass diese nie einfach und im Betrieb nicht unaufwendig sind. Tatsächlich denke ich, dass in vielen Fällen der durch diese Systeme entstehende Personal- und Betriebskostenaufwand höher ist, als die Einnahmenseite. Ich würde den Punkt streichen.

#7 | 07.06.2012 - 11:59 | Kopp | ID: 10462

0 Zustimmungen

Null Gebühren

...damit sich das wirklich jede/r leisten kann!

#8 | 08.06.2012 - 11:51 | Romi | ID: 10527

0 Zustimmungen

Kosten müssen ausgeglichen werden

Da der erhöhte Bearbeitungs-, Aufbereitung- und Pflegeaufwand von Daten (die EU-Richtlinien fordern in den nächsten Jahren eine Vielfalt an Bereitstellungen ein), nicht vom Himmel fällt, muss man sich über die Finanzierung Gedanken machen, z.B. wirtschaftlich nutzbare Datensätze zu einheitlichen Gebühren, Basisdaten und Informationen frei. Im Vorfeld muss die Ausstattung der datenerstellenden Fachdienste überdacht werden. Wenn dort keine finanziellen Engpässe entstehen ist eine kostenfreie Bereitstellung eher möglich.

#9 | 11.06.2012 - 14:10 | alper | ID: 10610

Keine Gebühren aber auch keine Kosten

Man weißt jetzt schon daß das Entgeltsystem nicht einfach wird. Deshalb müssen wir das vermeiden.

Die Daten müssen anfangs gar nicht bearbeitet oder andererseits etwa mit getan werden. Nur roh auf eine Website gestellt werden. Dafür kann man dann auch kein Gebühren anfordern.

#10 | 12.06.2012 - 09:38 | goerlitz | ID: 10622

1 Zustimmung

Differenzierung der Kosten

Dieser Absatz zu Kosten, Gebühren und Entgelten ist nicht selbsterklärend. Eine detaillierte Darstellung der zugrunde liegenden Wertschöpfungs- und Verwertungskette ist zwingend notwendig, damit klar wird, warum es Vorbehalte gib, Daten kostenfrei herauszugeben. Hierzu zählen zum Beispiel Kosten für

1. Datenerhebung
2. Datenaufbereitung
3. Pflege der Daten
4. Veröffentlichung der Daten
5. Betreiben der technischen Infrastruktur für Punkt 1-4

Dass für alle Punkte Kosten anfallen, dürfte klar sein. Es fehlt aber die Transparenz. Kein Bürger kann nachvollziehen, wieviel Steuergelder dafür ausgegeben werden. Daher ist unverständlich, warum für die Bereitstellung nochmals Gebühren und Entgelte zu zahlen sind.

Dass es in diesem Zusammenhang besonders wertvolle Daten gibt, wird leider nicht ausreichend thematisiert. Zum Beispiel sind sehr detaillierte Katasterdaten extrem wertvoll und ihre Erhebung aufwendiger.

Mit Open Data sind Gebühren und Entgelte allerdings nicht vereinbar, denn Open Data bedeutet per Definition, dass (Roh-) Daten frei (kostenlos) zur Verfügung gestellt werden.

#11 | 12.06.2012 - 18:45 | Andreas.Job | ID: 10638

1 Zustimmung

Kostenfrei ist nicht interpretabel

Der Grundsatz der Kostenfreiheit muss bedingungslos aufrechterhalten bleiben. Eine Geldleistungspflicht widerspricht diesem Grundsatz. Die erwähnten Ausnahmen aus "haushaltsrechtlichen oder haushaltspolitischen Vorgaben" lehne ich ab, da sie konstruiert werden können. Nur kostenfreie Daten sind Open Data.

#12 | 19.06.2012 - 12:04 | | ID: 10731

0 Zustimmungen

Kostenarten und Finanzierungsquellen

Aus der bisherigen Kommentierung ergibt sich, dass Open Data und der Grundsatz der Gebührenpflichtigkeit nicht recht zusammen passen. Für den weiteren politischen Diskurs sollte daher i. j. F. auch der internationale (nicht nur

EU-weite) Vergleich bemüht werden. Entscheidend für die Akzeptanz von Finanzierungsmodellen dürfte ferner die Transparenz über die Kostenarten & Finanzierungsquellen sein. Insofern ist "goerlitz" zuzustimmen. Es muss klar sein und bedarf der Entscheidung des Bundes- & der Länderparlamente, welche Aufwendungen in welcher Höhe aus den öff. Haushalten & welche aus Gebühren finanziert werden sollen. Aufwendungen für Datenerhebungen, -aufbereitungen & Pflege aufgrund bestehender gesetzlicher Anforderungen (mithin die ohnehin der Verwaltung obliegenden Fachaufgaben) dürfen dem Nutzer nicht nochmals durch Gebühr in Rechnung gestellt werden. Es kann also ansich nur um die (Zusatz-)Kosten der 'maschinenlesbaren' Verfügbarkeit und Transaktionskosten gehen (inkl. anteiliger Infrastrukturkosten). Im Ausgangspunkt sieht dies auch die EU-Kommission in ihrem Vorschlag zur Änderung der PSI-Richtlinie so (http://www.ec.europa.eu/information_society/policy/psi/docs/pdfs/directi...), auf den leider von den Bundesländern reflexartig pauschal ablehnend reagiert wurde

#13 | 20.06.2012 - 11:06 | Pit | ID: 10752

0 Zustimmungen

Geldleistungspflicht

Habe schon zu Nr. 4, 3. Spiegelstrich, des Eckpunktepapiers einen Kommentar abgegeben.

Die Grundideen von Open Government und Open Data sind doch Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit. Das bedeutet, dass jeder freien Zugang zu Daten der Verwaltung haben soll. Mal abgesehen davon, dass frei nicht immer kostenfrei heißt, reden wir doch nicht von einer freien Nutzung. Dass diese in manchen, v.a. kommerziellen Fällen Geld kostet, ist m.E. in Ordnung. Was nicht o.k. ist, ist, dass BürgerInnen oder Vereine Nutzungsentgelte zahlen müssen, wenn sie in einem kostenlos zu verteilenden Flyer einen Kartenausschnitt nutzen. Das sollte wirklich frei und kostenfrei sein, ebenso wie Kartennutzungen auf einem privaten Smartphone. Die Refinanzierung solcher freien Datenzugänge und -nutzungen darf gerne durch den Verkauf von hochwertigen Daten an Wirtschaftsunternehmen erfolgen. Pit

#14 | 22.06.2012 - 00:28 | @anked | ID: 10837

0 Zustimmungen

für Open Data dürfen keine Kosten anfallen - das widerspricht dem Geist von Open Government

Außerdem - wie in einem früheren Kommentar bereits geschrieben: alle Daten sind mit Steuergeld gesammelt worden, BürgerInnen haben sie mithin schon einmal bezahlt. Sie dafür noch einmal zur Kasse zu bitten, ist nicht legitim. Eine Trennung nach kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung ist auch nicht einfach, denn was, wenn eine App 79cent kostet und sowenig Leute sie kaufen, dass sie die Entwicklung nicht mal refinanziert. Sollen Entwickler dann auf Lizenzgebühren für Open Data sitzen bleiben? Was ist mit Anzeigeneinnahmen, Flattr Buttons neben Angeboten oder ähnlichem? Nein - Open Data und Gebühren, das geht nicht. Wenn ein Unternehmen jedoch Behörden beauftragt, bestimmte Daten extra FÜR das Unternehmen zu erheben oder zu bearbeiten, dann können dafür gern Entgelte genommen werden.

44. Text-Fragment | ID: 10117

Abgrenzung Open Government – E-Government:

45. Text-Fragment | ID: 10119

Open Government umfasst jede Aktivität in öffentlichen Verwaltungen, die Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit fördert, unabhängig davon, ob sie unter Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik (IT) erfolgt. Soweit Open Government unter Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik (IT) betrieben wird, handelt es sich hierbei auch um eine besondere Ausprägung des E-Government.

#1 | 05.06.2012 - 16:42 | agon | ID: 10227

0 Zustimmungen

Verbreiterung

Man sollte Open Gov auf die digitale Unterstützung beschränken. Der ausufernde Begriff, der hier gewählt wird, schadet nur und führt zu allgemeinen Eingriffen in die gewachsene Verwaltungskultur. Insbesondere wenn der Begriff verunklart und verbreitert wird, leidet die Umsetzbarkeit.

#2 | 05.06.2012 - 16:49 | Sebh2012 | ID: 10237

0 Zustimmungen

Widerspreche dem Kommentar vorher

Man sollte eben genau NICHT OpenGov auf die digitalen Aspekte beschränken, sonst kriegen wir dieses wichtige Reformthema nie aus den IT Abteilungen raus, wo es nicht hingehört.

#3 | 05.06.2012 - 17:43 | agon | ID: 10251

0 Zustimmungen

Kompetenz beachten und Tradition

Die deutsche Verwaltungskultur ist uneigener Teil unserer Kultur. Mit dem Schlagwort der Offenheit in diese bewährte Tradition einzugreifen ist etwas vermessen und respektlos. In jedem Fall muss man die Kompetenzen des aktuellen Prozesses beachten. Der IT-Planungsrat hat überhaupt keine Kompetenz für Verwaltungskulturreform! Er kann also gar nicht in diesem Bereich tätig werden. Wer also den Begriff verbreitert, der verwässert die Ergebnisse und

macht den Prozess ineffizient. Holistische Ansätze bedeuten zugleich auch immer das Ausweichen vor dem Konkreten. Dann können wir auch gleich die afrikanischen Diktatoren über "Den Wert der Humanität" quatschen. Für mich interessiert das Delta, das was dabei herauskommt, und das sind neue digitale Plattformen für die Bürgerpartizipation, die natürlich auch auf die Verwaltung zurückwirken, wie sollte es anders sein. Wenn man zu breit agiert, kommt dabei nichts rum, der Beispiele gibt es genug. Z.B. die Berlinstudie Stadt des Wissens mit ihrem gescheiterten Consultancygerede über bottom-up und top-down und so weiter. Gelesen, gelacht, gelocht. Alles ist besprochen, aber nichts kommt dabei rum. Oder die EU Lissabon-Strategie mit ihrem luftigen Ziel der Förderung der Innovation. Wie das gehen soll, nun solche Prozesse führen zu Consultancykrebs: Mehr Agenda, mehr Allgemeinheiten, noch mal von vorn diskutieren, tausend Baustellen und kein Richtfest. Entweder es kommt running code bei rum oder Opengov-Absichtspapiere ohne praktische Ergebnisse.

#4 | 05.06.2012 - 22:36 | Moderation MT | ID: 10275

0 Zustimmungen

@#3 Kritik üben und Respekt

Hallo agon,

vielen Dank für Ihren Beitrag. Eine kritische Diskussion über die Bestandteile von Open Government ist sehr erwünscht - allerdings möchten wir Sie darum bitten, die Dialogregeln (<http://e-konsultation.de/opengov/inhalt/regeln>) zu beachten und in Ihren Formulierungen respektvoll bleiben. Vermeiden Sie vor allem Formulierungen, wie "Consultancykrebs" und missverständliche Vergleiche ("afrikanischen Diktatoren").

Weitere Hinweise, welche Inhalte aus Ihrer Sicht für die Definition von Open Government nötig sind, bereichern die Diskussion. Sie können diese auch als Antwort zur übergeordneten ersten Frage einstellen:

<http://e-konsultation.de/opengov/text/1> _____

Mit freundlichen Grüßen,
Matthias Trénel (Moderation)

#5 | 09.06.2012 - 15:47 | philippmueller | ID: 10570

0 Zustimmungen

Abgrenzung zu "bestehenden" demokratischen Verfahren?

Ist dann eine Vereinfachung der Briefwahl auch ein Instrument von Open Government? Macht es wirklich Sinn, dass Open Government dass Technologien einsetzt eine Ausprägung von E-Gov ist? Ist das wichtig?

#6 | 13.06.2012 - 17:54 | luckf01 | ID: 10666

0 Zustimmungen

e-Gov / O.G.

Für mich ist diese Formulierung hinreichend klar!

#7 | 15.06.2012 - 17:53 | MPA | ID: 10712

0 Zustimmungen

zu spät und Definitionsquellen

Wie weiter oben kommentiert: es gibt anerkannte Definitionen, auf die hier verwiesen werden sollte.

#8 | 15.06.2012 - 17:54 | MPA | ID: 10713

0 Zustimmungen

IT?

heute: IKT, IuK, ...

IT greift zu kurz.

#9 | 20.06.2012 - 04:43 | wkeim | ID: 10741

1 Zustimmung

United Nations E-Government Survey 2012

Die "United Nations Division for Public Administration and Development Management(UNDPADM)" hat den "United Nations E-Government Survey 2012" http://www2.unpan.org/egovkb/global_reports/12report.htm veröffentlicht, der sicherlich Definitionen enthält.

#10 | 21.06.2012 - 16:50 | Tobias | ID: 10817

1 Zustimmung

Neue Begrifflichkeit "E-Government"

Wieso wird die eine neue Begrifflichkeit "E-Government" eingeführt? Wann wird dieser Begriff definiert oder auf Quellen verwiesen?

#11 | 22.06.2012 - 00:36 | @anked | ID: 10839

0 Zustimmungen

Open Government ist vor allem eine andere Grundeinstellung, wie Verwaltung Dienstleistungen erbringt und interagiert mit Bürgern

Open Government ist eine andere Kultur, gewissermaßen eine neue DNA für die Funktionsweise von Verwaltung. Offener, partizipativer, auf Augenhöhe mit BürgerInnen. Diese neue Grundeinstellung ist erst mal völlig unabhängig von Technologie oder wie man sie umsetzt. Ob jemand die Meinungen von BürgerInnen hören will und ernst nimmt, ist keine Frage der Technik. Wenn jemand in einer Behörde twittert, um Fragen von BürgerInnen zu beantworten, ist das Open Government aber nicht unbedingt eGovernment - auch wenn ITK einbezogen ist. Den ersten Satz teile ich also ganz, den zweiten nicht unbedingt.

#12 | 24.06.2012 - 20:24 | @homobil | ID: 10940

0 Zustimmungen

Schon auf Seite 1 klarstellen

"Open Government umfasst jede Aktivität in öffentlichen Verwaltungen, die Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit fördert, unabhängig davon, ob sie

Open-Government-Konsultation

unter Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik (IT) erfolgt."
Wunderbar! Diesen Satz hätte ich mir schon auf Seite 1 gewünscht. Das läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig.

46. Text-Fragment | ID: 10121

Government 2.0:

47. Text-Fragment | ID: 10122

Die Begriffe Open Government und Government 2.0 werden häufig synonym verwendet. Government 2.0 ist ein Sammelbegriff für den Einsatz von Web 2.0-Technologien in der internen und externen Kommunikation von Verwaltungen. Government 2.0 ist nicht zwangsläufig mit Open Government verbunden.

#1 | 05.06.2012 - 17:49 | agon | ID: 10253

1 Zustimmung

Beleg

Warum diesen Begriff überhaupt diskutieren? Es fehlen die Belege für die Behauptung der häufigen Verwechslung. Ich würde das alles einfach streichen.

#2 | 05.06.2012 - 21:21 | Clemense | ID: 10270

0 Zustimmungen

Wie unterscheiden sich Government 2.0 von Government 2.1 oder Government 1.9?

Die Aktualität von Modebegriffen ist naturgemäß beschränkt. Das "neue" am Begriff war lediglich, dass eine neue Version des "Government" diskutiert wird und dementsprechend die Versionsnummer von 1.0 auf 2.0 hochgezogen wird und man sich der Softwaresprache annähert. Der Modebegriff wird zunehmend durch "Soziale Medien" o.ä. verdrängt.

Ich unterstütze die Meinung von agon an dieser Stelle.

`Ne Verwechslung sehe ich eher zum Begriff "Smart Government" ;-)

#3 | 06.06.2012 - 09:32 | | ID: 10300

0 Zustimmungen

'eGovernment 2.0' hat seine Berechtigung

Es geht nicht um eine Versionsnummer von eGovernment, sondern um den Hinweis auf den 'Mitmach-Effekt' analog der Web 2.0-Welt durch den Einsatz von Social Media. Das ist ein erster wichtiger Schritt zur Öffnung und Beteiligung, wenn auch nicht im Sinne formeller Beteiligungsverfahren. Ich würde diesen Absatz so stehen lassen, bestenfalls ergänzen.

#4 | 11.06.2012 - 14:26 | alper | ID: 10616

0 Zustimmungen

Kein Web2.0

Das Ziel von eine Government 2.0 soweit man darüber sprechen kan ist die völlige Automatisierung von alle Verwaltungsprozessen. Alles was jetzt bürokratisch, geschlossen und nicht digital ist, kann man nach die Öffnung automatisieren. Dann gibt es eine Zuhnahme in Effizienz für die Bürger und eine Kostenreduktion für die Verwaltung.

#5 | 13.06.2012 - 17:57 | luckf01 | ID: 10667

2 Zustimmungen

Bitte streichen!

da für dieses Papier irrelevant.

#6 | 15.06.2012 - 17:54 | MPA | ID: 10714

0 Zustimmungen

mit was dann?

#7 | 20.06.2012 - 11:04 | christianheise | ID: 10750

0 Zustimmungen

Bitte streichen

inhaltlich falsch (es geht nicht nur um Kommunikation) und irrelevant

#8 | 20.06.2012 - 19:50 | | ID: 10779

1 Zustimmung

Nett, aber nutzlos

Terminologische Unterscheidungen sind für eine Diskussion sicher sinnvoll. Der IT-Planungsrat wird aber kaum die Diskussion so in seinem Sinne prägen können. Insofern soll dieser Begriff ins Glossar zum Eckpunktepapier wandern.

#9 | 22.06.2012 - 00:30 | @anked | ID: 10838

0 Zustimmungen

zutreffende Differenzierung, die mir notwendig erscheint, da es oft Verwirrung dazu gibt.

#10 | 24.06.2012 - 20:30 | @homobil | ID: 10941

0 Zustimmungen

Open Government impliziert Open Innovation

Open Government impliziert Open Innovation, eine Aufhebung von Innen und Außen und eine Aufhebung der klassischen Rollentrennung von Leistungserbringer und Leistungsempfänger.

48. Text-Fragment | ID: 10124

Web 2.0-Werkzeuge, Soziale Medien:

49. Text-Fragment | ID: 10126

Die Werkzeuge des Web 2.0 zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Kommunikation von vielen zu vielen erlauben. Sie sind leicht zu bedienen und interaktiv. Jeder Nutzer kann mitgestalten. Gängige Werkzeuge sind Wikis, Weblogs, soziale Netzwerke. Der Begriff soziale Medien wird weitgehend synonym gebraucht.

#1 | 05.06.2012 - 16:38 | agon | ID: 10222

0 Zustimmungen

Leeres Gerede

Der erste Satz ist eher peinlich.

#2 | 05.06.2012 - 16:51 | Sebh2012 | ID: 10239

0 Zustimmungen

Furchtbarer Textbaustein

Also hier ist noch viel Schreibarbeit notwendig. Das klingt schlimmer als aus einem Schulaufsatz kopiert. Wichtig ist vor allem die Erklärung dass das "Web 2.0" in dem Begriffsursprung nach O'Reilly das n-2-n Mitmachnetz definiert, das auch User Generated Content, Syndizierung (Feeds! Offene Standards! APIs! AJAX, etc) und eine Aufweichung der Interaktionweise im Web bedeutet. Ganz wichtig ist die Frage der Offenen Web Standards und die Technologie, die Mitmachen an Informationsverkehr erlaubt.

#3 | 07.06.2012 - 10:43 | mklenke | ID: 10418

3 Zustimmungen

Streichen

Die Begriffsdefinitionen sind in einem Eckpunktepapier m.E. fehl am Platz und sinnlose Seitenfüller. Es sollte ausschließlich kurz und prägnant um Inhalte gehen: Was wollen wir? Wie machen wir es?

#4 | 07.06.2012 - 12:04 | Kopp | ID: 10466

1 Zustimmung

Kritik unerwünscht?

Es fehlen kritische Hinweise auf Gefahren und Risiken der sog. sozialen Netzwerke.

#5 | 08.06.2012 - 12:00 | Romi | ID: 10528

0 Zustimmungen

Obacht vor „gängigen Werkzeugen“

Sicher sind die aufgezählten Werkzeuge verbreitet, ob sie aber daher tauglich sind für den Normalnutzer ist fraglich. Ich schließe mich der Kritik des vorherigen Beitrags an, was soziale Netzwerke angeht. Da wäre der Staat in der Aufgabe, nicht noch mehr unbedarfte Nutzer in deren „Fänge“ zu locken. Wikis sind Werkzeuge für Wissenschaftler, die oft noch nicht einmal von Studenten sinnvoll eingesetzt werden. Hier gibt es sicher auch schon einfacher und sicherer zu handhabende Werkzeuge. Auf jeden Fall sollten diese soziale Netze bzw. Diskussionsplattformen sowohl sicherheitstechnisch als auch von der Moderation her in der Obhut des Staates stehen.

#6 | 09.06.2012 - 15:50 | philippmueller | ID: 10571

0 Zustimmungen

viel-zu-viele :)

Manchmal sind es nicht viele-zu-vielen, sondern auch wenige-mit-wenigen - besser wäre, wenn man hier n-zu-n sagen würde. Wichtig ist auch, dass es eben nicht nur Kommunikation, sondern auch Wertschöpfung ist (Märkte oder Kickstarter).

#7 | 12.06.2012 - 16:55 | luckf01 | ID: 10635

1 Zustimmung

Streichen!

@ Romi: Stimme voll zu, dieser Absatz hat in einem Eckpunktepapier nichts zu suchen (Inhaltlich will ich mich ertg gar nicht auf die dort gemachten Aussagen einlassen).

#8 | 13.06.2012 - 11:38 | OGD | ID: 10654

1 Zustimmung

Mitgestalten?

Was kann der Nutzer bei den hier aufgeführten gängigen Werkzeugen eigentlich mitgestalten? Es wird suggeriert mit sozialen Netzwerken gestalten zu können. Ist das wirklich so oder sind dies nichts anderes als eine einfache Meinungsäußerungen? Der Absatz ist nicht differenziert genug (wie leider auch viele andere Absätze) und geht zudem gar nicht auf die eigentlichen Bürgerdialogwerkzeuge ein. Ich halte den gesamten Textabschnitt mit den Erläuterungen am Thema vorbei aufgenommen und bitte daher den Absatz komplett streichen.

#9 | 15.06.2012 - 17:56 | MPA | ID: 10715

0 Zustimmungen

Quellen der Definitionen?

Oder werden hier eigene/neue Definitionen eingeführt?

#10 | 19.06.2012 - 12:27 | ID: 10733

0 Zustimmungen

Bedeutungsgehalt allgemeiner Definitionen & Social Media

Ich schließe mich den kritischen Meinungsäußerungen zum Bedeutungsgehalt dieser Definitionen in einem Eckpunktepapier an. Für diskussionswürdig halte ich demgegenüber einen deutlichen Hinweis auf die in einigen Kommentaren ebenfalls zum Ausdruck gebrachte Sorge über die Auswirkungen sozialer Netzwerke auf die persönliche Selbstbestimmung des Einzelnen. Nur weil es mittlerweile auch im politischen Bereich (der Unbedarften) offenbar Mode geworden ist, Facebook & Co. zur Selbstdarstellung zu nutzen, entfällt damit noch nicht die staatliche Fürsorgepflicht gegenüber der Allgemeinheit, auf potenzielle Gefahren der Profilbildung im Internet hinzuweisen. Open Government und Social Media stehen da schon in einer gewissen Beziehung zueinander, die ein Aufgreifen im Eckpunktepapier sinnvoll erscheinen lassen könnte.

#11 | 21.06.2012 - 12:13 | Christian Scholz | ID: 10787

0 Zustimmungen

Konversation ist der Kern

Der Kern dieser Idee ist ja die Konversation und da mangelt es IMHO in der Politik doch sehr dran. Politiker verkünden lieber, anstatt mit den Bürgern offen zu diskutieren. Wie viele politische Veranstaltungen mag es geben, wo der Politiker kommt, eine Rede zum Thema hält, wo offensichtlich ist, dass es da wenig Ahnung von hat und dann schnell wieder verschwindet, ohne die Chance zu nutzen, sich dort bei den Experten zu informieren.

Das läuft gegenüber dem Bürger ja ähnlich und daher bedeutet Open Government vielleicht auch Politik + Web2.0 bzw. politischer Prozess 2.0, wo dann die Konversation von Beginn an im Mittelpunkt steht. Und genau dazu braucht es aber zunächst den Kulturwandel und vielleicht auch den Hinweis, dass das Internet ja auch für den Politiker sehr sinnvoll sein kann, da man eben direkter kommunizieren kann.

#12 | 21.06.2012 - 15:52 | miguellopez | ID: 10801

0 Zustimmungen

Definition nötig?

Problematisch bei der Schilderung sogenannter Web-2.0-Werkzeugen ist die Berücksichtigung aktueller (Weiter-) Entwicklungen; es kann immer nur ein Zeitpunkt erfasst werden. So gibt es z.B. Wikis, die eine starke Integration von sozialen Netzwerken aufweisen. Gleichzeitig geht die Verbreitung von klassischen Foren im Internet zurück und wird durch hochintegrierte Dienste abgelöst. Eine Begriffsdefinition im Eckpunktepapier ist deswegen zu überdenken, insbesondere weil solche Informationen tagesaktuell einschlägigen (freien) Webseiten entnommen werden können.

50. Text-Fragment | ID: 10128

Wiki:

Internetseite, die Nutzer lesen und ändern können, ermöglicht gemeinsames Bearbeiten von Texten.

#1 | 05.06.2012 - 16:52 | Sebh2012 | ID: 10241

1 Zustimmung

Dürftig

Sehr dürftige Definition was ein Wiki ausmacht. Wieso überhaupt diese banalen Pseudo-Definitionen am Ende, man muss doch in so einem Papier nicht erklären was ein Forum ist. Das ist doch von Software zu Software ohnehin unterschiedlich und verschmilzt doch immer mehr.

#2 | 22.06.2012 - 00:41 | @anked | ID: 10840

0 Zustimmungen

diese Beschreibung ist zu knapp. Gerade der Aspekt der Eignung für Wissenssammlungen kommt zu kurz.

Im Internet gibts unzählige bessere und detailliertere Definitionen von Wikis. Die o.g. Definition könnte auch einfach ein piratenpad sein, aber das ist kein Wiki. Ein Wiki hat zusätzliche Strukturen, Seiten und Unterseiten, Verlinkungsmöglichkeiten, Verschlagwortung, Diskussionsseiten, übersichtliche Versionskontrolle etc. Das alles hat ein piratenpad nicht.

51. Text-Fragment | ID: 10130

Forum:

Eine Plattform (ein „virtueller Platz“), auf der Nutzer Wissen, Erfahrungen, Meinungen und Gedanken austauschen und archivieren können.

52. Text-Fragment | ID: 10132

Blog (auch Web-Log) :
Tagebuchartige Internetseite; die Einträge (Postings, Posts) können meist kommentiert werden.

#1 | 07.06.2012 - 13:21 | Sebh2012 | ID: 10475

0 Zustimmungen

Unzureichend

Total nutzloser Absatz, der kern ist doch die demokratisierung und Einfachheit von Publikation, und vor allem die syndizierbarkeit, abonnerbarkeit, etc...
einfacher unbürokratischer Kommunikationskanal

#2 | 22.06.2012 - 00:44 | @anked | ID: 10841

0 Zustimmungen

auch hier: unzureichende Beschreibung

Es gibt so komplexe Blogs, mit mash up Komponenten, Linklisten, Kalendern, Blogrolls, Archiven - was weiß ich, die unterscheiden sich kaum noch von anderen Websites. Mit Tagebuchartige Internetseite und der "meist" Kommentierbarkeit ist das Phänomen Blog nicht hinreichend beschrieben.

53. Text-Fragment | ID: 10137

Soziale Netzwerke:

Plattformen zur Pflege sozialer Beziehungen: Menschen können sich untereinander virtuell verbinden (vernetzen) und somit Kontakte knüpfen bzw. pflegen. Soziale Netzwerke ermöglichen üblicherweise auch den Austausch von Nachrichten über einen integrierten Mailedienst.

#1 | 07.06.2012 - 12:01 | Kopp | ID: 10463

0 Zustimmungen

Das ist viel zu unkritisch gegriffen

Hier sollte man auf Risiken und Gefahren der sozialen Netzwerke mindestens hinweisen!

#2 | 07.06.2012 - 13:22 | Seb2012 | ID: 10476

0 Zustimmungen

Seltsam

liest sich so als ob es jemand geschrieben hätte der noch nie eins gesehen hat

#3 | 08.06.2012 - 15:41 | Moderation NJ | ID: 10536

0 Zustimmungen

Hinweis der Moderation

Liebe Teilnehmende,
gerne können Sie die Kommentarfunktion nutzen, um eigene Textvorschläge zu formulieren. Welche Begriffsdefinition würden Sie an dieser Stelle konkret vorschlagen?

Mit freundlichen Grüßen
Nils Jonas
Moderation

#4 | 22.06.2012 - 00:49 | @anked | ID: 10842

0 Zustimmungen

unpassende Beschreibung - bitte bessere Definition finden!

Open-Government-Konsultation

Mindestens enthalten sein sollten dabei:

einstellen von updates, erstellen von Profilen, hochladen von Links, Fotos, Videos, etc., "Teilen" von Informationen/Links, Bewerten von Informationen/Links. Manche haben Chat, Videochat etc (wie Facebook), andere haben eine private Messaging Funktion (wie Twitter). Im übrigen geht es gar nicht nur um Kontakte knüpfen und pflegen sondern auch um Verbreitung von Informationen und Meinungen (z.b. bei Twitter), wo oft weniger interessiert, ob Friedhelm Müller das liest oder Heidemarie Schulz sondern ob es 10 Menschen sind oder 1000, die mit einer Botschaft erreicht werden.

54. Text-Fragment | ID: 10138

Microblogging:

Bloggen mit Kurznachrichten (z.B. mit dem Dienst Twitter).

#1 | 07.06.2012 - 12:06 | Kopp | ID: 10467

0 Zustimmungen

Zwitschern - aber warum?

Es fehlen kritische Hinweise auf Gefahren und Risiken der sog. sozialen Netzwerke.

#2 | 07.06.2012 - 13:23 | Sebh2012 | ID: 10477

0 Zustimmungen

Genauer

wenn schon so ein Eintrag, dann auch erklären was genau dahinter steckt (folgen, erwähnen, mobile, Einfachkeit, neue Kultur der 150 Zeichen Kommunikation usw), und vor allem was es für Open Government bedeutet!

#3 | 08.06.2012 - 15:48 | Moderation NJ | ID: 10537

0 Zustimmungen

Hinweis der Moderation

Liebe Teilnehmende,
gerne können Sie die Kommentarfunktion nutzen, um eigene Textvorschläge zu formulieren. Welche Begriffsdefinition würden Sie an dieser Stelle konkret vorschlagen?

Mit freundlichen Grüßen
Nils Jonas
Moderation

#4 | 22.06.2012 - 00:53 | @anked | ID: 10843

0 Zustimmungen

Zu kurz. Außerdem nicht trennscharf zu "Soziale Netze"

Für mich ist Twitter auch ein soziales Netz. Es ermöglicht mir die Vernetzung mit Menschen, die ich kenne oder die ich gern kennen möchte. Auch hier gibts eigene Postfächer (DMs), man kann bilder, musik, videos und sonstwas

einbinden. Eine Bewertung der Dienste würde ich nicht in ein solches Dokument setzen, das paßt auch nicht in eine Definition.

#5 | 22.06.2012 - 13:08 | Sebastian Magnus | ID: 10882

0 Zustimmungen

Zweck unklar

Nicht nur der Begriff "Microblog" müsste hier genauer definiert bzw. abgegrenzt werden, sondern auch der Zweck sollte klarer definiert werden. Sollen Behörden Kurznachrichten für den Bürger verfassen, z.B. als aktuelle Zusammenfassung der momentanen Arbeit, sollen Bürger eine Plattform zur Diskussion untereinander bekommen, oder sollen Bürger per Kurznachricht ihren Behörden Feedback geben? Ohne eine Trennung der Anwendungsgebiete kann der Besucher die für ihn relevanten Informationen nur schwer herausfiltern.

1. Frage | ID: 10079

Was ist aus Ihrer Sicht der Kern von Open Government?

#1 | 05.06.2012 - 15:48 | Sebh2012 | ID: 10190

1 Zustimmung

Wieso erst jetzt?

Stand 6.9.2011 sagt das Dokument, jetzt ist der 5.6.2012, was ist in diesem halben Jahr passiert? Wieso wurde das Papier nicht früher öffentlich gemacht, warum findet die Konsultation erst jetzt statt?

#2 | 05.06.2012 - 16:16 | agon | ID: 10204

0 Zustimmungen

Open government

Bemerkenswert ist was fehlt: Open Source zum Beispiel steht vollkommen draussen. Offene Formate zum Datenaustausch mit den Behörden werden nicht gefordert.

Als Lösungsansatz ist nur dieses zentrale Portal suggeriert. Wer braucht so etwas überhaupt?

#3 | 06.06.2012 - 09:58 | | ID: 10303

0 Zustimmungen

Alibi-Partizipation?

Warum gelangt das nicht bereits in der Genese in einen öffentlichen Diskussionsprozess, warum erst im Sommer 2012? Was geschah in den letzten 9 Monaten inhaltlich? Wer hat wann was autorisiert?

#4 | 06.06.2012 - 10:40 | Kopp | ID: 10305

1 Zustimmung

Open source

Warum ist open source nicht berücksichtigt?

#5 | 06.06.2012 - 10:52 | Moderation MT | ID: 10309

0 Zustimmungen

@Alibi-Partizipation? @Wieso erst jetzt?

Open-Government-Konsultation

Hallo, diese Kommentare (Verwunderung über späte Konsultation, Zweifel an Relevanz der Konsultation) beziehen sich eher auf dieses Konsultationsverfahren selbst. Deswegen habe ich dazu eine Antwort in unserem Meta-Forum "Lob & Kritik" geschrieben: http://www.e-konsultation.de/opengov/lob_und_kritik

Danke fürs kritische Verfolgen der Konsultation – Matthias Trénel (Moderation)

#6 | 06.06.2012 - 11:52 | | ID: 10311

1 Zustimmung

nochmal Open Source

Wie bereits angesprochen, fehlt offensichtlich diese Komponente zumindest in den oberen Verwaltungsebenen (Bund, Länder). Als Kommune kämpfen wir derzeit mit docx- und xlsx-Dokumenten (wir setzen kein MSO ein) und erbitten immer wieder PDF-Formate (an odt oder ods ist definitiv nicht zu denken). Ein Kern von Open Government ist definitiv (wie bereits vom IT-Rat vor Jahren festgestellt) der Einsatz von offenen Formaten; was nützen mir Formate, die ich nur mit kostenpflichtiger Closed-Source-Software ordentlich lesen und/oder bearbeiten kann?

#7 | 07.06.2012 - 10:53 | JuergenVo | ID: 10422

2 Zustimmungen

Der Kern von Open Government

Für mich ist der Kern von Open Government aus der deutschen Übersetzung klar ersichtlich: "Offene Verwaltung/Regierung". Und dies bedeutet mehr Information, mehr Offenlegung von Daten (kostenlos und bei Notwendigkeit auch kostenpflichtig) und mehr Möglichkeiten in Diskussion mit den Beteiligten zu treten und an Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Diese Transparenz und auch die Kollaboration bedeuten dabei für mich nicht, dass dies elektronisch erfolgen muss - sondern "open" bedeutet auch offen für alle und somit muss ich jedem eine Partizipationsmöglichkeit eröffnen. Dabei ist Datensicherheit ein absolut limitierender Faktor. Die Frage, die für mich noch offen ist: Wenn sich die Regierung/Verwaltung dem Bürger/Wirtschaft/.... öffnet, bleibt dann die andere Seite der Kommunikation anonym oder gibt es dann auch Open Citizen und Open Economy - denn was von dem Government gefordert wird sollte und/oder könnte auch eine generelle Forderung nach Sicherheit, Datensicherheit - aber auch Offenheit aller sein, denn wer Transparenz wünscht - sollte auch selbst Transparent sein.

#8 | 07.06.2012 - 10:53 | Herr Ammermann | ID: 10423

0 Zustimmungen

Mit neuer Haltung und umgedrehtem Prinzip

Die Umkehrung eines Prinzips: Bisher wird Verwaltungshandeln grundsätzlich mit Amtsverschwiegenheit belegt, außer einige benannte Ausnahmen. Künftig wäre Verwaltungshandel grundsätzlich offen und zugänglich, außer einige klar bestimmte Ausnahmen.

Eine neue Haltung: Die Beschäftigten in öffentlichen Verwaltungen müssten sich unmittelbar der Bevölkerung und der Öffentlichkeit verpflichtet fühlen und nicht vorrangig von Weisungen aus der Hierarchie abhängig sein. Das erfordert selbst erarbeitete Souveränität, die im Wechselspiel mit auch institutionell gewährten Spielräumen richtig wirken kann. Angst vor falschen Entscheidungen durch

eigenständiges Handeln müsste abgebaut werden.
So ein Wandel dauert natürlich und wird kaum allein durch zentrale Strategien herbeigeführt.

#9 | 07.06.2012 - 18:35 | LeoKhiwi | ID: 10506

0 Zustimmungen

Einfacher ohne Mehraufwand

Von den drei Hauptbegriffen: "Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit" erscheint die Transparenz als der Kern von Open Government. Alle gefällten Entscheidungen sollten einfacher nachzuvollziehen sein.
Bei der Teilhabe und Zusammenarbeit erhoffe ich mir ein System, dass auch ohne meine Beteiligung läuft, aber dennoch jederzeit offen ist für meine aktive oder passive Teilhabe.

#10 | 07.06.2012 - 19:55 | HRM Andreas IV | ID: 10508

1 Zustimmung

"Dings-Da" Version von Open-Government?

Hallo, gibt es zukünftig auch eine "Dings-Da" Version von Open Government? Ich habe das Eckpunktepapier überflogen und nun einen "Knoten im Hirn"! Vielleicht könnten Sie sich ein mal von Grundschulkindern beraten lassen und Komplexe Sachverhalte auf "Dings-Da" Niveau herunterbrechen. Nicht jeder politisch Interessierter Mensch ist Akademiker! Ich z. B. bin Handwerker. Heute haben zehn Kinder in meinem Garten gespielt und vor Freude laut Gejuchzt. Wenn Sie den Bürger für Politik (und Verwaltung) interessieren möchten, sollten auch noch zehn spielende Kinder nach dem lesen des Eckpunktepapiers und einem Besuch vom Rathaus und Bundestag vor Lebensfreude strotzen und: "Freudekreisend durch die öffentlichen Verwaltungen toben", oder eben einer "Open-Government Online-Plattform". Also, bitte eine Open-Government "Handicap-Version" für Nichtakademiker. Danke.

#11 | 08.06.2012 - 11:03 | Romi | ID: 10513

0 Zustimmungen

Technisch offen, menschlich kooperativ und an tatsächlichen Bedarfen orientiert

Technischer Kern von Open Government sind frei austauschbare, plattform- und produktunabhängig nutzbare Datenformate, eine sichere Datenhaltung und benutzerfreundliche Zugänge zu den Daten. Menschlicherseits ist eine kooperative, einander respektierende Grundhaltung zentrale Bedingung. Die Entwicklung sollte sich m.E. mehr „bottom up“, also aus an der Basis vorhandenen Bedürfnissen heraus vollziehen.

Open Government Data darf nicht zu einer einseitigen Lastenverschiebung vom Steuerzahler als Finanzierer öffentlicher Daten zugunsten wirtschaftlich tätiger Unternehmen führen. Urheberrechte und Nutzungsbedingungen müssen klar geregelt werden. Die Ersteller nutzbarer Daten, häufig sind das die Kommunen, müssen finanziell und personell ausreichend ausgestattet werden, um die wachsenden Leistungen erbringen und um möglichst viele Daten für die Bürger frei zur Verfügung stellen zu können. Wichtig: Personalentwicklungspläne unter Berücksichtigung von sich ändernden Qualifikationen und sich in Qualität und Umfang weiterentwickelnden Arbeitsfeldern.

Zentrale, jedem bekannte und bewusste, konsolidierte, Prozess und Daten orientierte Schnittstelle zwischen Volk und Staat

Es sollte eine zentrale Adresse haben und auch die Wurzel zu den restlichen staatlichen Seite bilden, da es vom Charakter her, 'Die Schnittstelle zwischen Volk und Staat' darstellt.

Es sollte jedem bekannt sein und dies auch zyklisch wiederholend, wenn es den Kern des Austausches zwischen Staat und Volk darstellen soll. Hier ist das Problem, dass es eigentlich automatisch jedem Informationen liefern sollte (Art Newsletter), nicht jeder aber immer das möchte (Werbungscharakter). Vielleicht würde sich dies über eine Email Adresse, die er mit seinem Personalausweis erhält und worüber er die Informationen bekommt lösen. So hätte jeder Zugriff, ist aber von seinem privaten Leben getrennt.

Wichtig ist eine Wissensdatenbank samt Daten und auch den Prozessen und Services notwendig. Dabei ist es von Vorteil Wissensebenen und -tiefen zu integrieren.

Eine hohe Semantik in den Daten und Prozessen ist wichtig um die Feedback und Mitwirkungsrolle des Volkes zu ermöglichen, Wissen im Volk bilden zu können und um die Konstruktivität aufrecht erhalten zu können

#13 | 11.06.2012 - 08:52 | VG2012 | ID: 10581

0 Zustimmungen

Open Government

Der Kern von Open Government ist das Bereitstellen von Informationen von der Verwaltung für Bürger, Wirtschaft und Wissenschaft. Dieses Bereitstellen der Informationen schafft Transparenz und bildet somit die Grundlage für Partizipation und Zusammenarbeit.

Mithilfe von Open Government können Bürger und Verwaltung näher zusammenrücken; die Verwaltung ist nicht mehr länger eine Black Box.

Das alleinige Bereitstellen der Informationen ist hierfür der erste Schritt. Um letztendlich Partizipation und Zusammenarbeit zu erreichen, muss dem Bürger kommuniziert werden, wo er diese Informationen findet und wie er teilhaben kann.

#14 | 11.06.2012 - 11:13 | ID: 10594

1 Zustimmung

Open Government bedeutet Kulturwandel

Die Sprache der Behörden soll gepflegt, einfach und verständlich sein (Sprachgesetz in Schweden).

Mit einem solchem Vorgehen würde man vermutlich bei der Akzeptanz behördlicher Veränderungen skandinavische Zustände bekommen.

#15 | 11.06.2012 - 13:49 | ID: 10607

0 Zustimmungen

Öffnung von Regierung und Verwaltung für die Belange der Bürger

Wikipedia definiert Open Government als "... Synonym für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies

kann zu mehr Transparenz, zu mehr Teilhabe, zu einer intensiveren Zusammenarbeit, zu mehr Innovation und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen. Im angelsächsischen Sprachraum hat sich für diese Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, die Bezeichnung „Open Government“ durchgesetzt." Dem schliesse ich mich an.

#16 | 15.06.2012 - 15:15 | powertime | ID: 10693

4 Zustimmungen

Moderne Form der Bürgerbeteiligung

Aus meiner Sicht ist der Kern von Open Government, dass den Bürgern eine moderne Form der Bürgerbeteiligung zur Verfügung gestellt wird. Es ist ein geeignetes Mittel für die Bürger sich schnellstmöglich und ohne Aufwand in der Gesellschaft und in der Politik zu beteiligen und ihre Meinung zu sagen, auf die von der Politik und der Gesellschaft eingegangen wird. Mittels der modernen Kommunikationstechnologien wird diese Beteiligung begünstigt und beschleunigt. Mit Open Government kann der Bürger über seine eigene Zukunft entscheiden, ohne dass er viel Zeit verliert.

#17 | 18.06.2012 - 09:18 | gleichgesinnt | ID: 10720

0 Zustimmungen

Kulturwandel

Regierung und Verwaltung teilen ihr Wissen mit Bürgern. Bürger können besser informiert sein und daher fundierter an Entwicklungen teilhaben.

#18 | 18.06.2012 - 11:26 | | ID: 10724

0 Zustimmungen

Partizipation und Kooperation

Kern von Open Government ist die stärkere und nachhaltige Beteiligung von Bürgern und Wirtschaft bei Entscheidungs- und Arbeitsprozessen der Parlamente, Regierungen und Verwaltung mittels elektronischer IuK-Mittel.

#19 | 19.06.2012 - 16:18 | Chrissi | ID: 10739

0 Zustimmungen

Wissen ist Macht

Transparenz als wichtiges Ziel. Wissen teilen, dadurch möglicherweise Macht abgeben, aber Zustimmung und Verständnis gewinnen. Menschen müssen Zusammenhänge und Notwendigkeiten erkennen können. Verwaltungshandeln sollte also sich selbst begründen und erklären können. Dazu muss man Zusammenhänge erkennbar machen, mögliche Gefahren, die es abzuwenden gilt, aufzeigen usw. Verwaltungshandeln darf nicht Selbstzweck sein, sondern im Interesse der Gemeinschaft oder dem Schutz des Individuums dienen. Dafür wäre sicher ein intensives Durchforsten der Bürokratie erforderlich. Wer packt es ernsthaft an?!

#20 | 20.06.2012 - 16:10 | miguellopez | ID: 10765

0 Zustimmungen

Open Government bedeutet mehr Transparenz, mehr Teilhabe

und mehr Zusammenarbeit

... zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundlegende Voraussetzung dafür sind die Öffnung von Politik und Verwaltung gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft, sowie das Vertrauen, dass gemeinsam konstruktiv gearbeitet werden kann. Es gilt zusätzlich, das traditionell starke Eigentumsgefühl der Verwaltung an ihren Daten zu überwinden, sowie die selbstgestellte Anforderung der Verwaltung nur hochwertigste Daten zu veröffentlichen, abzuschwächen (diese Anforderungen sind berechtigt, aber auch hinderlich zugleich). In diesem Kreislauf, den die Verwaltung durch Teilnahme an Open Government betreten wird, müssen auch Fehlschläge akzeptiert werden, um zum Ziel zu gelangen. Aus Sicht der Wirtschaft bergen die nichtpersonenbezogenen Verwaltungsdaten einen großen Schatz, den es zu heben gilt, um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Dabei ist es im Interesse aller an einem möglichst frühen Zeitpunkt in den Dialog zur Gestaltung eingebunden zu werden. Über ein Eckpunktepapier hinaus, gibt es Themen, die durch einen offenen Diskurs frühzeitig erkannt und gelöst werden können (die Entwicklung von Standards und Schnittstellen, Datenkataloge und Indices) Die frühzeitige Einbeziehung der Interessengruppen hilft "Open Government" Fehlschläge zu vermeiden.

Kritische Punkte sind derzeit noch die unregelmäßigen Nutzungsbestimmungen zu den angebotenen Daten, ein eventuelles Preismodell bei gewinnorientierter Nutzung, sowie Klärungsbedarf der nötigen Kompetenzen für den IT-Planungsrat.

#21 | 20.06.2012 - 19:42 | ID: 10777

0 Zustimmungen

Ohne Kulturwandel geht es nicht

Open Government wird nur dann gelebt werden können, wenn sich in den Köpfen aller Beteiligten etwas sehr Konkretes ändert: die bisher durch Unkenntnis oder Ignoranz geprägte sich auf den anderen. Dann ist es auch viel eher und mehr selbstverständlich, dass die Verwaltung sich über Anregungen der Bürgerschaft freut und die Bürgerschaft beeindruckt ist von dem, was Verwaltung in Deutschland für ein gemeinsames Miteinander leistet. Hierzu ist eben der angesprochene Kulturwandel nötig. Technik und Recht sind dann nur noch Werkzeuge, um die richtigen Gedanken abzubilden. Insofern ist Open Government in erster Linie ein Bildungsprojekt.

#22 | 21.06.2012 - 12:17 | Christian Scholz | ID: 10788

0 Zustimmungen

Der Kern von Open Government ist Konversation

Bürger und Politiker scheinen im Laufe der Zeit verlernt zu haben, miteinander zu sprechen. Politiker verkünden gerne, Bürger meckern gerne (denn es bleibt einem auch nichts anderes übrig, wenn man oft nur das Endergebnis von Beratungen verkündet bekommt). Hier aber muss zurück zu einer Konversation kommen, die von Beginn an offen geführt wird.

Dazu aber braucht es einen Kulturwandel und zwar auf beiden Seiten. Politik muss sich öffnen und auch die Angst davor verlieren (Verwaltung auch) und Bürger haben dann vielleicht die Möglichkeit, eher mitzumachen, als nur zu meckern. Mitmachen geht aber nur, wenn man auch mitmachen lässt.

Open-Government-Konsultation

Insofern mag das Internet hier auch eine Chance bieten, denn a) kann man Informationen viel besser verteilen, aufbereiten etc. und b) kann man viel einfacher mit anderen Leuten kommunizieren.

Open Government sollte aber nicht nur online stattfinden, sondern auch offline. Hier ist dann die Herausforderung, den Online-Prozess und den Offline-Prozess sinnvoll zu verknüpfen, so dass es EIN Prozess ist.

Daran aber müssen alle zusammen arbeiten: Bürger, Politiker und Verwaltung.

#23 | 21.06.2012 - 17:25 | ID: 10818

0 Zustimmungen

proaktives Handeln

mir kommt in der aktuellen Debatte meistens die proaktive Komponente in der Umsetzung von OG zu kurz.

Es mag als ein minimaler Unterschied erscheinen, ob man von der "Öffnung des Staates" oder einem "sich öffnenden Staat" spricht, aber ich denke gerade letzteres verdeutlicht einerseits stärker dass es ein Prozess ist bei dem wir noch ganz am Anfang stehen und außerdem, dass dies Aktivität von allen Beteiligten in Politik und Verwaltung erfordert - insbesondere auf Führungsebene.

Warum wirbt keine Merkel und kein Friedrich stärker für diesen so wichtigen Kulturwandel?

Hier ist eindeutig ein Mehrengagement gefordert - wir brauchen Leitfiguren, die dieses so wichtige Thema auf hoher Ebene stärker vorantreiben!

#24 | 22.06.2012 - 10:42 | ddie | ID: 10849

0 Zustimmungen

Strategie für die Zukunft

Open Government ist eine Strategie um Regierungen fit für die Zukunft zu machen. Entscheidungsträger in Regierung und Verwaltung sollten die Prinzipien Offenheit, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Beteiligung und Zusammenarbeit als Chance für besseres Regierungs- und Verwaltungshandeln begreifen und entsprechend handeln.

#25 | 22.06.2012 - 11:15 | Open WeST @ Universität Koblenz-Landau | ID: 10863

0 Zustimmungen

Kern von Open Government

Open Government (OG) sollte die allgemeinen Entwicklungen im Web und in der Informations- und Kommunikationstechnologie abbilden, die den Bereich Verwaltung, Information und politische Meinungsbildungs- und Gestaltungsprozesse betrifft. Das heißt für uns, dass Verwaltung und Staat den immer vielfältigeren Möglichkeiten gerecht werden müssen, Informationen zu gewinnen, auszutauschen und zu nutzen bzw. die Nutzung durch Bürger zu ermöglichen, indem sie sich entsprechend öffnen, Prozesse anpassen und Meinungen in laufende Entwicklungen einbringen.

OG sollte demzufolge von einem traditionellen Top-Down-Handeln hin zu einem horizontal-vernetzten Handeln wirken. Beteiligte sollten in Verwaltungs- und Gestaltungsprozesse dynamisch eingebunden werden können. Dies fördert bessere Lösungen und eine verbesserte demokratische Teilhabe, da

Informationen und Hintergrundwissen unter den Akteuren besser verteilt werden.

Im Bereich Open Data (OD) reicht es z.B. nicht, wahllos Informationen ohne Hilfestellung und ohne bedarfsgerechte Benachrichtigung der Öffentlichkeit (sei es technische oder dokumentarische Hilfe) zu veröffentlichen. Vielmehr müssen klare Konzepte und Richtlinien (die offen einsehbar sind) bei der Veröffentlichung existieren, die es auch dem normalen Bürger erlauben, diese Informationen zu verstehen, weiterzuverarbeiten oder bspw. zu visualisieren. Hierbei ist das unterschiedliche Technikverständnis der Bürger zu beachten, sie sollten nicht benachteiligt werden.

#26 | 22.06.2012 - 11:25 | DerDennis | ID: 10857

0 Zustimmungen

Proaktiv, Transparent, Einbeziehend...

Open Government ist für mich der Ansatz, Politik und öffentliche Verwaltung so zu strukturieren, dass jeder Bürger jederzeit die Möglichkeit hat über alle Dinge die politische Entscheidungen und Handeln von Verwaltungen betreffen, informiert zu sein.

Dazu gehören transparente Entscheidungsprozesse, transparente Verträge die umfassend offen gelegt werden, Datenformate die es ermöglichen jederzeit Informationen zu erhalten ohne vorher in Software investieren zu müssen, die explizite Aufforderung an alle Bürger sich an Entscheidungen zu beteiligen und getroffene Entscheidungen zu kommentieren sowie jederzeit die Möglichkeit Einblick in alle relevanten Daten zu nehmen ohne vorher einen "Antrag" zu stellen der evtl. mit Kosten verbunden ist.

Alle diese Punkte sollten möglichst auch ohne den Einsatz von IT ermöglicht werden. Es handelt sich nämlich nicht um ein IT Konzept, sondern um das Recht jedes Bürgers Informationen zu erhalten, mit zu entscheiden und politisches sowie das Handeln von Verwaltungen zu beurteilen.

#27 | 22.06.2012 - 11:47 | | ID: 10865

1 Zustimmung

Keep it SIMPLE!

ein exakt formuliertes OG Eckpunktepapier ist goldwert - aber bitte denken Sie auch an von der Thematik gänzlich überforderte Mitbürger die sich trotzdem informierte wollen.

Kann man vielleicht eine "Open Government for Dummies" ähnliche Einführung voranstellen?

Bilder, Beispiele etc?

Wie erkläre ich einem Grundschüler Open Government und warum seiner Generation das spätestens auf die Füße fallen wird, wenn wir jetzt keine ordentlichen Grundlagen legen?

Danke!

#28 | 22.06.2012 - 11:59 | | ID: 10868

0 Zustimmungen

schule

Hallo,

Open-Government-Konsultation

Wir haben dieses Projekt im Sozialkundeunterricht angeschaut.
Es klingt sehr spannend aber warum schreiben Sie nichts in unsere Lehrbücher darüber? (über Open Government)
Wir dürfen nämlich keine Referate halten wo wir nur Blogs und Wikipedia benutzen.
das wäre sehr hilfreich!!
Dankeschön

#29 | 22.06.2012 - 16:15 | | ID: 10908

0 Zustimmungen

Kultur!

Open Government ist eine Kultur, in welcher durch offenes , transparentes, partizipatives und kollaboratives Regierungshandeln ständig versucht wird den gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess zu verbessern und Lösungen für aktuelle und künftige Problemstellungen zu finden.

#30 | 22.06.2012 - 23:23 | TomS | ID: 10920

0 Zustimmungen

Information

Frei zugängliche Informationen sind einerseits die Basis für Transparenz, andererseits sind nur gut informierte Bürger zur Teilhabe und Zusammenarbeit fähig. Informationen bilden daher das zentrale Element von Open Government.

#31 | 24.06.2012 - 23:02 | | ID: 10948

0 Zustimmungen

Kulturwandel!

Open Gov ist in erster Linie kein Technik- oder IT-Projekt. Sondern ein Change in Einstellung und Handeln von Politik und Verwaltung. Es erfordert einen Kulturwandel.

2. Frage | ID: 10063

Was erwarten Sie von einem offeneren Regierungs- und Verwaltungshandeln?

#1 | 06.06.2012 - 09:32 | | ID: 10301

0 Zustimmungen

Entscheidung sachlich nachvollziehbar und im Kontext dargestellt

Es sollten die wesentlichen sachlichen (keine pr-geneigte parteipolitische Aufladung nach dem üblichen Schwarz-Weiß-Muster) Aspekte, die einer Entscheidung/Initiative zugrunde liegen, kurz und knapp dargestellt werden. Unterschiedliche parteipolitische Positionen lassen sich ebenfalls sachlich darstellen. Die Entscheidung/Initiative sollte in den Kontext eingebettet werden - auch hier beschränkt auf die wesentlichen Aspekte/statistischen Daten. Am Beispiel der Blue Card z.B. Kontext "Demographischer Wandel". Was soll der Gesetzentwurf erreichen? Was sagen Opposition/Verbände dazu? Sind die statistischen Daten bestritten?

#2 | 08.06.2012 - 13:20 | Romi | ID: 10534

0 Zustimmungen

Bedarfsgerechteres Handeln

Mehr am Bedarf orientiertes, effizientes Handeln - weniger Lobbyismus, weniger „Zwänge von oben“.

#3 | 08.06.2012 - 17:42 | | ID: 10544

1 Zustimmung

Genauere Darstellung der Prozesse

Viele Unstimmigkeiten finden auf Grund mangelndem Wissen statt. Die Darstellungen vom Regierungs- und Verwaltungshandeln bedarf einer besseren Aufbereitung. Wichtig sind flache Ebenen und Tiefe Ebenen in der Darstellung. Es sollte auch das Ziel sein, ein Eingangstor für die Informationen zu bilden, so dass nicht mehr Tausende Seiten unterschiedliche Aussagen liefern. So ist hier auch die Feedback Rolle durch das Volk wichtig, die eingearbeitet werden sollten wichtig. Der Nachteil des Netzes von redundanten und nicht konsolidierten Information und dessen Auswirkungen sollte durch ein Opengov reduziert werden, für und durch beide Seiten - Staat und Volk

#4 | 11.06.2012 - 09:14 | VG2012 | ID: 10584

2 Zustimmungen

Transparenz

Ich erwarte mir von einem offeneren Regierungs- und Verwaltungshandeln mehr Transparenz über Informationen, aber auch Entscheidungen, die gefällt werden. Es soll ermöglicht werden, Entscheidungen und Entscheidungsfindungsprozesse klar nachzuvollziehen, indem Informationen hierüber bereitgestellt werden.

#5 | 15.06.2012 - 15:31 | powertime | ID: 10695

1 Zustimmung

Vertrauen

Von einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln erwarte ich einer Öffnung des Staates gegenüber den Bürgern. Die Beziehung zwischen Staat und Bürger wird damit enger. In Zukunft wird es damit leichter sein, sich als privater Bürger in der Politik und in der Gesellschaft zu beteiligen. Der Bürger wird dem Staat damit mehr Vertrauen schenken.

#6 | 16.06.2012 - 12:59 | Habbel | ID: 10718

2 Zustimmungen

Darstellung der Prozesse visualisieren

Um die Komplexität zu reduzieren wäre es wünschenswert, Prozesse stärker zu visualisieren und Informationen zu strukturieren. Mit maschinenlesbaren Daten können das auch engagierte Bürger, Initiativen oder Organisationen machen. Das muss nicht immer der Staat selber sein.

#7 | 21.06.2012 - 11:57 | Christian Scholz | ID: 10783

0 Zustimmungen

Miteinander diskutieren

Ich erwarte, dass man miteinander diskutiert und nicht nacheinander. Dieses Projekt hier zeigt ja schon wieder das Problem, denn von der Bund-Ländergruppe diskutiert hier keiner mit. Wenn wir aber dieses Thema zusammen voranbringen wollen, müssen wir auch miteinander reden. Und zwar direkt, nicht über den Umweg gefilterter Diskussionszusammenfassungen.

Daher sollten Partizipationsprojekte wie dieses nur noch gemacht werden, wenn die andere Seite hier auch aktiv ist. Ansonsten geht die Motivation schnell flöten und man tauscht ja vor allem keine Argumente aus.

#8 | 21.06.2012 - 12:00 | Christian Scholz | ID: 10784

0 Zustimmungen

Weniger Fokussierung auf die Probleme, dafür mehr auf die Möglichkeiten

Fast immer, wenn man dieses Thema diskutiert, passiert es, dass direkt erklärt wird, wo Transparenz oder Beteiligung bestimmt nicht funktioniert. Ausprobiert hat es freilich noch keiner, aber es reicht die Tatsache, dass man es sich nicht anders vorstellen kann. Hier würde ich mir wünschen, dass man das - auch via Moderation - zunächst einmal unterdrückt und stattdessen überlegt, wie man es

doch hinbekommt. Moderation ist hier wahrscheinlich der Schlüssel, und zwar auch Moderation von Politikern (wie bei Schlichtung S21 geschehen).

#9 | 22.06.2012 - 10:54 | ddie | ID: 10850

0 Zustimmungen

Bessere Demokratie

Open Government mit den Prinzipien Offenheit, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Beteiligung und Zusammenarbeit ist keine Modeerscheinung, sondern ein Ausdruck von einem neuen Demokratieverständnis. Bürger aber auch Entscheidungsträger aus allen gesellschaftlichen Bereichen vordem ihr Recht ein Zugang zu Informationen und Daten zu bekommen um Politik und Gesellschaft zu verstehen. Sie fordern ihr Recht ein sich als mündige Bürger an Entscheidungen zu beteiligen. Dieser trend wird in den nächsten Jahren stärker werden. Die Uhr lässt sich nicht zurück drehen. Regierungen und Verwaltungen werden nicht darum herum kommen auf diese Herausforderungen die richtigen Antworten zu finden und entsprechend zu handeln.

#10 | 22.06.2012 - 11:20 | Open WeST @ Universität Koblenz-Landau | ID: 10864

0 Zustimmungen

Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln

Im Zuge der massiv gestiegenen Informationsmengen auch in der Verwaltung und einer immer weiter beschleunigten Verarbeitung und Entscheidungsfindung sollte OG dem Bürger die Möglichkeit geben, mit diesen Entwicklungen schritthalten zu können. Die Tools und Methoden, sowie die dazugehörigen Daten und Informationen sollten als Selbstverpflichtung von Staat und Verwaltung bereitgestellt werden bzw. die Entwicklung entsprechend gesetzgeberisch und finanziell gefördert werden.

Dies als Zielsetzung fördert gemeinschaftliches Denken und politische Teilhabe der Allgemeinheit. Darüberhinaus ergeben sich dadurch neue und erweiterte Geschäftsideen und Möglichkeiten, aus den Daten und ihrer Verarbeitung Wertschöpfungsketten mit dem Ziel von Arbeitsplätzen und technologischen Know-How zu generieren.

Politisches Handeln erscheint i.A. schon auf lokaler Ebene für Bürger undurchschaubar und fremd, erst recht auf Landes-, Bundes- und schließlich EU-Ebene. Hier kann OG im Zusammenspiel mit geeigneten Maßnahmen ein Stück weit verbesserte Transparenz bringen, da politische Prozesse und zusammenhängende Informationen leichter oder sogar erst dadurch für den Bürger zugänglich werden. Insbesondere ergeben sich neue Möglichkeiten zur Teilhabe, da der Bürger nicht nur Konsument der Informationen ist, sondern eigene Inhalte veröffentlichen oder Feedback geben kann. Auch hier spielt die an unterschiedliche Gruppen angepasste Darstellung und Zugriffsmöglichkeit eine entscheidende Rolle.

3. Frage | ID: 10068

Mit welchen Maßnahmen kann der notwendige Kulturwandel aus Ihrer Sicht eingeleitet und gefördert werden?

#1 | 05.06.2012 - 17:25 | agon | ID: 10244

0 Zustimmungen

Kompetenz

Eine Initiative des IT-Planungsrates sollte im Kompetenz-Portfolios der digitalen Unterstützung bleiben und nicht in allgemeine Verwaltungskulturreform ausarten.

#2 | 08.06.2012 - 13:19 | Romi | ID: 10533

2 Zustimmungen

Information der Bevölkerung

Meiner Einschätzung nach sind bisher viel zu wenig Informationen über den geplanten Kulturwandel an die „normalen“ Bürgerinnen und Bürger gelangt. Dazu bedarf es aber einer verbraucherverständlichen Sprache und breit gestreuter Informationskanäle: Nachrichten, Presseartikel außerhalb der Fachberichterstattung etc., die auch die Mehrheit der Bevölkerung erreichen.

#3 | 08.06.2012 - 18:54 | | ID: 10545

0 Zustimmungen

Mittel zur Lösung von Problemen

Um den Kulturwandel durch ein Opengov beim Staat und beim Volk zu etablieren, sollte es als Lösung zu Problemen dienen. Die Erkenntnis, dass eine verbesserte Transparenz und Mitwirkung des Volkes, lösungsfördernd ist (verbesserte Darstellung von Daten und Prozessen, Erhöhung der Aufklärung, Feedbackschleifen, prozessoptimierung bei beiden Seiten) führt zur verstärkten Teilnahme. Es kann Diskussionen, die früher problemorientiert geführt wurden, zu lösungsorientierten wandeln. Dies sollte ein Schwerpunkt des OpenGov sein. Desweiteren kann es EU weit gedacht, dass EU-Volk 'mitnehmen' um eine EU Regierung zu etablieren. So dass jeder aus jedem Land sich seiner Position als Bürger und der Position des 'Staates' offen und ehrlich bewusst sein kann. Die Verwendung des Opengov zur Lösungsfindung bei Problemen sollte dabei in allen Größenordnungen vorliegen. lokal, regional, überregional, Land, Staat, EU Lösungsfindung kann z.B. Durch gemeinsames Erarbeiten von Volk und Staat eines Konzeptes sein, in dem Experten die Aufgabe des Mediators einnehmen. Die Rolle des Mediators sollte generell in einem Opengov im Bereich Teilhabe

vorhanden sein.

#4 | 11.06.2012 - 09:30 | VG2012 | ID: 10587

1 Zustimmung

breiteres Informieren der Bevölkerung

Die Bevölkerung muss über diesen Kulturwandel informiert werden. Am besten stellt man hierfür bereits einige Informationen für den Bürger bereit und bietet ihm hierbei auch gleich Partizipationsmöglichkeiten an. Das Ganze sollte einfach gestaltet werden. Wenn hierbei schon beträchtlicher Aufwand notwendig ist, wird es die Bürger eher abschrecken.

#5 | 11.06.2012 - 11:25 | dakoller | ID: 10596

1 Zustimmung

Festlegung, dass Informationen/Daten standardmässig öffentlich, frei, maschinenlesbar zu publizieren sind.

Wenn es Vorbehalte/Einschränkungen der Veröffentlichung gibt (z.b. Daten auf Personen heruntergerochen werden könnten etc.) soll das nicht bedeuten, daß die Daten nicht mehr öffentlich stehen sollen, sondern dann ist eine geeignete Maßnahme zu wählen, so daß unkritische Teile der Daten veröffentlicht werden können.

#6 | 11.06.2012 - 13:18 | konggorm | ID: 10604

2 Zustimmungen

Voraussetzung schaffen

Um den gesamten Prozess überhaupt einleiten zu können, ist es unabdingbar, die technische Voraussetzung für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Es gibt leider noch zu viele Orte, gerade auf dem Lande, in denen es nur einen eingeschränkten Zugriff zum Internet gibt. Soll eine Akzeptanz zum Open Government erreicht werden, so darf man niemanden ausgrenzen.

#7 | 12.06.2012 - 12:37 | luckf01 | ID: 10632

0 Zustimmungen

Ist Kulturwandel planbar?

@Romi: Wie plant man einen Kulturwandel? Woran erkennt man, wo man bei diesem Wandel gerade steht?

#8 | 13.06.2012 - 18:24 | Christian Scholz | ID: 10671

0 Zustimmungen

Man kann wohl nur klein beginnen

Die Verwaltung ist ja ein riesiger Apparat, der nur schwer zu ändern ist. Ebenso sieht es mit der Politik und den seit Jahrzehnten eingeübten Prozessen aus. Von daher wird es wohl eher schwer, dieses schnell und umfassend zu ändern. Hinzu kommt der Druck der Medien, die ja auch nicht unschuldig daran sind, wie unser System funktioniert und warum so manch Politiker Angst vor zuviel Offenheit hat.

Von daher kann man eigentlich nur klein beginnen und muss zusehen, dass man

in den regionalen Verwaltungen Menschen findet, die dieser Idee offen gegenüberstehen. Diese gilt es mit entsprechenden Regeln zu unterstützen. Sowas kann z.B. ein besseres Informationsfreiheitsgesetz sein, also etwas, was zumindest die Veröffentlichung von Daten anregt.

Ziel sollte sein, Leuchtturmprojekte zu haben, die man anführen kann, um Ängste abzubauen, da diese ja meist etwas überzogen zu sein scheinen. Gibt es also z.B. interessierte Bürger, die Projekte durchführen wollen, so sollten diese auch an die dazu notwendigen Daten kommen und vor allem schnell die richtigen Ansprechpartner finden können.

#9 | 15.06.2012 - 15:50 | powertime | ID: 10696

1 Zustimmung

Dezentrales Internetportal

Der notwendige Kulturwandel kann aus meiner Sicht zu aller erst mit einem dezentralen Internetportal eingeleitet und gefördert werden. Die Behördengänge sollten damit eine Sache des Willens werden. Dem Bürger soll eine Möglichkeit gegeben werden alles im Netz zu erledigen.

#10 | 20.06.2012 - 16:54 | | ID: 10775

0 Zustimmungen

Datenschutz beachten

M.E. bietet Open Government vor allem dann neue Perspektiven, wenn Daten nicht nur öffentlich gemacht, sondern auch miteinander verknüpft und nach Belieben ausgewertet werden dürfen. Die öffentlichen Stellen führen jedoch eine Menge zunächst unverdächtig wirkender Datenbanken, deren Verknüpfung datenschutzrechtlich bedenklich sein könnte. Das gilt es zu beachten und zu prüfen, bevor man irgendwas online stellt.

Dass übrigens ein "Kulturwandel" notwendig ist, ist eine unbewiesene und nicht näher dargelegte Hypothese. Das gälte es konkret darzulegen. In datenschutzrechtlicher Sicht sehe ich das z.B. nicht unbedingt so.

#11 | 21.06.2012 - 12:04 | Christian Scholz | ID: 10785

0 Zustimmungen

Natürlich ist ein Kulturwandel nötig

Das merkt man sofort, sobald man mit der Verwaltung diskutiert. Da ist der Default erstmal geheim und zwar nicht unbedingt aus datenschutzrechtlichen Gründen, sondern weil man das immer schon so gemacht hat. Und es ist ja auch klar, dass dann eine Umgewöhnung schwierig ist, zumal auch Ängste vorhanden sind, was dann alles schlimmes passieren kann.

Ich hatte den Fall hier in Aachen, dass man Zahlen für ein Projekt nur bedingt herausgeben wollte aus Angst, dass die Gegenseite diese Zahlen falsch darstellt. Die Gegenseite kann aber einfach sagen "das wird eh 1 Mio. teurer" und die Befürworter haben dann aber keine Zahlen, um das zu widerlegen. Man geht also erstmal vom Schlimmsten immer aus.

Ähnliches gilt für Sitzungen, die angeblich nur nicht-öffentlich stattfinden können usw. (dabei gibt es Beispiele, dass dem nicht so ist). Und man sieht vor allem den

Bürger anscheinend oft als Gegner an, was auf Dauer nicht gut gehen kann.

#12 | 22.06.2012 - 11:25 | Open WeST @ Universität Koblenz-Landau | ID: 10886 6 Zustimmungen

Maßnahmen zum Kulturwandel

Aus unserer Sicht müssen an mehreren Stellen Anpassungen vorgenommen werden:

- Verwaltungen und Staat müssen ihre bisherige Rolle überdenken. Es muss ein Umdenken von "top-down" getriebener Arbeitsweise hin zu mehr horizontaler Vernetzung geschehen. Dass dies mit einem Anpassen von Kontrollmöglichkeiten und/oder Funktionen einhergeht, steht außer Frage und muss gesamtgesellschaftlich im Sinne eines Konsenses diskutiert werden.
- Daten und Informationen müssen frei und möglichst unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist die eindeutige rechtliche Klarstellung (Stichwort: Lizenzen) unbedingt notwendig. Andernfalls ist der Prozess von OG nur schwer oder mit deutlichen Verzögerungen umsetzbar. Dies betrifft vor allem die Förderung von neuen Geschäftsideen. So sollte aus verschiedenen Gründen von CC Lizenzen abgesehen werden und besser ODbL verwendet werden, siehe auch <http://opendatacommons.org/faq/licenses/#why-not-use-a-creative-commons-...>
- Es muss klargestellt werden, dass OG und OD von Staat und Verwaltung wirklich gewollt sind. Die benutzergerechte Aufbereitung und Entwicklung von Teilnahme- und Partizipationsmöglichkeiten mittels geeigneter Tools und Anwendungen muss gefördert werden und sowohl gesetzgeberisch begünstigt werden als auch finanzielle Anreize beeinhalteln.
- Auch fachfremde Bürger und Behörden müssen profitieren. Bürger benötigen Anleitung und Aufklärung zu den neuen Technologien.

#13 | 22.06.2012 - 14:04 | ddie | ID: 10890

0 Zustimmungen

Kulturwandel praktizieren!

Den Kulturwandel kann man natürlich nicht planen. Die Regierung sollte ihn aber nicht nur fördern sondern auch praktizieren. Geeignete und notwendige Maßnahmen sind sicherlich:

1. klares politisches Commitment von höchster politischer Stelle. Beispiel: Eine Videobotschaft von Angela Merkel in der sie Entscheidungsträger auf allen Ebenen von Verwaltung und Regierung dazu ermutigt konkrete Schritte zu unternehmen, zu experimentieren, Bürger und andere Stakeholder tatsächlich in den Prozess einzubeziehen.
2. Endlich die wirklich relevanten Daten als offene Daten kostenfrei für jedermann für jegliche Zwecke zu Verfügung stellen.
2. Gezielte Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Public-Community-Partnerships.
3. Gezielte Förderung von kostengünstigen, wiederverwendbaren, open source System für Open Government IT-Projekte. Verwaltung und Regierung sollten open source Software-Lösungen der Community gezielt aufgreifen und Nutzen statt in teure closed-source IT zu investieren.

4. Frage | ID: 10070

Welche guten Beispielprojekte und Initiativen zum Thema Open Government kennen Sie? Was können wir davon lernen?

#1 | 05.06.2012 - 16:35 | deBaernd | ID: 10219

1 Zustimmung

OffenerHaushalt.de

Auf OffenerHaushalt.de ist gut zu sehen was man alles mit diesen Daten anstellen kann. Ich wünsche mir eine Verpflichtung den Haushalt ähnlich verständlich aufzubereiten auf den Seiten der jeweiligen Ebene zur Verfügung zu stellen. Das erhöht das Verständnis warum etwas gemacht, oder nicht gemacht wurde. Dadurch wird Politikverdrossenheit abgebaut.

#2 | 15.06.2012 - 16:15 | powertime | ID: 10697

1 Zustimmung

i-Akte

Die Bundesagentur für Arbeit möchte sich in naher Zukunft auf die i-Akte vorbereiten. Das bedeutet nichts anderes, als dass sich der Bürger per Internet alle seine Angelegenheiten, die durch die Bundesagentur für Arbeit erledigt werden, von zu Hause aus fertig gebracht werden können. Das gleiche können alle Behörden anbieten (Landratsamt, Rathaus, Versicherung, Finanzamt).

#3 | 20.06.2012 - 16:05 | mac_do | ID: 10764

0 Zustimmungen

OpenSteetMap

Das Projekt OpenStreetMap sammelt anhand von Listen Geodaten verschiedenster Art, z.B. Strassenlisten, Denkmallisten, Kindergärten, Spielplätze usw. Daraus entstand die größte freie Geodatenbank.

#4 | 21.06.2012 - 10:20 | Andreas.Job | ID: 10782

0 Zustimmungen

Bonner Ratsinformationssystem (Boris)

In Boris werden seit vielen Jahren die Ratsunterlagen der Stadt Bonn veröffentlicht. Bei diesem System fehlen noch maschinenlesbare Daten und eine systematische Ablage.

#5 | 21.06.2012 - 14:36 | Daniel Lentfer | ID: 10790

2 Zustimmungen

Es braucht gesetzliche Grundlage

Liebe Damen und Herren,

gerade hat die Hamburgische Bürgerschaft ein Transparenzgesetz verabschiedet, das von einer Volksinitiative von Mehr Demokratie, Transparency International und dem Chaos Computer Club sowie einigen Bündnispartnern geschrieben wurde.

Natürlich sind Gesetze keine hinreichende Bedingung für Open Government, aber eine Notwendige. Denn nur so ist sichergestellt, dass es verlässliche Mindeststandards gibt. Solange es keinen Rechtsanspruch gibt, bleibt es dem politischen Willen überlassen Informationen zu veröffentlichen und dies wird kein ausreichendes Vertrauen hervorbringen.

Siehe dazu:

<http://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/td/PDDocView.td?mode=show&dokid...>

Sowie: <http://www.transparenzgesetz.de/>

Mit besten Grüßen,
Daniel Lentfer

#6 | 21.06.2012 - 15:59 | Tobias | ID: 10805

0 Zustimmungen

Open Government Data Wien

Besonders beispielhaft finde ich die Initiative, die man in Wien verfolgen kann. Auf dem Österreichischen Portal <http://data.wien.gv.at> werden seit 2011 immer neue Daten veröffentlicht. An einigen Stellen gibt es sicherlich Verbesserungsbedarf (bspw. der Abruf von Daten von verschiedenen Zeitpunkten) - dennoch ist diese Plattform beispielhaft. Ähnliche Beispiele finden sich natürlich auch für die Bundesstaaten der USA.

#7 | 22.06.2012 - 11:27 | Open WeST @ Universität Koblenz-Landau | ID: 10860 Zustimmungen

LISA - Lokale Information, Suche und Aggregation

Unser Team ist Gewinner des unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Innern stattgefundenen Wettbewerbs Apps4Deutschland (<http://apps4deutschland.de/> mit Einreichung <http://lisa.west.uni-koblenz.de>). Offene Behördendaten wurden Tüftlern und Applikationsentwicklern zur Verfügung gestellt, um daraus eine möglichst nützliche und innovative Applikation zu gestalten. Dabei wurden Preise für den besten Datensatz, die beste Idee für eine Applikation, und die beste Applikation mit einem Preis prämiert.

Aus dem Wettbewerb ziehen wir das Fazit, dass es durchaus eine große Menge an für die Öffentlichkeit interessante Daten in der öffentlichen Verwaltung gibt, und dass es eine Vielzahl an Möglichkeiten zur gemeinnützigen Verwendung gibt. Trotz sehr unterschiedlicher Darstellung und Qualität der Daten können in kurzer Zeit viele Vorteile für Bürger und auch Verwaltung daraus gezogen werden. Es besteht ein hohes Potential an Ideen und Know-How der Entwickler.

Andererseits zeigt der Wettbewerb, dass die sonst etablierte Vertriebsstruktur offener oder kommerzieller Software noch nicht vorhanden ist. Appstores bieten bspw. die Möglichkeit, über Keywords in kürzester Zeit eine den zuvor unbekannte, aber den Nutzeranforderungen entsprechende Applikation zu finden und zu nutzen. Eine vergleichbare Infrastruktur ist uns für Software zur Nutzung offener Behördendaten oder zum Finden von Diensten der öffentlichen Verwaltung nicht bekannt.

#8 | 22.06.2012 - 15:36 | ddie | ID: 10904

0 Zustimmungen

Andere die Innovationen entwickeln lassen

Es gibt viele gute Beispiel, einige davon sind auf <http://opendata-showroom.org/> gelistet. Was Politik und Verwaltung davon lernen kann?

1. Man kann mit wenig Ressourcen in kurzer Zeit großartige Open Government Projekte umsetzen.
2. Es gibt viele gute open-source Lösungen die man einfach an den lokalen Kontext anpassen und einsetzen kann.
3. Es ist nicht notwendig, dass Verwaltungen all diese Dienste selbst anbietet (in manchen Fällen ist dies sogar eher kontraproduktiv oder wenig effizient). Statt dessen sollten die Verwaltungen die Rohdaten zur Verfügung stellen damit Dritte (Bürger, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft) sinnvolle und nützliche Anwendungen auf Grundlage dieser Daten bauen können.

Das ist die Idee von "Government as a platform", wie sie Tim O'Reilly beschreibt. Leider scheint dieses Konzept von einigen in der deutschen Verwaltungen gründlich missverstanden worden zu sein. (Finanzministerium, Bundestag, etc) Anstatt die Rohdaten zur Verfügung zu stellen, meint man für die eigene PR schon selbst die App bauen müssen. Traurig.

#9 | 22.06.2012 - 18:06 | GMHPG | ID: 10913

0 Zustimmungen

Register

So wie die Verlage verpflichtet sind, ihre Buch-Veröffentlichungen an die Deutsche Nationalbibliothek zu übermitteln, müssten die Öffentlichen Verwaltungen verpflichtet werden, ihre beauftragten und aus öffentlichen Kassen finanzierten Studien an eine neu einzurichtende zentrale öffentliche Datenbank zu übermitteln. Dann wären diese, sofern sie nicht besonders schützenswerte Informationen erhalten, für alle abrufbar. Zudem könnte manche Doppelbeauftragung vermieden werden.

#10 | 24.06.2012 - 18:51 | @anked | ID: 10933

0 Zustimmungen

Verfassungsverankerung der Umkehrung von Information auf Antrag hin zu Informationspflicht - wie in Island (in Ratifizierung)

So wie das Hamburger Transparenzgesetz den Anspruch auf Veröffentlichung von Informationen festschreibt und damit eine Umkehr von Holschuld zu Bringschuld gesetzlich untermauert, so wäre es doch wünschenswert, wenn in ganz Deutschland alle Bürger einen gleichberechtigten Zugang zu staatlichen

Informationen hätten. Um dies sicherzustellen - und um den dazu notwendigen Kulturwandel zu beschleunigen, wäre eine Verankerung von Transparenz im Verwaltungshandeln mit Informationspflicht in der Verfassung wünschenswert. In Island wurde die Verfassung gerade jüngst und mit Beteiligung von fast 1000 BürgerInnen neu überarbeitet. Dabei sind diese Inhalte mit eingeflossen. Sie befindet sich aktuell in der Ratifizierung.

#11 | 24.06.2012 - 18:55 | @anked | ID: 10934

0 Zustimmungen

fragdenstaat.de Plattform - für alle Bundesländer und Betriebs-Entwicklungskosten gern auch staatlich unterstützt

Leider gibt es in Deutschland keine staatliche Stelle wie die von einer NGO betriebene Plattform www.fragdenstaat.de, mit deren Hilfe man sehr einfach IFG Anfragen stellen kann, Behörden herausfindet und auch nach früheren Fragen und die Antworten darauf suchen kann. So eine Plattform wäre noch hilfreicher, wenn sie nicht nur die Bundesebene abdecken würde, sondern für alle IFG Anfragen an Verwaltungen genutzt werden könnte. Da dies Entwicklungs- und Betriebskosten verursacht, könnte eine Community Public Partnership finanzielle Unterstützung von der Verwaltung erhalten, um die Plattform auszubauen. Denkbar wäre auch eine personelle Unterstützung für Anfragen, deren Adressat nicht so leicht zu identifizieren ist - quasi eine Clearingstelle für solche Anfragen, die dann an die richtige Behörde weitergeleitet werden. Diese Unterstützung könnte ebenfalls von der Verwaltung kommen, die NGO kann die Plattform betreiben/pflegen.

#12 | 24.06.2012 - 18:58 | @anked | ID: 10935

0 Zustimmungen

data.gov.uk - das Englische nationale Datenportal bindet NGO Daten zu Lobbyismus und Steuergeldverwendung ein

Auf Data.gov.uk finden sich nicht nur alle möglichen Daten, die die Verwaltung in Großbritannien erhoben und gesammelt hat, sondern direkt auf der Eingangsseite verlinkt auch Daten von "Whoislobbying" - eine Sammlung aller Termine, die MinisterInnen mit Lobbyisten haben, sowie Daten von Open Spending - Daten zu Geldflüssen der Verwaltung. Beides sind hochinteressante Datensätze. Beispielhaft finde ich zwei Aspekte: 1) die Daten überhaupt zu veröffentlichen und 2) in diesem speziellen Fall Daten einer NGO auf dem offiziellen Regierungsportal einzubinden. Das ist ein Zeichen von Kooperation und Vertrauen - oder von neuartiger Kollaboration gemäß Open Government. Eine feine Sache.

#13 | 24.06.2012 - 20:09 | @anked | ID: 10937

0 Zustimmungen

opencongress.org - USA - alle Parlamentsaktivitäten und Spendengelder an Politiker einsehbar

Opencongress.org wird von einer NGO betrieben - aber die Daten werden auch (und vor allem) von staatlichen Stellen gesammelt. So kann man übersichtlich einzelne Themen/Debatten im Parlament verfolgen, aber auch einzelne Abgeordnete und ihr Stimmverhalten oder Spenden, die an bestimmte Politiker gezahlt wurden. Damit wird der Parlamentsalltag auf interessante und übersichtliche Weise transparent. Für Deutschland würde ich mir das auch

Open-Government-Konsultation

wünschen. Dazu müsste man jedoch auch Vorgaben ändern - z.B. Nebeneinkünfte für Abgeordnete offenlegen und Spenden an politische Parteien offenlegen - dabei sollte die Quelle und Höhe in beiden Fällen konkret angegeben werden, ohne Ausnahme.

#14 | 24.06.2012 - 20:11 | @anked | ID: 10938

0 Zustimmungen

Open Government Partnership - Deutschland sollte beitreten und den internationalen Austausch suchen

Bei der OGP tauschen sich bereits über 50 Länder zu Open Government aus, mit klaren Zielen, Aktionsplänen und einem festen Commitment, auch die Zivilgesellschaft einzubeziehen im nationalen Open Government Prozess. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Deutschland Mitglied der OGP würde, um hier von den anderen zu lernen.

5. Frage | ID: 10071

Wo bestehen aus Ihrer Sicht besondere rechtliche Hemmnisse bei der Umsetzung von Open Government?

#1 | 05.06.2012 - 15:56 | deBaernd | ID: 10198

0 Zustimmungen

Teilweise nicht gewollt

Rechtliche Hemmnisse sehe ich jetzt weniger, eher die Hemmnisse die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen. Im Jahr 2010 hat der Hessische Landtag ein Informationsfreiheitsgesetz abgelehnt. Hessen ist damit eins der wenigen Länder ohne ein solches Gesetz.

Ein großes rechtliches Hemmnis sehe ich aber dann doch noch: Die Gebühren für eine Anfrage sind teilweise zu hoch (wenn ich mich recht entsinne war es bis zu 500 €). Das kann und will nicht jeder zahlen.

#2 | 05.06.2012 - 16:40 | Seb2012 | ID: 10224

0 Zustimmungen

Reform des IFG

Das Informationsfreiheitsgesetz muss novelliert werden und den Standardzustand von Informationen aus öffentlicher Hand als "frei zugänglich" definieren und nur in Ausnahmen nach Prüfung zurückzuhalten (Sicherheitsbedenken usw). Nicht anders herum, wie aktuell. Man muss nicht erst Informationen beantragen oder erstreiten müssen, die ohnehin öffentlich zu sein haben. Das ist einer der absoluten Kerne von Open Government, dass ich als Bürger nicht mehr einen Kniefall vollziehen muss um irgendwelche Informationen zu erhalten, an deren Produktion meine Steuergelder beteiligt waren und auf die ich anrecht habe um am politischen Prozess mitwirken zu können.

#3 | 15.06.2012 - 16:21 | powertime | ID: 10698

1 Zustimmung

Datenschutz

Es ist zwar schön, dass der Bürger vieles oder alles im Internet erledigen kann und sich Zeit spart, doch aus datenschutzrechtlicher Hinsicht kann es Probleme bei der Umsetzung kommen. Der Bürger wird sich wünschen, dass der Staat auch im Netz ihm seine Privatsphäre schützt. Dem Bürger müsste der Staat auch ein Grundrecht der Kommunikationsfreiheit gewährt, besonders ein Grundrecht auf eine Internetverbindung.

Nutzungs- und Verwertungsrechte

Bei der Fremdvergabe von Aufträgen aus der Verwaltung in die freie Marktwirtschaft gibt es u.U. Fälle, bei denen es versäumt wurde, explizit eine Sicherung der Nutzungs- und Verwertungsrechte vertraglich zu formulieren. Diese vom Urheberrecht unabhängigen Rechte müssen von der Verwaltung zurück gekauft werden, damit eine Veröffentlichung der Daten unter freien Lizenzen überhaupt rechtlich möglich ist.

#5 | 22.06.2012 - 11:28 | Open WeST @ Universität Koblenz-Landau | ID: 10860 | 0 Zustimmungen

Rechtliche Hemmnisse

MANGELNDE TRANSPARENZ: Wir sehen es als Problem an, dass im Zug von privatwirtschaftlichen Geschäftsbeziehungen (Public-Private-Partnerships) es oftmals in wichtigen Bereichen nicht oder nur schwer möglich ist, die gleichen Transparenz- und Informationsmöglichkeiten zu gewährleisten, wie dies bei rein staatlichen Einrichtungen der Fall ist. Hier muss gesetzgeberisch sichergestellt sein, dass auch diese Bereiche in das Gesamtkonzept OG und OD eingebunden werden.

FINANZIERUNG: Zur Realisierung müssen nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen bestehen, sondern auch finanzielle und personelle Mittel in die Hand genommen werden, um den Ausbau zu forcieren und die laufende Bereitstellung sicherzustellen. Der Staat sollte OG und damit einhergehend OD als Teil der Daseinsvorsorge zu betrachten, die genauso ausreichend finanziert sein muss wie andere etablierte Bereiche. Der Staat sollte OG nicht als Mittel ansehen, Gelder zu sparen oder Aufgaben abzuwälzen.

PRIVATSPHÄRE UND BENACHTEILIGUNGEN: Je feingranularer Daten veröffentlicht werden, umso mehr Informationen lassen sich daraus ableiten. Das ist im Allgemeinen Ziel von Open Data, allerdings können daraus unter Umständen auch Rückschlüsse auf Personen oder Personengruppen gezogen werden; Beispielsweise, wenn Informationen über ein kleines regionales Gebiet zur Diskriminierung seiner Einwohner führen oder durch Aggregation verschiedener Daten die verursachende Person bzw. Gruppe identifiziert werden kann.

6. Frage | ID: 10078

Welche Mindestanforderungen muss ein solches zentrales Portal aus Ihrer Sicht erfüllen?

#1 | 05.06.2012 - 16:41 | Sebh2012 | ID: 10226

0 Zustimmungen

Grundlegendes

Es sollte ein Portal im klassischen Sinn sein (also ein Verzeichnis aller Behörden, Namen, Ansprechpartner, Datenquellen etc), aber auch im modernen Sinn (sämtliche Schnittstellen bieten, Suchfunktionen, semantische Informationsabfragen) und aktuell sein (Feeds, Community)

#2 | 08.06.2012 - 13:23 | Ronri | ID: 10535

0 Zustimmungen

Nicht redundant!

Es gibt bereits einige Länderportale, darunter auch einige Portale auf Ebene von Landkreisen etc.. Da müsste man vermutlich eher diese Datenbestände in ein übergeordnetes Portal einbinden, damit keine Inhalte doppelt angelegt und gepflegt werden (Redundanzen).

#3 | 15.06.2012 - 16:25 | powertime | ID: 10699

1 Zustimmung

Zugänglichkeit

Um allen Anforderungen gerecht zu werden, sollte ein solches Portal mindestens jedem Bürger zugänglich sein, d.h. der Bürger sollte sich mit dem Internet auskennen. Man muss ihm die Handhabung des Portals beibringen. Ferner kann man darüber reden, ob man ihm eine Internetverbindung zur Verfügung stellt, wenn er keine eigene Möglichkeiten hat.

#4 | 21.06.2012 - 12:07 | Christian Scholz | ID: 10786

0 Zustimmungen

eigentlich keine

Wenn man wieder diskutiert, was es alles können muss, anstatt einfach zu machen, dann wird das ewig dauern. Macht einfach ein Portal, packt Daten drauf und dann kann man daran weiterarbeiten, denn dann weiss man erst, was man braucht. Ich persönlich brauch auch erstmal nur die Daten, das ist das

allerwichtigste. Wenn wir erst auf das Super-Portal warten müssen, bevor wir Daten veröffentlichen können, dann ist das kontraproduktiv.

Ansonsten wäre vielleicht nur ne API (RSS, JSON etc.) wichtig, denn im Zweifel kann jemand anders damit dann ein besseres Portal bauen.

Also bitte einfach veröffentlichen statt erstmal grosse Konzepte zu schreiben! Zur Not einfach ein Wordpress nehmen.

#5 | 21.06.2012 - 16:19 | Tobias | ID: 10810

0 Zustimmungen

Nicht das Rad neu erfinden

Ich empfehle sehr, sich an vorhandenen Umsetzungen zu orientieren. Wie bereits erwähnt, hat die Stadt Wien ein beispielhaftes Portal auf <http://www.data.wien.gv.at> online gebracht. Die Vorgehensweise und das inhaltliche Angebot sollten eine ideale Orientierung bieten und Zielsetzung für eine deutsches Portal sein. Es ist sicherlich eine gute Idee, sich mit den Verantwortlichen zu treffen und sich auszutauschen. Das Portal sollte zusätzlich eine zeitbasierte Abfrage der Daten ermöglichen. Diese Funktionalität ist derzeit kaum zu finden.

Im europäischen und internationalen Raum existieren viele weitere Portale, die sich sehr gut als Orientierungshilfe eignen. Dazu kann ich gerne bei Bedarf weitere Informationen liefern.

#6 | 22.06.2012 - 11:28 | Open WeST @ Universität Koblenz-Landau | ID: 10863 1 Zustimmung

Mindestanforderungen

Zentrale Portale zum Auffinden von Daten- oder OG-Anwendungen sind zu begrüßen. Allerdings sollte der zentrale Charakter nicht verhindern, dass dynamisch neue Angebote zur Verfügung gestellt werden. Hier sollte vielmehr gelten, dass ähnlich einem Webverzeichnis zum Auffinden von Webseiten auch dezentrale Veröffentlichungen und Entwicklungen möglich sind. Existierende Verzeichnisse wie CKAN oder offenedaten.de sollten einbezogen werden.

Als Datenaustauschformat ist zunächst ein REST-Interface anzuraten, welches Daten in einem losen, semi-strukturierten Format wie JSON o.ä. ausliefert. Mittel- und erst recht langfristig ist jedoch die Verwendung eines umfangreichen Datenschemas anzuraten, das die verschiedenen Datensätze miteinander in Beziehung setzt und Verknüpfungen enthält, die die vollautomatische Weiterverarbeitung zumindest begünstigen. Solche Vorteile bieten bspw. Projekte aus dem Linked Open Data Bereich, die als Datenaustauschformat RDF verwenden. Hier ist die langfristige Entwicklung bei den zur Verfügung stehenden Schemata zu beobachten und aktiv zu begleiten, um den vollen Umfang der Möglichkeiten bei OD und OG-Anwendungen ausschöpfen zu können.

#7 | 25.06.2012 - 11:18 | Oliver Märker | ID: 10956

0 Zustimmungen

Von Infos zur Bürgerpartizipation hin zur Konsultationsplattform

Die Open Government-Landkarte soll aufzeigen, WO Bürger Informationen über

Open-Government-Konsultation

Möglichkeiten zur Beteiligung/Teilhabe auf Bundes- und Landesebene finden. Noch besser wäre es, wenn die Informationen zur Bürgerpartizipation auf dem Open Government Portal selbst gebündelt werden. Und noch einen Schritt weiter wären wir, wenn das Portal selbst eine Konsultationsplattform zur Diskussion von Gesetzes- oder anderen Vorhaben der Regierung enthält. Gute Beispiele (mit Potenzial zur Optimierung) sind hier die us-amerikanische (<http://www.consultingcanadians.gc.ca>) und die kanadische Konsultationsplattform (<http://www.regulations.gov>). -- e-konsultation.de wäre zu integrieren und deutlich weiter zu entwickeln.

